

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 2 Mark pro Monat, 12 Mark pro Quartal, 36 Mark pro Jahr. Einzelhefte 10 Pf. Sonntagsblätter 10 Pf. Einjahresabonnement: 1.10 Mark pro Monat. Einjahresabonnement in die Post gebunden für Deutschland und Ostpreußen 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Interaktions-Gebühr**  
 beträgt für die schlagpaltende Kolonelle ober deren Raum 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Forts über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 12. Dezember 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Die Methode des Flottenwahnsinns.

Die Ausgaben für unsere Marine sind ins Ungeheuerliche angewachsen. Während sie 1888 erst 51 Millionen, 1898 131 Millionen betragen, betragen sie 1908 bereits weit über 300 Millionen und werden schon in den nächsten Jahren auf 400 Millionen pro Jahr angewachsen sein. Also eine Verachsfachung der Ausgaben in zwei Jahrzehnten!

Und es ist obendrein gar kein Ende dieser ungeheuerlichen Ausgaben abzusehen. Wer sich einbildete, daß durch Annahme des Flottengesetzes vom Jahre 1900 die Flottenbauten bis zum Jahre 1917 geregelt seien, hat sich bitter enttäuscht gesehen. Bereits 1906 wurde eine Novelle zum Flottengesetz von 1900 angenommen, und gegenwärtig wird ja in der Budgetkommission über ein neues Flottengesetz debattiert. Dabei ist es Tatsache, daß wir bis spätestens im Jahre 1912 ein weiteres Flottengesetz erhalten werden, durch das die jährlichen Kosten der Flotte sich abermals um hundert Millionen oder mehr erhöhen werden!

Das Flottenrüsten geht eben mit Naturnotwendigkeit ins Uferlose. Deutschlands Rüstung wird vom Ausland durch ein forciertes Kriegsschiffbauwesen beantwortet. Dann ist die Reihe wieder an Deutschland. Und so weiter ins Unabsehbare. Und je zahlreicher die Flotte wird, desto zahlreicher werden die Ersatzbauten, die heute nach 20 Jahren, übers Jahr aber vielleicht schon nach 15 Jahren für notwendig erachtet werden. Bei 33 Linien Schiffen und 20 großen Kreuzern werden schon bei 20jährigem Dienstalter dieser Schiffe dauernd jährlich drei Ersatzbauten notwendig, die allein 120 Millionen kosten, sofern sich die Baukosten, wie höchst wahrscheinlich, nicht noch ganz beträchtlich erhöhen. Die Ersatzbauten für kleine Kreuzer und andere Schiffsgattungen sind dabei noch gar nicht eingeschlossen! Weiterhin aber beweisen die bisfälligen Baupläne, daß man die Ersatzbauten zusammen drängt, am Beginn der Bauperiode häuft. Dadurch schafft man während des Restes der Bauperiode einen künstlichen Arbeitsmangel für die Panzerplattenfabrikanten und Schiffswerften, dem man dann durch Neubauten, also Vermehrungsbauten abzuwehren sucht. So schwillt die Zahl der Schiffsbauten immer mehr an, und die Kosten wachsen ins Uferlose!

Wir brauchen uns nur die bisherigen Flottengesetze und Baupläne ein wenig näher anzusehen, um wahrzunehmen, welche heimliche Methode dem Wahnsinn unseres Flottenrüstens zugrunde liegt!

Das Flottengesetz von 1900 setzte den Schiffbestand auf 27 Linien Schiffe und 12 große Kreuzer fest. Dabei waren unter den 27 Linien Schiffen noch 8 Rüstpanzer, die ausdrücklich als solche bezeichnet waren. Das Flottengesetz von 1906 erhöhte die Zahl der Linien Schiffe auf 33 (die 8 „Rüstpanzer“ avancierten dabei zu Linien Schiffen, die nach dem Bauplan durch vollwertige Linien Schiffe zu ersetzen waren) und 14 große Kreuzer! Die Flottennovelle von 1906 endlich vermehrte durch Bewilligung von 6 großen Kreuzern deren Zahl auf 20! Im ganzen also brachten die beiden Flottengesetze von 1900 und 1906 11 Linien Schiffe und 8 große Kreuzer mehr! Und nun liegt bereits ein neues Flottengesetz vor, das verlangt, daß bis 1912 6 Linien Schiffe mehr auf Stapel gelegt werden sollen, wofür der Bau eines großen Kreuzers zurückgestellt werden soll!

Um die Flotte auf den Bestand von 33 Linien Schiffen zu bringen, wurden zunächst von 1901—1906 zehn Linien Schiffsvermehrungsbauten auf Stapel gelegt; ein elfter Neubau wird 1910 in Angriff genommen. Von 1906 begann dann die Inangriffnahme der 17 Linien Schiffserfabrikbauten, die durch das Flottengesetz von 1906 bewilligt worden waren. Fälligkeit waren von diesen Ersatzbauten von 1901—1913 sechs, von 1914—1917 elf. Nach dem Bauplan des Flottengesetzes wurden jedoch 1900—1913 zwölf und von 1914—1917 nur fünf Ersatzbauten vorgesehen! Man baute die Schiffe also gerade im umgekehrten Verhältnis zum Termin der Fälligkeit ihres Ersatzes! Angeblich, um eine gleichmäßige Verteilung der Bauten zu erzielen; in Wirklichkeit, um ja recht bald möglichst viel Schiffe fertig zu stellen, um dann mit neuen Forderungen kommen zu können!

Die Flottennovelle von 1906 bewilligte dann die schon erwähnten sechs Vermehrungsbauten von großen Kreuzern, die nach dem Bauplan zwischen 1908 und 1912 gebaut werden. Ferner verlangt das neue Flottengesetz, das das Dienstalter der Linien Schiffe auf 20 Jahre herabsetzt, von 1908—1912 fünf Linien Schiffserfabrikbauten mehr, wofür ein großer Kreuzer zurückgestellt wird. Für den Zeitraum von 1908—1912 ergibt sich nach alledem folgender Bauplan:

Baujahr	Linien Schiffe		Große Kreuzer	
	Vermehrungs- bauten	Ersatz- bauten	Vermehrungs- bauten	Ersatz- bauten
1908 . . . . .	—	3	1	—
1909 . . . . .	—	3	1	—
1910 . . . . .	1	3	—	—
1911 . . . . .	—	2	1	—
1912 . . . . .	—	1	1	1
	1	12	4	1

In den fünf Jahren 1908—1912 werden also nicht weniger als 18 große Schiffe auf Stapel gelegt!

Denklicher kann die Methode der Beschleunigung und Häufung der Schiffsbauten gar nicht hervor treten!

In den folgenden fünf Jahren 1913—1917 sind aber nach dem Bauplan jährlich nur noch je ein Linien Schiff und ein großer Panzer

zu bauen, also zusammen nur noch zehn Schiffe, kaum mehr als die Hälfte der im vorhergehenden Jahreslauf auf Stapel gelegten Schiffe! Da ist es natürlich kein Wunder, daß die Flotten treiber als Sachwalter des Marinekapitalismus verlangen, daß bis 1917 noch weitere 8 Linien Schiffe und 6 große Kreuzer in Bau gegeben werden!

Die Regierung hat ja durch ihren Bauplan den Panzerplattenpatrioten Wasser auf die Mühlen geliefert! Machte sie nicht gemeinsame Sache mit den Marinelieferanten, so hätte sie eine andere Verteilung des Bauplans vornehmen müssen! Aber die Regierung will schon spätestens 1911 oder 1912 abermals eine neue Flottenvorlage präsentieren, des halbes die Beschleunigung und Häufung der Schiffsbauten in den nächsten 5 Jahren!

Dem Flottenwahnsinn liegt eben eine wohlüberlegte Methode zugrunde!

## Der polizeifürchtige Freisinn.

„Aber andererseits muß bei der neuen Fassung des Paragraphen 7 — die jetzige Fassung wird, glaube ich, kaum eine Mehrheit im Hause finden — auch berücksichtigt werden, daß die Polizei die Möglichkeit der Ueberwachung von Versammlungen der Polen hat.“ In Reichstages hat ein Redner diesen Satz gesprochen und dieser Redner war nicht ein Konservativer oder ein Zentrumsmann, sondern ein Freisinniger! Herr Müller-Meinungen, eine der Leuchten der Volkspartei!

Was nicht alles mit freisinnigen Grundfäden verträglich ist. (Denn daß die gewahrt werden sollen bei der Teilnahme an der Blokopolitik hat ja Herr Wiener mit bröhnendem Pathos im Reichstages feierlichst versichert.) Was nicht alles mit ihnen verträglich ist! Eine Partei, die sich freisinnig nennt, erklärt es für notwendig, daß die Polizei Versammlungen überwachen kann! Die Polizeifürchtigkeit des deutschen Durchschnittsbürgers ist weltbekannt. Wenn er sich keine Menschenansammlung ohne die vorförende Behütung durch Schutzleute vorstellen kann, wen wird es wundern! Aber eine freisinnige Partei! Eine freisinnige Partei, die nach dem Schutzmann ruft! Die nach der Behütung und Beworungung des Bürgers durch den Polizisten schreit! Du herrliche Blokopolitik!

Die prinzipielle Erklärung des Herrn Müller-Meinungen läßt es auch begreiflich erscheinen, daß der Freisinn bei dem § 7 des Vereinsgesetzentwurfs, der die Aufhebungsbesugnisse der Polizei festsetzt, weiter keine Bekennungen verspürt. Wer einmal anerkennt, daß die Bürger vor dem Mißbrauch der Vereins- und Versammlungsfreiheit durch überwachende Polizisten bewahrt werden müssen, dem kann es ja auch ziemlich einerlei sein, wie groß die Befugnisse der polizeilichen Vorsehung bemessen werden. Dem kann es nicht viel ausmachen, daß die Aufhebungsbesugnisse des überwachenden Beamten in geradezu ungeheurerlicher Weise gegen das jetzt geltende preussische Recht ausgeweitet werden. Daß künftig Versammlungen schon aufgelöst werden können, wenn ein Redner nach Ansicht des Ueberwachenden eine Majestätsbeleidigung ausspricht, oder eine Staatseinrichtung wider besseres Wissen schädigt macht. Wenn künftig also ein Redner vom Schandwahrrecht, von der Dreiklassenmacherei, von dem Dreiklassenhaus spricht, so ist der Fall des Verächtlichmachens einer Staatseinrichtung — des preussischen Landtagswahlrechts und des preussischen Abgeordnetenhauses — gegeben und der Vorsichende ist aufzufordern, dem Redner das Wort zu entziehen. Und spricht einer von ehrenlosen Verrätern im Lohnkampf, so ist wiederum Auflösung nötig, denn das ist ein Vergehen gegen den § 153 der Gewerbeordnung und da ist auch ohne Antrag zu verfolgen. Und so fort in hundert Folge.

Es ist eben notwendig, daß die Polizei die Versammlungen überwachen kann, sagt der Freisinn. Und wenn sie überwachet, muß sie doch auch etwas zu sagen haben. Das versteht sich für den polizeifürchtigen deutschen Bürger von selbst.

## Beendigung der Vereinsgesetzdebatte.

Aus dem Reichstages. Zu Beginn der Sitzung beranstellte der antisemitische Abgeordnete Windewald Freisinnigen auf der Rednertribüne mit Armen und Weinen. Es wäre etwas rasch, daß er sich in seinen Rufstunden künftig besser trainiert. Trotzdem Herr Windewald seine Gliederverrentungen offenbar viel Schweiß kosten, machen sie einen viel zu süßelmännisch ungelassen Eindruck, als daß sie eine wohltuende Wirkung auf die Zuschauer ausüben könnten. Jedes gelingt es vielleicht ein andermal besser. In den Reihen zwischen seinen turnerischen Freisinnigen gab Herr Windewald auch Bemerkungen über das Vereinsgesetz zum besten. Als Hesse konnte er nicht umhin, vom Standpunkt der weitgehenden Versammlungsfreiheit seines Heimlandes aus gegen die reaktionären Verschlechterungen sich zu wenden, mit denen der Entwurf uns bedrohe. So kam dieser Kleinbürgerliche Antisemit sogar in der Lage, den Nationalliberalen den Mangel an freihändlerischer Gesinnung vorzuwerfen, der so krach in der Rede des selbstbewußten Herrn Hieber zutage trat. Seine eigene Rückständigkeit belundete Herr Windewald aber dann, indem er gegen die Verteilung des Versammlungsrechtes an die Frauen sein Rechtswort losbannte: „Die Frau gehört ins Haus! Sie muß bewahrt werden vor dem Schmutz des öffentlichen Lebens!“

Der Auspruch verdient hier verzeichnet zu werden, damit man auch außerhalb des Reichstages erfährt, daß wirklich noch Exemplare von solcher rückständiger Anschauung und erschauernlicher Naivität über die Stellung der Frau in der kapitalistischen Gesellschaft ein Mandat als Volksvertreter erlangen.

Der elsässer Abgeordnete Wetterlé unterstützte die gestrige Rede des Vorbringers Grégoire auf Grund spezieller elsässischer Erfahrungen. Auch für ihn war natürlich die Sprachenklausel des § 7 unannehmbar. Er wollte sich auch nicht mit der wohlwollenden Ausnahmebehandlung vertragen lassen, die verschiedene Blokreddie den Elsässer Vorbringern in Aussicht gestellt hatten. „Auf unsere Kliniken können wir uns nicht verlassen“, meinte er, „die werden und ja per Post aus Berlin zugeschickt“. Er vergaß nur, mitzuteilen, ob diese Sendungen in Straßburg etwa als Sperrgut oder als „Muster ohne Wert“ eintreffen.

Der konservative Abgeordnete Schidert aus Ostpreußen stürmte darauf einen feierlichen Einspruch gegen jede Niederwerfung der in der Gesetzvorlage vorgesehenen Schranken zusammen, damit wir nicht in die Anarchie hineinstürzen.

Ramens des Zentrums ergriff dann Herr Spahn das Wort, um seine Partei gegen die kulturkämpferischen Angriffe des freisinnigen Abgeordneten Müller-Meinungen und gegen den Vorwurf des Kompromissens zu verteidigen. Er behauptete, seine Partei habe sich nur auf solche Kompromisse eingelassen, bei denen wenigstens ein kleiner Fortschritt herausgelassen sei, während die freisinnige Partei im vorliegenden Fall sich auf irgend eine Umgestaltung des § 7 einlassen wolle, wobei zweifellos ein Rückschritt herauskommen müsse.

Die Nationalliberalen schidten dann einen zweiten protestantischen Theologen ins Geschehen, den Eigentümern Eberling, Geschäftsführer des evangelischen Bundes. Offenbar kam es ihnen also auch nur darauf an, die Situation kulturkämpferisch auszunutzen, um ihre arbeiterfeindliche Haltung bei Erörterung des Gesetzes zu bemänteln. Während Herr Hieber von oratorischen Mythen triebend, salbung ihn zum Hofprediger oder Kirchweihredner prädestiniert, vertrat Herr Eberling schwerverfälig stielende Makier des Katechismusdeklarator, der sich sein Lebenlang vergeblich abgemüht hat, das Kamel des Glaubens durch das Nadelohr der Vernunft zu treiben. Sein Spinnsieren über den Unterschied katholischer Orden und evangelischer Diakonissenvereine hatte mit der Sache nichts zu tun.

Genosse Legien mischte sich in den Streit zwischen den Geschorenen und Geschickelten nicht weiter ein, er protestierte nur, daß die Geistlichkeit ihre engherzige konfessionelle Intoleranz in dem Vereinsgesetz zur Geltung bringen wolle. Die Mängel des Gesetzes unterzog er dann vom Standpunkt des Arbeiterinteresses einer tüchtigen Kritik. Gegenüber den Bemerkungen bürgerlicher Redner, daß man für die Landarbeiter ein besonderes Gesetz schaffen müsse, erklärte er, das hieße, diese wichtige Frage auf die lange Bank schieben. Mit wenigen Sätzen könne die volle Sicherung des Koalitionsrechts und des Versammlungsrechtes für die Landarbeiter in das Gesetz hineingearbeitet werden. Der § 7 gefährde auf das schwerste die ganze Gewerkschaftsbewegung, da durch die nur von einigen Seiten angeregte Beschränkung des Verbots nichtdeutscher Sprachen auf die westdeutschen Landesteile gerade für die zahlreich dort tätigen Polen, Ungarn, Italiener von der Vereinigung durch die Gewerkschaftsbewegung ausgeschlossen und als wechlose Lohnrüder für das Ausbentertum erhalten würden. In kräftigen Worten nagelte unser Redner im besondern den Freisinnigen Müller auf seine Drückergerieci fest und kennzeichnete die vielfachen polizeilichen Schikanen, denen die Arbeiterbewegung durch die polizeilichen Vorkentziehungsbesugnisse und die andgedrohte Einführung einer Altersgrenze für Versammlungsteilnehmer ausgesetzt sein würde.

Nach ihm protestierte der Pole Chrzanoski gegen die Angriffe des Herr v. Weimann-Hollweg, dann wurde wieder durch die Blokmehrheit die Debatte geschlossen.

Das hinderte aber zwei Nationalliberale, die selbst für den Schluß gestimmt hatten, nicht, sich darüber zu beklagen, daß sie nicht zum Wort gekommen wären.

Nach sehr weisshewigen aber inhaltlosen persönlichen Bemerkungen des Herrn Müller ging die Vorlage an die Kommission.

## Politische Ueberblick.

Berlin, den 11. Dezember 1907.

### Wahlreden im preussischen Landtage.

Wer nicht weiß, daß die Neuwahlen zum preussischen Landtag bevorstehen, der hätte, wenn er der Mittwochsitzung des Abgeordnetenhauses beiwohnte, in den Glauben verfehrt werden können, daß es auf der ganzen Welt kein Parlament und keine Regierung gibt, die besser auf das Wohl der Staatsbeamten bedacht ist als das preussische Dreiklassenparlament und die preussische Regierung. Die Redner der verschiedenen Parteien überboten sich förmlich im Wettlauf um die Gunst der Beamten, deren Stimmen sie bei den Wahlen gebrauchen können, und auch die Regierung läßt es sich etwas kosten, die Unzufriedenheit unter den Beamten zu besänftigen.

Von 1891 bis 1898 — unter Riquel — wurde eine elappenweise Aufbesserung der Beamtengehälter vorgenommen. Die Gehaltsregelung galt als abgeschlossen, obwohl zahlreiche Wünsche, namentlich der Unterbeamten, unberücksichtigt geblieben waren. In der schroffsten Form langelten die Regierungsvortreter des Hauses die Beamten ab, die sich mit Wittgesuchen an den Landtag wandten; es wurde ihnen das Petitionrecht direkt verweigert, ja die Regierung ging sogar gegen Beamtenvereine vor, die sich in einer ihr nicht ganz genehmen Form mit Gehaltsfragen beschäftigten.

Dass die Beamtengehälter im Laufe der Jahre in keinem Verhältnis mehr zu der auch vom Landtag gewilligten Wirtschaftspolitik standen, dieser Erkenntnis vermochte sich auf die Dauer selbst die Regierung nicht zu verschließen. So bewilligte sie denn im Jahre 1906, wenn auch schweren Herzens, 8½ Millionen zur Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses für Unterbeamte und im laufenden Jahre 17½ Millionen für Vervollständigung der Beamten des Augenendienstes. Eine allgemeine Gehaltsaufbesserung ist in der Thronrede versprochen, aber bisher dem Landtag noch nicht gegangen.

Dies veranlaßte die Nationalliberalen, weniger um ihre Reue zu befriedigen, als um sich bei den Beamten für die Wahlen in empfehlender Erinnerung zu bringen, bei der Regierung anzufragen, ob sie schon jetzt über den Umfang und die Gesichtspunkte der in Aussicht gestellten Vorlage Auskunft zu erteilen in der Lage sei, und Herr v. Rheinbaben kam denn auch bereitwilligst der Aufforderung nach. Handelte es sich doch offenbar um bestellte Arbeit! Nach der Erklärung des Ministers sollen die Gehälter der Beamten, Lehrer und Geistlichen gleichzeitig aufgebessert, soll die Zahl der Beamtenklassen verringert, das Kommunalsteuerprivileg der Beamten aufgehoben werden. Die Kosten dürften etwa 110 Millionen betragen. Damit würde die Regierung nur einen Teil ihrer Unterlassungssünden auf diesem Gebiete gut machen. Von der Notwendigkeit, auch die Löhne der Staatsarbeiter aufzubessern, sagte der Minister nichts, und auch die Hinweise einiger Redner darauf, daß der Staat die Pflicht habe, der Privatindustrie mit gutem Beispiele voranzugehen, vermochten nicht, ihm eine Erklärung hierüber zu entlocken.

Es wird ja nun wohl endlich etwas für die Beamten geschehen. Ob aber die berechtigten Wünsche der Beamten dadurch befriedigt werden, das ist eine andere Frage. Die Arbeiter werden wieder einmal leer ausgehen! Dafür wird sich das Haus am Dienstag mit der Frage beschäftigen, welche Maßnahmen gegen kontraktbrüchige Arbeiter zu ergreifen sind.

**Zur Begründung der Flottenvorlage.**

Befähigen die Vertreter der bürgerlichen Parteien auch nur einen Funken von Verantwortlichkeitsgefühl, der Staatssekretär v. Tirpitz hätte bei der Beratung der Flottenvorlage in der Budgetkommission des Reichstags nicht so leichtes Spiel gehabt; denn die Begründung, die der Marineminister der Vorlage zuteil werden ließ, war eine direkt mangelhafte. So erzählte er — und das sollte für die Notwendigkeit der Verkürzung der Ersatzpflicht sprechen —, daß Frankreich und England ihre veralteten Schiffe ohne Rücksicht auf das Alter derselben ausmürrten. Gewiß, der Herr Staatssekretär hat recht; aber gerade die Tatsache, daß die Lebensdauer der Linienfahrer in keinem anderen Lande der Welt gefesselt festgelegt ist, in Verbindung mit dem Umstande, daß das Durchschnittsalter der englischen und der französischen Schiffe (10,1 und 13,9 Jahre) bei weitem höher ist, als das der deutschen (7,6 Jahre), beweist doch schlagend, daß eine Verkürzung der Ersatzpflicht nicht notwendig ist!

Ferner wies auch der Staatssekretär auf die englische Kanalflotte hin, in der sich kein über 15 Jahre altes Schiff befinden soll. Auch das ist richtig; aber die Kanalflotte zählt nur 14 Linienfahrer, und zwar die neuesten Linienfahrer der englischen Nation überhaupt. Dafür sind natürlich die Verhältnisse in den anderen britischen Gewässern umso ungünstiger.

Doch den treffendsten Einwand gegen die Regierungsvorlage brachte der Marineminister selbst. Wir hatten nämlich schon früher auf die famose Stelle in der offiziellen Begründung hingewiesen:

Der militärisch-technische Geburstag eines Schiffes ist nicht der Tag der Bewilligung der ersten Rate, sondern der Zeitpunkt der endgültigen Festlegung der Konstruktion zugrunde zu legenden militärischen und technischen Anforderungen.

Wenn nun der Staatssekretär ganz richtig erklärte, daß die Bauzeit unserer Linienfahrer, die durchschnittlich 43 Monate betrug, schon immer äußerst kurz gewesen ist, daß wir ebenso schnell bauten wie England (43 Monate) und weit schneller als Frankreich (62 Monate) und die Vereinigten Staaten (50 Monate), so hat er damit den größten Teil der offiziellen Begründung selbst glänzend widerlegt!

**Ein Ausnahmegesetz in Nöten.**

Wir haben bereits gemeldet, daß die Enteignungsbestimmungen der Flottenvorlage von der Kommission des Abgeordnetenhauses in der ersten Lesung abgelehnt wurden. Am Dienstag sollte nun die zweite Lesung erfolgen. Die Konservativen blieben aber bei ihrem Widerstand gegen die Regierungsvorlage. Auf Wunsch des Landwirtschaftsministers ist daher die Kommission nicht zusammengetreten, weil, wie es offiziell heißt, innerhalb der Staatsregierung noch Erwägungen bestehen. Damit scheint die zweite Lesung in der Kommission bis nach der Weihnachtspause vertagt zu sein.

Die Differenzen zwischen den Konservativen und der Regierung beziehen sich im wesentlichen darauf, daß die Konservativen schon im Geise festzusetzen wünschen, daß die Expropriation ausschließlich gegen polnische Grundbesitzer angewendet werden darf, während die Regierung die Expropriationsbestimmung allgemein gefaßt hat. Auf die Bedeutung dieser Differenzen werden wir noch zurückkommen.

**Zur Naturgeschichte der Majestätsbeleidigungsprozesse.**

In Aachen wohnte der „Kammerjäger“ Breuer mit dem Schreiner Göbbels und einem Schuhmacher im nämlichen Hause. Die drei tranken bisweilen zusammen, bis die Freundschaft schließlich in die Brüche ging. Breuer und Göbbels wurden spinnereif, und zwar derart, daß Göbbels den Kammerjäger wegen Majestätsbeleidigung denunzierte. Obwohl das Gericht dem Zeugnis des G. und dessen Stiefsohn keinen Glauben beimah, wurde Dr. dennoch zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Zu der Verhandlung mußte der Denunziant zugehen, daß er früher in Aachen Inhaber eines Bordells gewesen ist, und seine Stiefsohner konnte nicht bestreiten, daß sie damals unter Sittenkontrolle gestanden hat. Nach der Verurteilung lag der Kammerjäger, dem die Post-, Militär- und Eisenbahnverwaltung infolge des Prozesses die Verträge gekündigt hatten und der deshalb vor seinem geschäftlichen Ruin stand, sich dazu hinreiß, den Zeugen und die Stiefsohner vor deren Haus auf der Straße zu beschimpfen. Dafür verurteilte ihn das Schöffengericht dieser Tage außerdem zu drei Monaten Gefängnis.

Tags vorher hatte vor der Strafkammer nach erfolgter Revision beim Reichsgericht eine neue Verhandlung in der Majestätsbeleidigungsprozeß stattgefunden. Der Denunziant brachte in dieser Verhandlung eine neue Zeugin, deren Aussagen sich Wort für Wort mit seinen eigenen deckten. Diese Zeugin wohnte angeblich in der Franzstraße, in Weichselthor aber mit dem Denunzianten zusammen in der Kuhhausstraße. Auf die Frage, ob sie mit dem Denunzianten geschlechtlich verkehrt habe, mußte sie die Antwort verweigern. Das Gericht trug Bedenken,

diesem Zeugenkonsortium Glauben zu schenken, und so wurde der Kammerjäger freigesprochen, zumal die Anzeige erst vier Monate nach der angeblichen Majestätsbeleidigung und ohne Zweifel aus Rache gegeben sei. Bei der sittlichen Bewertung, die Göbbels und Stiefsohner durch die Strafkammer erfuhren, ist es unbegreiflich, wie das Schöffengericht wegen der nachträglichen Beleidigung dieser Personen auf die hohe Strafe von drei Monaten erkennen und daß der Staatsanwalt diese private Beleidigung „im öffentlichen Interesse“ verfolgen konnte.

Eine ähnliche Sache, bei der ebenfalls Rache die Triebfeder der Denunziation war, beschäftigte dieser Tage die Strafkammer in Koblenz. Der Badergeselle G. wurde wegen Beleidigung des Kronprinzen von Preußen zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Die Straftat soll in der Backstube des Küchermeyers Jachnich, wohnhaft Untenpfehl 23, geschehen sein. Die Anzeige ertheilte der Bürgermeister erst, als in der „Deutschen Vaterzeitung“ ein Artikel erschienen war, worin unappetitliche Backstubegeheimnisse aus dem Betriebe Jachnichs ausgebeutet wurden. Der Junge Jachnich bekräftigte seine Aussage noch durch eine Rede an die Richter, worin er den Angeklagten als den „größten Sozialisten“ von Koblenz hinstellte. Jachnichs Zehlung bestätigte die Angaben seines Richters. Das Gericht zog als mildernd in Betracht, daß die Beleidigung nicht öffentlich geschehen und der Angeklagte noch unbestraft sei.

**Christlich-nationale Einigkeit.**

Auf dem sogenannten Deutschen Arbeiterkongress war auch der Verband württembergischer Staatsunterbeamten mit 14000 Mitgliedern vertreten. Der Sekretär dieses Verbandes, Eugen Roth, hat nun, wie der „Württembergischer Anzeiger“ berichtet, in einer Versammlung in Stuttgart erklärt, daß er mit dem evangelischen Arbeitersekretär Fischer in der Beurteilung des Berliner Kongresses einig sei; er gehe sogar noch weiter und sage: der Kongress sei eine innerlich verlorene Veranstaltung gewesen, weil er sich an Parteien halte, die für die Durchführung der gestellten Forderungen die ungeeignetsten seien.

Wie der Arbeitersekretär Fischer, der in Berlin den württembergischen Verband der evangelischen Arbeitervereine vertrat, hat es nun auch der Delegierte des Saarverbandes mit dem ultramontan-katholischen Antisemitischen Kocher der christlich-nationalen Arbeiterbewegung verstanden. Bartsch war in Berlin für die Heranziehung der Dirsch-Dunderschen eingetreten, wofür er arg gerügt worden ist. In einer jungliberalen Versammlung in Saarbrücken hat Bartsch nun wiederholt den Berliner Kongress als eine katholische Versammlung bezeichnet und damit zu erkennen gegeben, daß die evangelischen Arbeiter dort nicht für voll angesehen worden sind.

Das Städtische „Reich“ glaubt Herrn Bartsch gegenüber die Bemerkung nicht unterdrücken zu können, daß es nicht gerade immer die saubersten Vögel seien, die ihr eigenes Nest beschmutzen. Es ist eine fahiische Sache, die Städtlerleute von Sanderleute reden zu hören. Im übrigen zeigen diese Vorlesungen, was es auf sich hat mit der gerühmten „Kulturbeziehung“ der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, die jüngst im Reichstag noch der Minister von Bethmann-Hollweg der Sozialdemokratie als leuchtendes Beispiel und Vorbild empfahl.

**Eine Krise im Flottenverein.**

Der Generalmajor Reim, berüchtigt wegen seiner unter dem Protektorat der Regierung entfalteten Agitation bei den letzten Reichstagswahlen, ist kürzlich zum geschäftsführenden Vorsitzenden des Flottenvereins gewählt worden. Das hat den Prinzen Ruprecht von Bayern veranlaßt, das Protektorat über den Bayerischen Landesverband des Flottenvereins niederzulegen. Wahrscheinlich wird diesem Rücktritt des bayerischen Prinzen der Rücktritt zahlreicher anderer Personen folgen, die im bayerischen Landesverband eine leitende Rolle spielen.

Bekanntlich hatte ja die struppellose Agitation des Flottenvereins gegen das Zentrum in Bayern schon längst arg verschmüßt. Schon gleich nach den Wahlen schien es, als ob Reim zurücktreten müsse, falls es nicht zu einer Sezession des bayerischen Landesverbandes kommen sollte. Aber die Wogen glätteten sich wieder, ohne daß der Modagator Reim geopfert wurde. Daß der verhasste Gegner des Zentrums nun aber zum geschäftsführenden Vorsitzenden des Flottenvereins gewählt worden ist, hat in Bayern erneut Empörung hervorgerufen. Möglicherweise kommt es nun doch noch zu einer Spaltung, zumal das Zentrum nicht ganz sicher ist, daß der Flottenverein nicht noch einmal als Kampfstärke des Bloß gegen es ins Feld geführt wird. Vielleicht aber kommt doch noch einmal ein sauler Frieden zustande, wie seinerzeit auf der Kölner Generalversammlung.

Einstweilen lassen sich die Keimlinge keine grauen Haare wegen der bayerischen Opposition wachsen. In einer Berliner Sitzung der Kolonialgesellschaft, wo Reim am Dienstag eine Flottenrede vom Stapel ließ, meinte der Reichstagsabgeordnete Stresemann im Hinblick auf den Rücktritt des Prinzen Ruprecht: Reim habe die Sympathien von 1½ Millionen Deutscher; da könne es ihn nicht berühren, wenn „einer da drunten in München“ mit seiner Agitation nicht zufrieden sei.

In der Tat hat die ganze Krise keine größere politische Bedeutung. Der Flottenverein steht unter dem Protektorat Böllows und noch höherer Ökumen. Seine Welt- und Flottenpolitik drückt sich durchaus mit der einflussreichsten Kreise. Hinter Reim steht der Bloß, der Kuppelher seiner stumpfsinnigen Wahldemagogie. Und wenn auch die Zentrumsmitglieder in Bayern vom Flottenverein abgesplittet und eine unabhängige Sektion bilden sollten, so ist das von keinem allzugroßen Belang. Zumal das Zentrum ja im Grunde kaum weniger kolonial- und flottenstoll ist, wie die Bloßpartei. Die verhängnisvollen Flottenstreitigkeiten werden durch die „Krise“ im Flottenverein nicht beeinflusst!

**Die Agrarier und die Börsegesetzreform.**

Die „Deutsche Tageszeitung“ ereifert sich über die Bemerkung der „Agrar-Ztg.“, der Börsegesetzentwurf bewege sich auf der mittleren Linie.

„Das verstehen wir nicht recht“, schreibt das Wälderblatt. „Ein Gesetzentwurf, der sich tatsächlich auf der mittleren Linie bewegen soll und bewegt, muß sowohl den Forderungen der Linken als auch denen der Rechten einigermaßen Rechnung tragen. Das tut aber der Börsegesetzentwurf nicht im mindesten. Er hat lediglich die Wünsche und die Forderungen der Linken berücksichtigt und erfüllt, die der Rechten, die sich früher zu Anträgen innerhalb der konservativen Fraktion verdingelt hatten, vollständig ignoriert. Hätte der Entwurf in irgendwelcher Form den von der konservativen Fraktion geforderten Deklarationszwang und die gleichfalls von ihr verlangten Strafbestimmungen vorgeschlagen, so würde man vielleicht von einer mittleren Linie sprechen können. Wie der Entwurf aber jetzt gefaßt und gestaltet ist, kann von einer mittleren Linie keineswegs die Rede sein. Wir bedauern das Urteil der „Agrarzeitung“ umso mehr, als dadurch die nachträgliche Erfüllung der alten konservativen Forderungen, die wir immer noch erhoffen, und von der wir unsere schließliche Zustimmung zum Gesetzentwurf abhängig machen müssen, erheblich erschwert wird.“

Danach scheint tatsächlich ein Teil der bändlerischen Kräfte entflohen zu sein, gegen die Börsegesetzreform zu stimmen. Allerdings als ganz sicher kann diese „Unentwegtheit“ nicht gelten. Vielleicht bestimmen sich die Herren noch bis zur dritten Lesung. Gründe für die Wandlung wird das Wälderblatt bei seiner bekannnten inneren Verlogenheit schon ausfindig machen.

Der fortgesetzte Rückgang der Fleischversorgung des Volkes wird bestätigt durch die Berichte der städtischen Schlachthofverwaltungen. Für die Stadtgemeinde Offenburg (Waden) mit etwa 16000 Einwohnern teilt der seeben erwähnte Jahresbericht für 1906 einen Vergleich der gewerblichen Schlachtungen in den letzten drei Jahren 1904/1906 mit. Der Verbrauch des Fleisches an Großschlachtungen veränderte sich nur unmerklich; dagegen nehmen die Ziffern des Kleinviehes rapid ab: 10882, 10515, 9278 Stück; darunter ist es hauptsächlich der Verbrauch des Schweinefleisches, der erheblich zurückgeht: 7300, 6906, 5658 Stück. Im letzten Jahre also allein 1148 Stück weniger.

Aus dem Bericht der tierärztlichen Fleischschau ist zu entnehmen, daß die Zahl der beauftragten Schlachtiere oder ihrer Bestandteile zunimmt. So wurden für geschweineidlich oder nichtbankwürdig erklärt 26 Rälbe, 11 Kälber, 5 Schweine usw. Unzulänglich für den Genuß waren 1140 Stück: 408 Lungen, 300 Lebern usw.

Im Bewahrung von Feuerungszulagen haben sich die unteren und mittleren Beamten überdies wiederholt an die gesetzgebenden Körperschaften ihres Staatwesens gewandt. Namentlich hat die Bürgererschaft am Montag im Antrag des Senates einzelnen dieser Beamtengehälter Verbesserung gewünscht, die vom 1. April d. J. zurückdatiert war. In der betreffenden Senatvorlage wird ausdrücklich betont, daß die gegenwärtige Feuerung voraussichtlich eine dauernde Erhöhung sei.

**Zu der Aera**

**der Einschränkung der Majestätsbeleidigungsanklagen.**  
Magdeburg, 11. Dezember.  
(Privatdepesche des „Vorwärts“).  
Die Erfurter Staatsanwaltschaft hat ein Verfahren gegen den Rechtsanwalt Genossen Landsberg-Magdeburg eingeleitet wegen Majestätsbeleidigung, die er angeblich begangen haben soll in einer Rede zu Arnstadt über den Liebschicht-Prozeß.

**Oesterreich.**

**Hunger-Preteste.**

Brag, 11. Dezember. (S. S.) Die Demonstrationen gegen die Lebensmittelverteuerung dauern fort. In verschiedenen Städten kam es zu Demonstrationen und Ausschreitungen, wobei die Gendarmerie zahlreiche Verhaftungen vornahm.

**Homosexuelle und andere Soldatenmishandlungen.**

Wien, 11. Dezember. (Abgeordnetenhaus.) In Verantwortung von Interpellationen erklärte der Landesverteidigungsminister von Georgi: gegen drei Artillerieinstruktoren der Marine wäre mangelnd Beweise die Untersuchung wegen Sittlichkeitsverbrechen eingestellt worden; später sei einer der Instruktionen eines anderen Sittlichkeitsverbrechens überwiesen und zur geschlichen Strafe verurteilt, gegen einen zweiten die Wiederaufnahme der eingestellten Untersuchung angeordnet worden. Der Minister betonte, jeder bekannt gewordene Inzuchtsakt werde der kriegsgerichtlichen Behandlung übergeben, um durch unumsichtige Strenge und Befrafung der Schuldigen ein Umsichgreifen der Unstittlichkeiten tunlichst hintanzuhalten. (Beifall).

In Verantwortung einer weiteren Interpellation wegen eines Infanteristen, der von einem Korporal nach vorheriger Mißhandlung im Mannschafszimmer durch einen Schuß getötet wurde, sagte der Minister, der Korporal, der angeht, das Gewebe mit einem „Verfäker“ geladen zu haben, sei in Untersuchungshaft. Zeugen des Vorfalls hätten den Eindruck gehabt, als ob der Korporal leblich Scherz machen wollte. Der Minister sprach dann das Gefühl der Entrüstung aus, das die gesamte Arme über diesen geradezu empörenden Vorfall teile. Er erklärte, er werde dem Hauße das Ergebnis des Strafverfahrens mitteilen, und bemerke, daß die Heeresverwaltung alles ausrichte, um den Soldatenmishandlungen wirksam zu steuern. Diesbezüglich seien längst strenge Weisungen ergangen. (Beifall).

**Frankreich.**

**Sozialisten für das Budget.**

Paris, 9. Dezember. (Fig. Ver.)  
Der Parteitag in Limoges (1906) hat die Deputierten der geeinigten Partei verpflichtet, ihre prinzipielle Gegnerschaft gegen den bürgerlichen Staat durch Verweigerung des Budgets zu demonstrieren. Grund genug für einige Mitglieder der Fraktion, durch Bewilligung des Budgets gegen den Parteibeschluß zu demonstrieren.

Der „Possibilist“ Dretou, der sich keine Gelegenheit entgehen läßt, der Partei, der er formell angehört, zum Vergnügen der Regierungsparteien Anßpß zwischen die Weine zu werfen, hat seine Abstimmung in der gestrigen Schlussberatung über das Budget ausdrücklich „begründet“, und nach ihm sprach in demselben Sinne Deböze, der zugleich das Fraktionsmitglied Pastre vertrat! Andere „Possibilisten“, wie Varganne, die die Verwerfung des Budgets als beständeten „Doktrinismus“ ablehnen, enthielten sich innerlich der Abstimmung in der sehr richtigen Erkenntnis, daß die Bewilligung des Budgets ein Vertrauensvotum für die Regierung Clemenceaus bedeutet.

Die „Vegetation“ Dretous ließ darauf hinans, daß das Budget einige von den Sozialisten geforderte Reformen enthalte, wie die Erhöhung des Kredit für die Weisenunterstützung, die Abkürzung der Waffenübungen u. dgl. Der Redner behauptete auch, es sei inkonsequent, im einzelnen das Budget verbessern zu wollen und es dann im ganzen abzulehnen — als ob nicht jede Oppositionspartei mit jedem Besche so verführe, z. B. die Merkanten mit dem Trennungsgesetze — was aber nicht hindert, daß die Regierungspresse heute freudig die Argumentation der sozialistischen Budgetbewilliger anerkennt. Der „Tempo“ behauptet sogar; wer das Budget ablehne, der stelle die Republik selbst in Frage! Das gilt allerdings so weit, als man darunter die bürgerliche Republik versteht. Umgekehrt kann man jedenfalls sagen, daß diejenigen, die das notdürftig sozialistisch aufgeputzte Budgetbudget einer extrem arbeitserfindlichen Regierung bewilligen, die fundamentale Umwandlung dieser Republik in eine sozialistische und den proletarischen Klassenkampf in Frage stellen.

**Die ermüdeten Geschworenen.**

Paris, 9. Dezember. (Fig. Ver.)  
Es ist kein Zweifel: Die „patriotische“ Debatte verfaßt auch bei den Bürgern nicht mehr. Sie beginnen einzusehen, daß das Geschick gegen die „Antipatrioten“ hauptsächlich den Joad hatte, für davon abzulenken, daß die Republik immer mehr von einer Gesellschaft von Plakatacten gebrandtschäft wird. In den letzten Tagen haben Geschworenengerichte in einer Reihe von geradezu demonstrativen Freisprüche gezeigt, daß sie die Dehmag auf die Gegner des kapitalistischen Militarismus und das Herrschaftssystem des Tages, das diese Dinge geboren hat, verwerfen. In Lyon, in

Grenoble und in Cannes im Departement Nordhain haben bürgerliche Gesandtene Antimilitaristen verschiedener politischer Ruance freigeistig. Besondere Aufmerksamkeit verdient der Kreisruand, den die Besandtorenen von Grenoble in dem Prozeß gegen unzer Parteiblat, „Droit du Peuple“ (Volkswort) fällten, das die nach dem Wingergebiet entlaufenden Soldaten beschworen hatte, nicht auf das Volt zu schießen, auch wenn man sie dazu kommandierte. Rag zu diesem Urteil auch der Umstand beigetragen haben, daß es sich um Säden um die Revolle einer Region, nicht um einen Massenlauf handelte, so ist diese Anerkennung des Rechts der Soldaten, sich nicht zum Verlaß der Herrschenden gegen ihre Gegner herzugeben, von einer für den steigenden Einfluß der sozialistischen Kritik charakteristischen Bedeutung. —

### Dänemark.

#### Die Wahlrechtsreform im Folkething.

Der vor zwei Monaten von der sozialdemokratischen Fraktion eingereichte Verfassungsbänderungsvorstoß zur Ausdehnung des staatsbürgerlichen Wahlrechts auf die Frauen und Dienstleute sowie zur Herabsetzung der Altersgrenze für das Wahlrecht vom 30. auf das 21. Lebensjahr kam am Montag im Folkething des erstmalig zur Beratung. Außer unseren Genossen war es nur der Wortführer der Radikalen, der dem Entwurf in seinen Hauptpunkten zustimmte. Von den Abgeordneten der Regierungspartei äußerte sich überhaupt keiner; der Ministerpräsident redete lang und breit um die Sache herum und kam zu dem Schluss, daß erst, wenn es sich zeigte, daß die l o m u n a l e Wahlrechtsreform sich im Reichstag nicht durchführen lasse, die Zeit zu einem Verfassungslamp gekommen sei; darum könne er den Vorstoß nicht empfehlen. Mit der Zeit würden wohl auch die Frauen das politische Wahlrecht erhalten. . . . Im übrigen suchte er seine Rede mit Angriffen gegen die Sozialdemokratie zu spizen und behauptete, daß ihre Vertretung im Jahre 1896 einem liberalen Verfassungsvorstoß gegenüber eine Stellung eingenommen habe, die mit ihrer jetzigen in Widerspruch stehe. Genosse Wijablad, dem dieser Vorwurf galt, Borgbjerg und K. C. Meyer trieben jedoch in scharfem Wortwechsel mit dem Ministerpräsidenten ihn so in die Enge, daß er schließlich veranlaßt fühlte, seine Behauptung halbwegs zurückzunehmen.

Der Vorstoß wurde, wie üblich, einem Ausschuss überwiesen. Die Verhandlung aber hat wieder einmal gezeigt, daß die Sozialdemokraten die einzigen zuverlässigen Freunde einer gründlichen Wahlrechtsreform sind. —

### Rußland.

Petersburg, 12. Dezember. Der Prozeß gegen die Mitglieder der zweiten Duma, die im Versuch des „Komplots“ gegen den Zaren in Jaroslawo Selo“ unter Anklage gestellt sind, ist auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

#### Ein „kleiner“ Rechenfehler im etatmäßigen Defizit.

Der „Russ. Korresp.“ wird aus Petersburg geschrieben: Das Defizit im Reichsetat für 1908 ist auf 190 Millionen Rubel berechnet. Schon diese Summe ist relativ sehr bedeutend. Um 100 Millionen Rubel zu erhalten, die Bankkommission und die Zinsen für ein Jahr voraus zu bezahlen, muß man beim Kurs der russischen Staatsrente zu 72 eine Anleihe von ungefähr 275 Millionen Rubel nominell realisieren. Das ist nicht wenig, namentlich bei der jetzigen Geldkrise. Das dürfte aber noch nicht reichen; denn das Defizit im Etat ist nicht in seiner ganzen Größe angegeben: zu den bedrohlichen außerordentlichen Ausgaben müssen noch 160 Millionen Rubel hinzugefügt werden zwecks Tilgung der Serien der Staatsschuld aus der gleiche Summe, die im Jahre 1904 auf drei Jahre ausgeben wurden. Ihre Einlösung ist gesetzlich obligatorisch und mußte daher ins Budget eingestellt werden. Diese Serien stellen nicht zinstragende Wertpapiere, sondern eine Art Geldpapier dar. Von letzteren unterschieden sie sich nur darin, daß sie erstens einen gewissen Prozentsatz Zinsen tragen, und zweitens werden sie nicht von der Staatsbank, sondern vom Staatschahamit ausgegeben und sind infolgedessen durch seine Golddeckung gesichert. Aus letzterem Grunde wird eine solche Serienemission von der Theorie und von der Praxis betrachtet. In Interesse der letzteren und um den allzu gewaltigen Papiergeldverkehr einzuschränken, kann die Dama die Aufhebung dieser Serien, etwa durch Konsolidierung in eine langfristige auswärtige bzw. innere Anleihe verlangen. Dabei ist das Schweigen darüber im Budgetentwurf höchst auffallend; denn auch die Fristverlängerung einer Anleihe muß als eine neue Anleihe betrachtet werden. Und ohne Zustimmung der Duma darf das nicht geschehen. Sonst müßte man annehmen, daß überhaupt Anleihen ohne Zustimmung des Volksvertretung abgeschlossen werden können.

Somit wird das Defizit nicht mit 190 Millionen Rubel, sondern mit 340 Millionen Rubel zu berechnen sein. Ein sehr wesentlicher Unterschied. Das Schweigen über diese unbedingt zu tilgende Schuld und die bürokratische Absicht, sie eigenmächtig zu löschen, ist ein gutes Kennzeichen für die gegenwärtige innenpolitische Lage und für die geringe Bedeutung der Reichsduma. . . .

### Marokko.

#### Die Methoden der Kulturpioniere.

In seinem Blatte „La Guerre sociale“ beschuldigt Gerbé den General Phanteq, den Abgeordneten Trouin und den Oranger Bergbauindustrianten Bastos, sie hätten zusammen mit künstlichen Mitteln den Angriff der Beni Snassen herbeigeführt, indem sie selbst dem ungewaffneten Stämme auf dem von ihnen ausgerüsteten Dampfer „Genith“ Waffen zuführen ließen und durch von ihnen bezahlte Leute auf ihrem Gebiete eine harmlose Sühnerei veranstalteten, die als Empörung und Ueberfall ausposaunt wurde und kriegerische Maßregeln veranlaßte. —

### Amerika.

#### Ein Protest der Arbeiter.

Präsident Compers von der American Federation of Labor hat an die gesamte organisierte Arbeiterschaft in den Vereinigten Staaten die Aufforderung ergehen lassen, gegen die Wiederwahl des Präsidenten Cannon für das Repräsentantenhaus zu protestieren. Bei den einzelnen Abgeordneten sollten die Gewerkschaften vorstellig werden, um sie zu veranlassen, gegen Cannon zu stimmen. Compers erklärte, daß Cannon, der „Spracher“ des Hauses, seine hohe Stellung ausnutzte, um allen Maßnahmen zugunsten der Arbeiter hindernd in den Weg zu treten, daß er ein Arbeiterfeind sei, der bekämpft werden müsse. — Außer von Compers war die Aufforderung von vielen anderen hervorragenden Führern der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter unterschrieben worden. Cannon ist einer der geschätztesten Führer in der republikanischen Partei; er besitzt Millionen und fühlt sich ganz als Vertreter der großkapitalistischen Interessen. Seine Macht als Sprecher oder Präsident des Repräsentantenhauses reicht außerordentlich weit, besonders durch sein Recht, die Kommissionen des Hauses zu ernennen, denen alle Vorlagen zur engeren Beratung überwiesen werden. Der Protest der Arbeiter blieb unbeachtet, Cannon wurde als Sprecher gewählt. Man mußte leider nur zu gut, daß der Arbeiterbund politisch machtlos ist und keinen Einfluss

besitzt. Den Versuch der Sozialisten, den Bund zu einer selbständigen Arbeiterpolitik zu zwingen, ist Compers selber bisher immer am schärfsten entgegengetreten; seine Proteste und Resolutionen blieben dabei wirkungslos. —

Die Bundesarmee. Eine bekannte Klage der Militärverwaltung erhob sich wieder: Die Amerikaner wollen nicht Soldat werden! Die Armee hat 20 000 Mann weniger als gesetzlich vorgeleben sind! Am 15. Oktober bezifferte sich das Heer auf 58 888 Mann, einschließlich 3800 Offiziere; nicht eingerechnet sind 3100 Mann des Spitaldienstes; demnach zählt das Heer um 19 671 Mann weniger, als die gesetzlich festgesetzte Stärke betragen soll. Um dieselbe Zeit des vorigen Jahres war der Mannschaftenbestand um 7800 geringer. Es ist also eine Abnahme zu verzeichnen, während eine Zunahme (durch Vermehrung der Artillerie) beabsichtigt war. Dersektionen der Soldaten, sind an der Tagesordnung und werden als ein gewöhnliches Ereignis behandelt. (Im letzten Jahresjahre desertierten 4522 Mann.)

General Linnorth bespricht diese Dinge in seinem Jahresbericht an den Kriegsminister und erklärt, daß die Militärbehörden trotz aller Mühe und vielfeltiger Bemühungen nicht genügend junge Männer finden konnten, die Soldat werden wollten. Man sollte den Sold erhöhen, oder man müßte schließlich den zwangswise Militärpflicht einzuführen. . . . Als Gründe für die vielen Desertionen werden außer dem geringen Sold noch angegeben die Unzufriedenheit mit der Arbeit beim Erzgieren und beim Instandhalten der Garnisonen, die Abschaffung der Kantinen, die geringe Einzahlung des Verdienstes der Fahnenführer, der Mangel an wichtigen Unteroffizieren. Der General empfiehlt, daß der Kongreß vor allen Dingen den Sold erhöhe und die Kantinen, die vor einigen Jahren abgeschafft wurden, wiederherstelle.

Bei der Marine werden übrigens dieselben Klagen laut. —

## Aus der Partei.

### Die Gemeindevahlen in Württemberg.

Den diesjährigen Gemeindevahlen in Württemberg kommt ganz besondere Bedeutung zu. Es sind die ersten, die unter der neuen Gemeindeordnung stattfinden, die am 1. Dezember dieses Jahres in Kraft trat.

Das alte württembergische Gemeindevahlrecht war sicherlich weit besser als das troste Unrecht, das sich in der preussischen, der hannoverschen, der sächsischen und noch einer ganzen Reihe Städte- und Gemeindeordnungen breit macht. Eine Klassenerteilung der Wähler konnte auch die alte württembergische Gemeindeordnung nicht. Bürgerausschuss, Gemeinderat, sogar der „Schulrat“ (Bürgermeister) mußte sich der geheimen und direkten Wahl durch die Gemeindevähler unterwerfen. Die neue Gemeindeordnung macht zwar die Erweiterung des Gemeindevahlrechts wie die alte von der Vollendung des 25. Lebensjahres, der Staatsangehörigkeit, eines mindestens dreijährigen Wohnsitzes am Ort und von dem Nachweis abhängig, daß der Bewerber irgend eine Vermögens- oder Einkommensverhältnisse wie Wohnsitzer drei Jahre lang an die Gemeinde entrichtet hat. Die Bürgerrechtsgeldgebühr ist aber allgemein von 5—10 M. auf 2 M. herabgesetzt worden. Ferner ist für Städte mit mehr als 10 000 Einwohnern die Verhältniswahl eingeführt worden an Stelle der bisherigen Majoritätswahl.

Die Herabsetzung der Bürgerrechtsgeldgebühr kommt insbesondere den minderbemittelten Klassen zugute, wenn auch wohlhabende Kreise die Herabsetzung der Gebühr sehr zu schätzen wissen. So hatte der Gemeinderat Stuttgart in seiner Sitzung am 8. Dezember nicht weniger wie 1811 Bürgerrechtsgeldgesuche zu erledigen.

Die Proporzwahl in den Städten über 10 000 Einwohner — es sind das Stuttgart, Ulm, Heilbronn, Esslingen, Neutlingen, Ludwigsburg, Göppingen, Gmünd, Tübingen, Tullingen, Ravensburg, Schweningen und Heidenheim — führt für die Zukunft auch den kleineren Parteien eine angemessene Vertretung auf dem Rathaus.

In Ulm und Ludwigsburg ist es freilich sehr unsern Genossen noch nicht gelungen, bei der Wahl durchzubringen, in Esslingen aber haben unsere Genossen von sechs Mandaten die Hälfte erobert. In Stuttgart können wir von den neun Mandaten, um die gekämpft wird, mit ziemlicher Sicherheit auf vier rechnen.

Daß von der Regierung und den bürgerlichen Parteien die Verhältniswahl nicht aus Liebe zum kleinen Mann zugehanden wurde, liegt auf der Hand. Die Angst vor der Sozialdemokratie war es, die unseren Wegern auch diesen Fortschritt abpreßte. Die Statistik der Stuttgarter Gemeindevahlen liefert den besten Kommentar zum „Gerechtigkeitssinn“ des Bürgerrechts. Im Jahre 1898 betrug der Anteil der Sozialdemokratie an den abgegebenen Stimmen 22 Proz. Im Jahre 1906 aber 42.7 Proz. Wäre die Majoritätswahl in Kraft geblieben, so wäre in absehbarer Zeit der letzte bürgerliche Wähler von Rathhaus der Residenz verschwunden. Dem ist durch die Einführung des Proporz vorgubehnt. Man hat dafür freilich die Gewohnheit in den Kauf nehmen müssen, daß die Sozialdemokratie nunmehr auch in Gemeindevahlungen eindringen wird, die ihr sonst auf lange Jahre hinaus noch verschlossen geblieben wären. Und noch einen gewichtigen Vorteil bringt ihr der Proporz: Er macht jedes Kompromiß mit bürgerlichen Parteien überflüssig und erleichtert somit die Führung des Wahlkampfes in seiner ganzen prinzipiellen Schärfe.

Ganz besonders erfreulich sind unsere Fortschritte in den kleinen Orten. In kleinen und kleinsten Gemeinden haben unsere Genossen Parteikandidaten durchgebracht, zum größten Jammer der bürgerlichen Parteien. Die Zahl unserer Gemeindevorteiter wird sich in den nächsten Tagen und Wochen noch erheblich vermehren. In immer weiterer Kreise dringt die Erkenntnis, daß nur die Sozialdemokratie imstande ist, der Vetterwirtschaft auf manchen Rathhaus ein Ende zu bereiten und die Gemeindevahlungen und Politik nach großen Gesichtspunkten zu organisieren. Selbst unsere Wegener müssen der schäpferischen Vorbildlichen Arbeit unserer Genossen in der Gemeinde, wenn auch widerwillig, Anerkennung zollen. Diese gute, nach festen Prinzipien geleitete Arbeit trägt nun reichliche Früchte.

Aus den Organisationen. Eine außerordentliche Konferenz des ländlichen Wahlkreises Hanau-Gelnhausen beschloß eine Beitragserhöhung vom 1. Januar ab. Der wöchentliche Beitrag beträgt nun 10 Pf. In die Kreisliste sollen monatlich 25 Pf. abgeführt werden.

Vom Fortschritt der Jugendorganisation. In Gera wurde am Sonnabend nach einem Referat des Genossen Simon Kagenstein-Vorläufer eine Jugendorganisation gegründet.

## Soziales.

### Beamtenegehälter.

Bei den Gerichtsverhandlungen gegen ungetreue Beamte stellt es sich häufig heraus, daß die Betreffenden von Unfällen, Krankheiten in der Familie usw. betroffen worden waren und daß ihr Gehalt viel zu gering war, um damit die entstehenden Kosten bestreiten zu können. Wenn man dann das Gehalt, das der ungetreue erhielt, erfährt, muß man sich allerdings meist fragen, wie bekommt ein Beamter es fertig, mit einem so niedrigen Gehalte alle seine notwendigen regelmäßigen Bedürfnisse zu befriedigen, geschweige denn, wenn dazu unerwartete weitere Kosten kommen. In einer der letzten Nummern eines Foadblattes für städtische Beamte finden wir unter den Annoncen folgende Notiz ausgeschrieben: In der Kreisstadt Burgdorf im Regierungsbezirk Lüneburg wird ein Kaufmann mit starker Handarbeit gesucht, welcher mit Bezeichnung loser Konten betraut ist (also für die Sparkasse), bei einem monatlichen Gehalt von 75—80 M. In der Stadt Altdorf, Kreis Oststernberg, wird ein Gemeindevorteiter bei einem Gehalt von 800 M. pro Jahr gesucht.

kaution 500 M. Die Anstellung erfolgt auf Lebenszeit mit Aufgehaltanspruch.

In der Kreisstadt Segeberg, Regierungsbezirk Schleswig, wird zu sofort ein Kaufmann bei 720 M. Gehalt gesucht.

In Lauenburg, Regierungsbezirk Erfurt, wird ein Expedient gesucht bei 700 M. Gehalt, steigend bis 800 M.

In der Kreisstadt Wipperfurth, Regierungsbezirk Köln, wird sofort die Stelle eines Verwaltungsführers für einen Militär-Anwärter frei. Gehalt 600 M. Probzeit 6 Monate.

In Kasse wird ein Kanzleigehilfe sofort gesucht, welcher Schreibmaschine schreiben und nach Diktat stenographieren kann. Monatliches Gehalt bis 90 M.

Es handelt sich hier um Beamte bei städtischen Sparkassen oder anderen städtischen Kassen. Aber die Gehälter an königlichen oder Staatsämtern sind vielfach nicht besser. Es sind fast immer Beamte, durch deren Hände hohe Summen gehen. Wie soll aber bei den heutigen teuren Lebensmittelpreisen ein Beamter, namentlich wenn er Familienvater ist, mit einem monatlichen Gehalt von 50 oder 60 M. alle Kosten für Wohnung, Nahrung, Kleidung und vielfach für Arzt und Apotheker bestreiten können? Mann man sich da wundern, wenn er in seiner Not und Ratlosigkeit sich dann an dem ihm anvertrauten Gelde vergreift, um, wie er hofft und Aussicht hat, es rechtzeitig wieder ersetzen zu können? Man solle nicht wundern, daß bei solchen miserablen Gehältern nicht noch häufiger Veruntreuungen vorkommen? Sind an diesen Veruntreuungen nicht ebenso die maßgebenden Instanzen schuld, die für den Beamten ein so unzureichendes Gehalt aussetzen? Man komme nicht mit der Ausrede, ja, es melden sich ja genug Bewerber für diesen Betrag. Eine solche Ausrede geigt einen großen Mangel an ethischem Pflichtbewußtsein bei den betreffenden Gemeinde- oder Landesvertretern. Man zähle den Beamten, auch den unteren, wirklich auskömmliche Gehälter und sei auch in Fällen von Krankheit oder Mißgeschick in der Familie nicht knauserig mit einer Extrazulassung, und man wird sich damit eine größere Sicherheit gegen Veruntreuungen schaffen als durch harte Bestrafungen der zu den Veruntreuungen durch Mißgeschick Getriebenen.

### Gegen ländliche Arbeiter und Dienstboten.

Ueber die Leuinen unterteilt man sich in der Generalversammlung des preussischen Bauernbundes in Würzburg. Die Herren zeigten sich von den Dr. Heimischen Organisationsplänen gar nicht erbaut, sondern förderten unerbittlich ganz reaktionäre Ansichten zutage. Einer von den Rednern war Dr. Heim und anderer, die die Dienstboten organisieren wollen, um sie vor der Sozialdemokratie zu „retten“. Eigennutz vor und meinte, diejenigen, die sich mit dieser Frage befassen, wollten nur für sich und ihren gleichartigen etwas profitieren. Die allgemeine Ansicht war, daß die ländlichen Arbeiter überhaupt keine Organisation brauchen, da sie sich in einer „glänzenden Lage“ befinden. Dagegen wurde ein „Schutzverein“ für die bäuerlichen Arbeitgeber gefordert. Ein anderer Redner behauptete, die Landwirtschaft sei lediglich auf die ausländischen Arbeiter angewiesen und verlangte gesetzliche Bestimmungen, wonach Ausländer, die nach Deutschland kommen, erst eine bestimmte Zahl von Jahren zwangsweise in der Landwirtschaft festgehalten werden sollen, ehe sie zur Industrie übergehen dürfen. Durch Beschluß wurden alle bisher gemachten Vorschläge zur Lösung der Dienstbotenfrage für unannehmbar erklärt, die Frage lasse sich überhaupt erst diskutieren, wenn sämtliche Landwirte durch Gesetz organisiert seien. — Die ostelbischen Junker können mit den preussischen Agitatoren zufrieden sein. Sie fordern offen volle Herrschaft der ländlichen Arbeiter.

### Kriegskreis und Unternehmerterrorimus.

Bei der Krankenliste des Betriebes der Gießhahfabrik in Döhlen bei Dresden herrschte freie Arztwahl, die besonders einem der Ärzte wegen besonderer Beliebtheit eine große Praxis verschaffte, während die anderen Herren Ärzte sich mit ziemlich ungenügender Besorgung begnügen mußten. Das gefiel ihnen nicht und sie verlangten Aufhebung der freien Arztwahl. Als die Generalversammlung des Betriebs machte sie den Vorschlag, den vielbeschlügtesten Kollegen zu entlassen, dann solle alles beim alten bleiben. Die Kollegen lehnten dieses mehr wie sonderbare Ansinnen ab. Nunmehr legten die Ärzte die Arbeit nieder. Die Direktion der Hütte griff ebenfalls in den Konflikt ein. Sie drohte, den Betrieb zu schließen, wenn nicht bis zu einem bestimmten Termin genügend Ärzte vorhanden seien. Die Fürsorge für die Kranken Arbeiter scheint eine geradezu rührende zu sein! Die Arbeitervertreter ließen sich dadurch nicht schrecken und die Schlichtung des Betriebes erfolgte denn auch nicht. Die Amtshauptmannschaft forderte nun den Klassenvorstand auf, bis Mittwoch nächster Woche 4 resp. 6 Ärzte anzustellen, wenn die Behandlung der Familienmitglieder erhalten werden sollte. Dem Vorstand ist es gelungen, zwei Ärzte außer dem weiter praktizierenden Arzt, dessen Wahrregelung seine Kollegen verlangt hatten, zu erhalten und der dritte steht in Aussicht, so daß der Streik der Ärzte gegen die freie Arztwahl ins Wasser fallen dürfte. Immerhin ist es nicht ausgeschlossen, daß die Direktion der Hütte noch weitere Versuche macht, den Ärzten zu helfen.

Wen man bedenkt, wie wütend ein Teil der Ärzte (Weißger Richtung) für die Einführung der freien Arztwahl ins Feld gezogen ist, hat ein Streik der Ärzte um die Aufhebung einer solchen Einrichtung gewiß den Reiz der Neuheit für sich. Die Sache hat natürlich genau wie das Eintreten der Ärzte für die freie Arztwahl einen rein materiellen Hintergrund. Sehr nett und sehr kollegial ist das Verhalten der Direktion, den vielbeschlügtesten Kollegen zu entlassen. Geradezu ungeheuerlich aber ist die Drohung der Direktion, aus einem solchen Anlaß den Betrieb schließen zu wollen.

## Gewerkschaftliches.

### Grubenbesetzungen.

Ein Reichsrunder schreibt und: Zum Schutze und zur Gesundheit der Bergarbeiter sind sog. Verggspolizeiverordnungen erlassen, deren Verwirklichung und Beachtung von eigens dazu verpflichteten Beamten ausgeführt wird. Die Kontrolle über das ganze läßt die königliche Verggbehörde aus und hat diese die Pflicht, von ihren Beamten zu gewissen Zeiten die ihnen unterstellten Gruben besuchen zu lassen. Wenn nun die Verggpolizei ihre Pflicht stets gewissenhaft ausführen würde, könnte sich die Unfallstatistik nicht in solch erschreckender Weise mehren. Gewöhnlich sind aber dem Arbeiter die Bedinge und dem Steiger der Soll in der Weise gestellt, daß beiderseits auf Kohlenförderung gesehen werden muß und die Verggpolizei infolgedessen wenig beobachtet werden kann. Da man auf den meisten Werken auf Doppelschichten fördert und sich der Hülfsteiger in der Mittagsfrist ebenfalls herausreifen d. h. tüchtig fördern möchte, um baldigt zu avancieren, so ist die Jagd nach Kohlen oft so groß, daß es Wunder nimmt, nicht noch mehr Unglücksfälle heraufzubeschwören. Das Weiteihern und die Belegung der Steiger unter sich ist häufig dornig, daß zu allerhand Manipulationen geiffen wird, um sich gegenseitig auszustechen und zu übertrumpfen. Man läßt beispielsweise Holzmannel eintreten, um auf diese Weise die Arbeiter vom Verbaufen abzuhalten und zur Kohlengewinnung zu zwingen, oder sie werden nach der Schicht mit Schnaps oder Bier traktiert, wenn sie überfordert haben. Andere lassen ihren Arbeitern Prämien in Gestalt von Schlaflohn, welche ihnen gratis beigeführt werden, zusammen, um sie anzufeuern. Wieder andere legen den Kameradschaften Grubeneinsparbeiter, Verbaufen, Schleiher oder sonstige Arbeiter gratis bei, um ihren Soll zu erhalten. Da auf den meisten Werken das Epitellum aus ist und der Betriebsführer als auch der Hülfsteiger sogar oft mit Arbeitern in Verbindung steht, so hat der Reichsrunder hier oft

einen sehr harten Stand und wird ihm das Leben bitter. Es werden häufig sogar, ohne Wissen und Willen des Revierleiters Anordnungen und Vorkehrungen im Revier getroffen, wodurch ihm häufig die Förderung beeinträchtigt und ihm sodann die Prämie entzogen wird. Es ist dieses um so leichter, da der Fahrsteiger als Sprachrohr des Betriebsführers gar keine, der Betriebsführer teilweise und der Revierleiter die volle Verantwortung für das Revier trägt. Sodann hat sich letzterer noch in den Konferenzen die größten Grobheiten sagen zu lassen. Die z. B.: „Wenn Sie Ihren Soll nicht besser fördern wollen, bin ich gezwungen, das Revier Ihrem Hilfssteiger oder Fahrhauer zu übergeben.“ Oder: „Sie verdrängen ja mehr Holz als alle anderen Reviere, daher Ihre hohen Selbstkosten.“ Oder: „Wenn Sie nicht anders fördern können wie Berge, dann können Sie nur zu Hause bleiben, dann werde ich dem Pflegerbetreiber Ihren Peterstock geben, der wird wohl mehr Kohlen fördern können“ usw.

Steht der Steiger nun völlig schief mit seinen Vorgesetzten, so wird ihm auch nicht mitgeteilt, wann der königl. Revierbeamte kommt. Im Gegenteil, derselbe wird auf sein Revier aufmerksam gemacht, und da der Betriebsführer oder Fahrsteiger in den meisten Fällen in Begleitung desselben sind, so werden etwaige Mängel sehr leicht gefunden und Protokoll oder Strafen stehen für den Steiger in Aussicht. In der Regel melden die königl. Revierbeamten ihr Kommen frühzeitig genug an, um noch rechtzeitig vorhandene Mängel beseitigen zu können. Da wird noch schnell Holz und Material beschafft, verbaut, Wetterführung in Ordnung gebracht, zweifelhafte Betriebe gestundet usw. und nachdem fällt die Fahrung tadellos aus. Ist nun irgend ein größerer Unfall passiert und die wahren Ursachen desselben sind noch zu berwickeln, so sind in fast allen Revieren Arbeiter vorhanden, welche wissen, was für den Steiger auf dem Spiele steht; sie räumen deshalb noch schnell auf und ehe Befahrung kommt, bietet die Unfallstelle ein ganz anderes Bild. Steht nun der königl. Revierbeamte an Ort und Stelle den Tatbestand fest, so findet er alles tadellos und da die Toten bekanntlich nicht mehr sprechen, so ist Selbstverschulden der Opfer der Schuld.

In welcher Weise die königl. Revierbeamten noch häufig hintergangen werden, möge hier ein Beispiel dienen: In einem Reviere waren Betriebspunkte vorhanden, welche eine Temperatur von + 32 Grad Celsius aufwiesen, wobei die Arbeiter noch eine achtstündige Schicht zu verfahren hatten. Sie wandten sich diesbezüglich an ihren Steiger und baten um eine sechsstündige Schicht. Der Steiger kramte ihnen das aber nicht erlauben, konnte aber wegen der Mangelhaftigkeit des Ventilators sowie der ganzen Wetterführung auch keine frischen Wetter beschaffen und stand deshalb ratlos da. Als die Arbeiter sich nachdem an die königl. Bergbehörde wandten, erschien Tags darauf ganz unverhofft der Vergat auf der Grube, um die fraglichen Punkte zu befragen. Der Betriebsführer hatte sofort Wind und eile zum Schwacht, um den Revierleiter hiervon in Kenntnis zu setzen. Er traf letzteren noch in Grubenkleidern, weil er soeben aus der Grube kam, und sprach ihn sofort mit den Worten an: „Der Vergat wünscht auf der Stelle Ihr Revier zu befragen, hoffentlich haben Sie frische Wetter genug. Sie haben übrigens sehr wenig Bildung unter Ihren Arbeitern, doch sich noch Verräter darunter befinden, welche uns den Vergat so unverhofft auf den Hals gehen. Letzterer ist ebenfalls sehr ungehalten darüber, daß gerade ihre Arbeiter die gemeine Frechheit besitzen, sich bei ihm zu beschweren.“ Der Steiger, milde und abgepaant von der eben zurückgelegten achtstündigen Schicht, stand mit dem Schwäch durchdrängten Atem vor dem Betriebsführer und antwortete: „Da Sie die Verhältnisse der Grube respektive meines Reviers kennen müssen, wird Ihnen die enorme Hitze meines Reviers längst bekannt sein und möchte ich Sie deshalb fragen: Woher die frischen Wetter nehmen?“ „Das soll mir gleich sein.“ gab der Betriebsführer zurück, „wenn Sie das nicht wissen, dann lassen Sie sich Ihr Gehalt zurückgeben, dann sind Sie nicht fähig, Steiger zu sein.“ Drehte ihm den Rücken und verschwand. Der Steiger fuhr sofort wieder an, setzte sich mit seinem Hilfssteiger in Verbindung, einer auf der oberen, der andere auf der unteren Sohle und verständigten sich durch Signale, falls der Vergat auf der einen oder anderen Sohle anfahren sollte. Als letzterer an die obere Sohle kam, wurde schnell im Brennsberg hinuntergesignalliert. Der Hilfssteiger hing sofort in den Querschlag der unteren Sohle eine Wettertafelnde, sperre somit die Wetter der anderen Reviere teilweise ab und ließ nun die auf diese Weise gewonnenen frischen Wetter durchs Revier laufen. Als der Vergat bei seiner Befragung, in Gegenwart der Arbeiter, eine Temperatur von noch nicht ganz 27 Grad feststellte, wurden die Arbeiter als Pflüger und Araleer bezeichnet und wurden baldigst ihre Abwehr nehmen, obgleich sie der Steiger als hiesige, tüchtige und zuverlässige Arbeiter sehr ungern mißte. Die Leute waren gemahregelt, der Steiger gerettet und der Zustand der Grube „tadellos“.

Als den größten Mißstand ist es jedoch zu betrachten, daß es von oben gebudet wird, die königl. Revierbeamten als technische Leiter und Direktoren an Privatwerken anzustellen. Sie stehen sich nämlich nicht allein pekuniär viel besser als ihre Staatskollegen, sondern sie haben noch viele andere Vergünstigungen. z. B. bewohnen sie eine prächtige Villa entweder in der Großstadt, oder fern von allem Fehrgelächter, zur Ausfahrt stehen ihnen die herrlichsten Gelbarme oder Automobile zur Verfügung, bekommen längeren Jagd- oder Erholungsurlaub, sind auch noch häufig zu längeren Überungen als Referentoffiziere eingezogen, ohne daß ihr Gehalt geschmälert würde. So sind sie gewissermaßen nur Repräsentationspuppen, tragen auch weiter keine Verantwortung als den Gehalt ihres Ehemanns zu füllen und zu bewahren. Daß durch dieses System die Unfallstatistik nicht abnehmen kann ist leicht verständlich, denn die Hüter des Gelbads, solidarisch mit den Hütern der Vergalizei als frühere Studienkollegen und Conleuren, werden sich doch nicht beugen.

Eine Schande ist es geradezu, wenn man sieht, daß Fachmänner, alle, im Dienste ergrauten Direktoren oder Vergingenteure, diesen jungen Affessoren weichen müssen, diese gezwungen werden, andere Berufe einzuschlagen, oder im Ausland ihr Leben zu beschließen. Wie viel Kraft und Intelligenz dem Lande hierdurch verloren geht, zeigt ja die Geschichte und mancher dieser Verdrängten hat anderen Nationen zur hohen Ehre gereicht.

Sieht man neuerdings wieder, wie der Staat nach neuen Steuern sucht, so ist es unerhört, daß die großen Trübstrebungen der Privatgesellschaften noch länger geduldet werden und diese ruhig ihren Lauf am Nationalvermögen fortsetzen können, um so den Staat und das ganze Volk auszubuten. Wie hoch liegt es, wenn sich diese Herren als Wohltäter der Menschheit hinstellen, ab und zu einige 1000 M., für solche Zwecke, oder für Kirche oder Schule ausgeben, um dafür Milliarden dem Volke auszulupfen. Sollte der Staat diesem Treiben nicht bald ein Ende machen, so müssen die Folgen von ungeschwehlicher Tragweite werden.

### Berlin und Umgegend.

Achtung, Dreher! Der Streik der Kollegen des Autobau, Ober-Schöneweide, dauert fort. Der gelbe Arbeitsnachweis der Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Informativell becomto: Th. Bloch, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druck- u. Verlagsanstalt

Direktion der A. E. G. Ober-Schöneweide ist jetzt in der Chaussee-straße. Der Autobau der A. E. G. ist streng zu meiden.

Deutscher Metallarbeiter-Verein. Ortsverwaltung Berlin.

### Deutsches Reich.

In der Schuhfabrik von Vater u. Co. zu Strausberg sind Differenzen ausgebrochen. Die Arbeiter haben die Kündigung eingereicht. Herr Vater beabsichtigt, in Berlin Arbeiter anzuzuerben. Vor Zutug sei deshalb gewarnt.

Wie die sächsisch-thüringischen Webereibesitzer katern. Wie wir mittlerweile, haben die Unternehmer in der Lohnbewegung der sächsisch-thüringischen Weber einen Abfederungsulaß erlassen, nach dem sie auf Grund der schlechten Geschäftslage jede Unterhandlung mit den Arbeitern zurückweisen. Dagegen sind aber nach bürgerlichen Preßstimmen die Webereien des Greiz-Geraer Bezirks noch auf lange Zeit hinaus voll beschäftigt und leiden sogar sehr an Arbeitermangel. Es ist schon erfolglos versucht worden, Weber von auswärtig heranzuziehen. Nach diesen Tatsachen sind also die Aussichten für die Lohnbewegung gar nicht unangünstig. Vielleicht verlassen die Unternehmer noch ihren Progenstandpunkt und bewilligen die am 1. Januar 1908 fälligen Forderungen der Arbeiter oder lassen sich wenigstens zu Verhandlungen herbei, um neue Streiks und Aus-sperren zu vermeiden.

### Ausland.

Der Schuhmacherstreik in St. Louis, an dem sich 20000 Personen beteiligten, ist beendet. Die allgemeine Krise in der Industrie ist für den Streik verhängnisvoll geworden und die Arbeiter mühten den Kampf, den sie zehn Wochen lang führten, aufgeben und zur zehnstündigen Arbeitszeit zurückkehren. Es galt, den Neunstundentag zu erobern und dafür haben sie während des Streiks eine Agitation entfaltet, die immerhin sehr gute Früchte für die Gewerkschaft getragen hat.

## Aus der Frauenbewegung.

### Gleichberechtigung.

Nachdem die Vertreter sämtlicher Parteien, einschließlich der Konserverativen, sich bereit erklärt haben, der Bestimmung, die den Frauen dasselbe Vereins- und Versammlungsrecht gewährt wie den Männern, zugustimmen, kann die Verwirklichung dieser Reform wohl als gesichert gelten. Damit ist den Frauen die Möglichkeit gegeben, das parteipolitische Leben zu beeinflussen, das heißt, soweit die „Herren der Schöpfung“ das zulassen. Und da wird die wahre Gefinnung sich zeigen. Die Konserverativen und Nationalliberalen verlangen, die Frauen sollen die Gleichberechtigung als Märchen betrachten. Die Bändlerfrauen dürfen alljährlich die berühmte Zirkus Busch-Vorstellung besuchen und mehr zu verlangen verbietet, ihnen ja auch ihre Indolenz. Sie sind zu „vornehm“, um sich mit Politik zu beschäftigen. Und etwa vor Landarbeiterinnen ihre Politik zu verirken, oder ihnen in konserverativen Vereinen Mitgliedschaft und Einfluß einzuräumen, daran denkt natürlich kein Konserverativer.

Die nationalliberalen Damen verzichten selbstverständlich auch auf Gleichberechtigung in der politischen Ehe. Und nationalliberale Arbeiterfrauen gibt es nicht. Die Herren der Großindustrie haben in den letzten Jahren zwar Organisationen geschaffen, aber es sind politische Kinderstuben für ihre Arbeiter, in denen diese mit Plattenvereinsreden, lebenden Bildern usw. regaliert werden. Vielleicht läßt man die Frauen der Arbeiter an dieser Art politischer Betätigung teilnehmen.

Schon etwas anderes sieht die Sache beim Zentrum aus. Von einer Gleichberechtigung kann allerdings auch hier keine Rede sein, es ist auch sehr fraglich, ob man den Frauen irgendwelchen direkten Einfluß in den politischen Organisationen einräumt. Wahrscheinlich wird man die Frauen besonders organisieren, natürlich unter geistlicher Aufsicht. Bei dem immigen Kontakt zwischen Frauen und Kirche wird der Heritale Einfluß wachsen, was schließlich doch nicht ganz ohne Nachwirkung auf die politische Stellung des Zentrums bleiben kann. Jedenfalls hebt die Stärkung, die der Ultramontanismus durch das Hineinziehen der Frau in das politische Leben erfährt, die Schwächung, als Folge der nationalkatholischen Bewegung, mehrfach auf.

Und wie sieht es beim Liberalismus aus? Wie wird die vereinsrechtliche Entfesselung der Frau im liberalen Lager wirken? Werden die Radikalen nun, mit Berufung auf frühere Liebeserklärungen liberaler Männer, die Aufnahme in die liberalen Vereine verlangen und wird ein solches Verlangen mit höflicher Ein-ladung befolgt werden? Das liberale Bürgertum ist kein treibender politischer Faktor. Es kommt gelegentlich in Versammlungen, begeistert sich an liberalen Prinzipien, die auf dem Papier stehen, stimmt ResOLUTIONEN zu, die seine parlamentarische Vertretung desabonieren, geht nach Hause und alles bleibt wie es war. Die Führer pfeifen auf die Stimme des liberalen Bürgertums. Die radikalen Frauen können, wenn sie nur ein Quentchen von der Radikalkraft haben, die sie sich selbst nachräumen, im liberalen Lager wie ein Sauerteig wirken und aus den Nesten des Liberalismus noch ein Grüppchen retten, mit dem sie als Wahrzeichen entschuldener Pracht Staat machen könnten. Wir fürchten, die Radikalen werden es vorziehen, auf den Versuch zu verzichten. Auch die werden sich mit Gründung politischer Frauenvereine begnügen und gelegentlich einige liberale Leuchtturme in das andere Lager hinüber schießen. Daran ergötzt sich das Publikum und es verursacht keinen Schaden.

Praktische Bedeutung wird die volle Gleichberechtigung der Frau nur innerhalb der Sozialdemokratie haben. Den Frauen steht der Eintritt in die sozialdemokratischen Vereine frei. Aber nicht nur das. Die Frauen werden hier auch volle Gleichberechtigung genießen. Ihre Stimme wird bei den Beratungen gleiches Gewicht wie die der Männer haben; das gilt auch für alle Beschlüsse, und die Gleichberechtigung erstreckt sich ferner auf Vertretungen und Delegationen. Und wenn die Frauen auch noch kein Stimmrecht zu den entscheidenden und Verwaltungskörpern haben, als Mitglieder der sozialdemokratischen Vereine werden sie bei Aufstellung von Kandidaten usw. die gleichen Mitbestimmungsrechte genießen wie die Männer. Innerhalb der Sozialdemokratie erschließen sich somit für die Frauen viele Wege der Betätigungsmöglichkeit, während bei allen anderen Parteien sich die Fischen-dredelrolle des Weibes kaum verändert.

### Achtuhr-Ladenschluß und Weihnachtsgeschäft.

Weihnachten steht vor der Tür. Überall ein Getoge von Menschen, vor den Schaufenstern der Warenhäuser staut sich die Menge. Und in den Geschäften selbst entwickelt sich ein rasendes Gassen- und Treiben.

Die Angestellten arbeiten mit der größten Anstrengung; niemand will lange warten, jeder möchte schnell bedient sein. Hinzu kommt, daß zu keiner Jahreszeit so viel gekauft wird, wie gerade zu diesem „Feste der Liebe“. Jeder will die Seinigen erfreuen; die Mode des Scheinens muß mitgemacht werden. In den Spielwarenabteilungen der großen Warenhäuser und in den Spezialgeschäften dieser Art sind die Verkäufer daher besonders angestrengt. Die für die Weihnachtzeit eingefüllten Hilfskräfte reichen bei weitem nicht aus; mit Überanstrengung arbeitet alles, was in den Geschäften tätig ist. An allerschlimmsten wird der Andrang des Publikums gegen Abend. Leute aus allen Schichten der Bevölkerung haben die Gewohnheit, ihre Einkäufe am

Spätnachmittag und in den Abendstunden zu machen. Das sollte, wo es irgend vernünftig sein kann, unterbleiben. Das Publikum denkt sich nichts dabei, achlos bestimmt es die Zeit, wie es ihm am besten paßt. Die Ladeninhaber kennen ihr Publikum und nehmen Rücksicht darauf; die sonst übliche Verkaufszeit wird verlängert und so den schon überanstrengten Angestellten noch mehr aufgebürdet. Die Geschäftsinhaber wollen die Zeit ausnützen. Wird aber wirklich mehr verdient, wenn die Geschäftszeit verlängert ist? Die Leute, die nach 8 Uhr kaufen, würden, wenn die Geschäfte nur bis 8 Uhr geöffnet bleiben, früher kaufen. Häufig hört man, daß auf die Arbeiter mit langer Arbeitszeit Rücksicht genommen werden möchte. Ist das denn richtig? Heute gibt es schon tausende Arbeiter, deren Arbeitszeit um 6 Uhr beendet ist und die Kategorien von Arbeitern mit langer Arbeitszeit sollten nicht dazu benutzt werden, um ihren Brüdern und Schwestern im Handelsgewerbe noch längere Arbeitszeit aufzuballen. In den weitaus meisten Fällen sind es die Frauen die sündigen, sie sind es hauptsächlich, welche Einkäufe machen. Genau so, wie mit der Verlängerung der Geschäftszeit am Abend, verhält es sich auch mit den freien Sonntagen vor dem Feste. Der Zubrang an diesen Sonntagen ist noch viel schlimmer, wie an den Abenden in der Woche. Die Sonntage vor den Feiertagen sind dazu freigegeben, um Leuten, die aus weiteater Entfernung kommen, Gelegenheit zu geben, ihre Einkäufe zu machen. Statt dessen bevöllern allerhand schaulustige Reichen die größeren Geschäfte und machen den Angestellten die Tage zur Hölle. Für Diebe aller Art geben diese Sonntage günstige Gelegenheiten. Es ließe sich auch ganz gut auskommen, wenn an diesen Sonntagen, wie an anderen, die Geschäfte teilweise geschlossen blieben. Ein Beispiel: Früher, bevor die Sonntagsruhe eingeführt wurde, hieß es immer: „Ja, wann soll denn ein Dienstmädchen für sich einkaufen?“ Heute haben sich die Herrschaften schon daran gewöhnt, ihren Mädchen einen freien Nachmittag zu diesem Zweck zu gewähren. Es geht alles, man muß nur wollen.

Darum Käufer und Käuferinnen, erbarmt Euch der Handelsangestellten. Macht die verlängerte Geschäftszeit hinfällig, indem Ihr an Wochentagen vor 8 Uhr abends und an Sonntagen möglichst gar nicht, jedenfalls nur in der sonst üblichen Zeit, bis 2 Uhr, einkauft!

### Versammlungen — Veranstaltungen.

Berlin, Montag, 16. Dezember, im Neuen Klubhaus, Kommandantenstraße 72, Vortrag: Jugenderziehung, Referent: Otto Mühlke.

Koabit. In der gestrigen Nummer ist irrtillich berichtet worden, der nächste Lesabend sei Donnerstag, es sollte aber heißen: „Freitag“, nicht Donnerstag.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Dokeneinsturz.

Adin, 11. Dezember. (B. L. V.) Der „Königlichen Zeitung“ zufolge stürzte heute abend in der Schwefelsäureammer einer chemischen Fabrik in dem benachbarten Kall eine Bleibede ein. Dabei wurden 4 Arbeiter schwer verletzt, von denen einer bereits gestorben ist.

### Exekution.

Karlruhe, 11. Dezember. (B. L. V.) Die „Karllsruher Zeitung“ meldet, der Großherzog hat aus Anlaß seines Regierungsantritts 67 zu Freiheitsstrafen verurteilten Personen durch völliges oder teilweises Nachlassen bezw. durch die Anordnung der vorzeitigen vorläufigen Entlassung oder der vorzeitigen Verurteilung auf Wohlverhalten nach Verbüßung eines Teiles ihrer Strafen Gnade erwiejen. Unter den Wagnadigen befindet sich auch eine wegen Mordes zum Tode und dann zu lebenslanglichem Zuchthaus verurteilte Person, die nunmehr auf Wohlverhalten entlassen wird. Außerdem hat das Kriegsministerium in 127 Fällen Gnadenakte verfügt.

### Die Liebe.

Krankental, 11. Dezember. (B. L. V.) Heute schoß der in der hiesigen Pflanzschule beschäftigte Gärtnergehilfe August Gerecht ein Edelweiss auf seine in derselben Anstalt arbeitende Frau Elisabeth Nassinger aus Haardt drei Revolverkugeln ab und schoß sich dann selbst eine Kugel durch den Kopf. Beide wurden lebensgefährlich verletzt in das Krankenhaus gebracht. G. beying die Tat, weil das Mädchen das Verlöbniß gelüßt hatte.

### Eine Sympathiekundgebung.

Rom, 11. Dezember. (B. L. V.) Deputiertenkammer Im Laufe der Verhandlungen wies der Sozialist Bissolatti auf die zurzeit in Petersburg vor Gericht stehenden Mitglieder der zweiten Duma hin und entbot unter Beifall der äußersten Linken diesen Kämpfern für die Freiheit seinen Gruß. Ministerpräsident Giolitti erklärte, die Regierung könne sich in keiner Weise diesen Erklärungen anschließen. Sie lege großes Gewicht darauf, daß zwischen Italien und Rußland gute Beziehungen bestehen, die durch enge Bande der Freundschaft verbunden seien. (Lebhafter Beifall.)

### Republikanische Propaganda im Geere.

Madrid, 11. Dezember. (B. L. V.) Wie der „Imparcial“ meldet, sind infolge einer Hausdurchsuhung in den Büroraum einer hiesigen Zeitung und in der Wohnung des Direktors der Zeitung dieser und mehrere Interessierte verhaftet. Es soll sich um eine Verschwörung von Republikanern handeln, an der eine große Zahl von Interessierten beteiligt sein soll.

### Untergegangener Dampfer.

Kristiania, 11. Dezember. (B. L. V.) Aus Sandefjord wird gemeldet, daß der zwischen Kristiania und Elten verkehrende Dampfer „Union I“ gestern nachmittag bei Toensberg untergegangen ist. Die aus 10 Mann bestehende Besatzung ist ertrunken. Fünf Leichen sind bisher gefunden. Zahlreiche Bruchstücke sind an Land getrieben worden.

### Regerhehe.

New York, 11. Dezember. (B. L. V.) Auf deutsch-antlantischem Kanal. In dem Bezirk Birmens im Staate Alabama ist ein Massen-kampf zwischen Weißen und Negern ausgebrochen. Es wird gemeldet, 25 Neger seien getötet, 5 Weiße und viele Neger verwundet worden. Die Wohnräume der Neger seien in Brand gesteckt worden.

### Der Strafe entzogen.

San Francisco, 11. Dezember. (B. L. V.) Dalzell Brown, der vor zwei Tagen in Haft genommene Geschäftsführer der California Safe and Trust Company hat gestern Selbstmord verübt.

### Kämpfe mit den Auffständischen in China.

Hongkong, 11. Dezember. (Weldung des Reuterschen Bureau.) Die Regierungstruppen haben die von den Auffständischen kürzlich besetzten drei Befestigungen zwischen Lungshau und Langson nach blutigen Kämpfen, die zwei Tage und Nächte währten, wieder eingenommen. Auf beiden Seiten sind die Verluste groß.

### Reichstag.

71 Sitzung, Mittwoch, den 11. Dezember, nachmittags 1 Uhr.  
Im Bundesrat: v. Seifmann-Sollweg, Freiler u. Stengel, v. Schön.

**Nach Besichtigung einiger Rechnungssachen, debattierter Annahme des Handelsvertrags mit England in dritter Lesung und Ueberweisung eines Nachtragsrats (400 000 M. zur Förderung der Luftschiffahrt) an die Budgetkommission wird die Debatte über das**

#### Verbotsgesetz

fortgesetzt.

**Abg. Bindewald (Nat.):** Der Entwurf bietet in freilichtlicher Beziehung keineswegs das, was wir erwartet haben und erwarten zu dürfen glauben. — Wie wünschen die Frau nicht in den Schmutz des öffentlichen Lebens gezogen. Die Frau (laut Schreiend) gehört ins Haus! Daß keine Altersgrenze gezogen ist, mißfällt uns sehr.

**Redner spricht** über die Polizeistunde im Großherzogtum Hessen und schilt unter heftigem Widerspruch des Abgeordneten v. Hehl auf die heftigsten Nationalliberalen. Die Juden sind es, die immer in den Versammlungen Sadou machen! — Gegen den § 7 haben wir große Bedenken. Mit seiner jetzigen Fassung will man wohl die lokalen Littauer, Majuren und Wenden ins Lager der Reichsfeinde treiben. Mit den Polen steht es anders. Die beleidigten manchmal das deutsche Nationalgefühl. Der Paragraph muß so gefaßt werden: eine fremde Sprache darf nur gebraucht werden, wenn sie nicht zu deutschfeindlichen Zwecken mißbraucht wird.

**Abg. Wetterlé (Ch.):** In bezug auf den § 7 teile ich vollkommen die Anschauungen, die Herr Kollege Gregoire entwickelt hat; es ist ungeheuerlich, Leute von politischen Leben ausschließlich zu wollen, weil sie eine fremde Sprache sprechen. Sollte man die Deutschen im Auslande so behandeln, wie bei uns die Polen und überhaupt die fremdsprachigen Stämme behandelt werden, so würde die sich das sehr verbitten. Mit dem Worte „Reichsfeind“ ist hier viel Mißbrauch getrieben worden; als „Reichsfeind“ sind hier schon alle Parteien bezeichnet worden, abgesehen von den Parteien rechts. (Lärm im Zentrum: „Die auch schon!“ Weiterlé.) Wir haben die Pflicht, Ehrenmännern, wie Fürst Radzivil, zu folgen, wenn sie versichern, daß solche Verreibungen bei ihnen nicht vorhanden sind. (Bravo! bei den Polen.)

**Abg. Schidert (L.):** Der § 7 der Vorlage hat große Beunruhigung auch bei den lokalen Litauern hervorgerufen; sie fürchten, daß die Befugnisse über wohnstollende Handhabung der Bestimmungen ihnen gegenüber später nicht überall gehalten werden. Darin liegt kein nationaler Gegensatz der Litauer gegen Preußen, die Litauer sind vielmehr stolz darauf, Preußen zu sein. (Bravo! rechts.) Die konservative Abgeordnete legen dabei Wert auf eine Abänderung des § 7. Das von den Litauern Gesagte gilt auch von den ostpreussischen Majuren und von den Wenden in Brandenburg und Sachsen. (Bravo! rechts.)

**Abg. Dr. Spahn (Z.):** Herr Müller-Meinungen und Herr Padnide werfen dem Abgeordneten Trimborn vor, daß Zentrum habe sich früher gegen das Vereinsrecht der Frauen erklärt; dabei gilt von den Freisinnigen ganz dasselbe. (Zustimmung im Zentrum.) (Der Redner weicht sich in längeren, auf der Tribüne zum Teil schwer verständlichen Ausführungen polemisierend gegen die Abgeordneten Müller-Meinungen und Padnide.)

Die Bedenken der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gegen das Gesetz sind sehr schwer. Wir werden bei der Prüfung des Gesetzes uns lassen von dem Programm, auf das wir geeicht sind, von dem Grundsatze: Für Wahrheit, Freiheit und Recht. (Lebhaftes Bravo! im Zentrum.)

**Abg. Cverling (natl.):** Wenn das Zentrum die religiösen und kirchlichen Vereine in dieses Gesetz hineinbringen will — aus den Ausführungen des Abg. Dr. Spahn ging nicht klar hervor, ob das Zentrum diese Absicht hat —, aber wenn das Zentrum auf dieser Absicht besteht, so haben wir einen Kulturkampf mit umgekehrter Front, den Sie (zum Zentrum gewandt) verschuldet haben. (Hul hul! und Heiterkeit im Zentrum.) Wenn Sie auch lachen, es ist doch wahr. (Erneute Heiterkeit im Zentrum.)

#### Abg. Regien (Soz.):

Auf die Auseinandersetzung der beiden Vortredner gehe ich nicht ein, interessant war mir nur, daß die Vertreter der beiden Richtungen des Christentums aneinander geraten sind, um politischen Einfluß zu gewinnen, während doch nach den Anschauungen ihres Gründers gerade das Christentum einen Einfluß auf dieser Welt nicht haben soll. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Widerspruch muß ich aber dem Abg. Cverling, wenn er erklärt, es sei absolut undenkbar, daß man die kirchlichen Vereine und Kongregationen in dieses Vereinsgesetz hinein nehme. Ich sehe dafür keinen Grund. Ich betrachte auch die religiösen Vereine, gleichviel, welchen Charakter sie haben, genau so als Vereine, wie politische und gewerkschaftliche Vereine, und wenn wir ein Gesetz machen, das die Vereinsrechte regeln soll, so sehe ich nicht ein, aus welchem Grunde man dieses Recht nicht auch für die religiösen Vereine geben sollte. Ebenfalls sehe ich ein, aus welchem Grunde man Bestimmungen über Professionen und langjährige religiöse Vereine nicht in das Gesetz hinein nehmen soll. Der Abg. Cverling meinte, daß man mit Rücksicht auf den Verlecher eine Erweiterung der Professionen nicht wünschen könnte. Ich habe aber im Auslande beobachtet, z. B. in London, daß die Seilscharme dort Konzerte und Versammlungen veranstaltet, ohne daß der Verlecher im geringsten gehindert wird. Warum sollte das nicht auch in Deutschland möglich sein? Nicht das Verkehrsinteresse kommt hierbei in Frage, sondern nichts anderes als Ihre Intoleranz. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Herr Abg. Spahn betonte, daß zwischen dem Zentrum und der Sozialdemokratie irgendwelche Gemeinschaft nicht besteht. Ich glaube, für meine Partei brauche ich eine solche Erklärung nicht erst abzugeben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Gegensatz zwischen uns und dem Zentrum ist so groß, daß man von irgendeiner Gemeinschaft nicht sprechen kann. Doch wir gelegentlich mit dem Zentrum bei bestimmten Gesetzesvorlagen, z. B. auch bei dieser, übereinstimmen, ist genau ebenso natürlich wie die Tatsache, daß wir jahrzehntlang mit den Freisinnigen zuweilen übereingestimmt haben, ja, gelegentlich haben wir auch schon bei einer Vorlage mit den Konservativen übereingestimmt. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Nun zu der Vorlage selbst. Der Herr Staatssekretär sagte bei ihrer Begründung, die Regierung habe bei der Lösung dieser Frage christlich mitgearbeitet. Ich habe keinen Anlaß, zu bezweifeln, daß diese Erklärung aus der Ueberzeugung des Herrn Staatssekretärs gesprochen war. Ich habe aber nicht annehmen können, daß dieses eheliche Mitarbeiter der Regierung nach der Richtung habe gehen können, daß man Bestimmungen der reaktionären Gesetze noch reaktionärer gestaltete. Das läßt sich aber leider in bezug auf das

#### Recht der Landarbeiter auf Vereinigung

instituierten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr Müller-Meinungen glaubte damit genug zu sagen, daß er den Staatssekretär dringend bitte, recht bald eine Vorlage über das Koalitionsrecht der Landarbeiter zu bringen. Herr Dieber erklärte, er wolle prüfen, ob die heute geltenden Bestimmungen über das Koalitionsrecht der Landarbeiter etwa verschlechtert würden, und Herr Spahn ist über diese Frage hinweggegangen. Allen drei Herren ist es also entgangen, daß in der Vorlage eine Bestimmung enthalten ist, die eine Verschlechterung des Rechtsverhältnisses für

die Landarbeiter bringt, wenn man bei den Landarbeitern überhaupt von einem Rechtsverhältnis reden kann. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe schon bei der Beratung des Gesetzes über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine erklärt, daß gegen die Landarbeiter das himmelfreundliche Unrecht verübt wird. 1866 wurde in Preußen ein Gesetzesentwurf eingebracht, der den Landarbeitern das Koalitionsrecht geben sollte. In den Motiven war gesagt: „Wenn die Koalitionsverbote der gewerblichen Arbeiter aufgehoben werden, so müssen doch auch die Koalitionsverbote der Landarbeiter aufgehoben werden, und zwar nicht aus allgemeinen Zweckmäßigkeitsgründen, sondern aus Rechtsgründen.“ Heute, nach 40 Jahren, erkennt die Reichsregierung diese Rechtsgründe nicht an. Später hat der norddeutsche Reichstag sich auf den gleichen Standpunkt gestellt. In der 21. Sitzung am 19. Oktober 1867 beschloß er, alle Verbote von Verbindungen zur Erlangung günstiger Lohns- und Arbeitsbedingungen, darunter auch die der Landarbeiter, aufzuheben. Damals kam das Gesetz nicht zustande. 1869 wurde bei der Beratung der Gewerbeordnung in der zweiten Lesung wiederum die vollständige Koalitionsfreiheit für Landarbeiter beschlossen. Es gelang aber damals dem Einfluß der Regierung und der Konservativen, die Liberalen zu veranlassen, nur das Koalitionsrecht der gewerblichen Arbeiter zu garantieren. Eigentlich also hätte das Koalitionsverbot der Landarbeiter längst verschwinden müssen; jetzt wird uns aber ein Gesetz vorgelegt, das die Lage der Landarbeiter noch verschlechtert. In § 16 heißt es: „Anderwärts bleiben die Vorschriften des Landesrechts in bezug auf Verbindungen und Beräuberungen ländlicher Arbeiter und Dienstboten.“ Heute ist in dem preussischen Gesetz von 1864 von einem Verbot solcher Verbindungen nicht die Rede. Nach diesem Gesetz von 1864 haben die Landarbeiter also das Recht, politische Vereine zu gründen, Rechtschutzvereine, Unterstützungvereine, Bildungsvereine. Mit dem § 16 des vorliegenden Gesetzes aber wird dem preussischen Dreiklassenparlament die Möglichkeit gelassen, in Zukunft das Verbindungsverbot für Landarbeiter auszusprechen. Dagegen müssen wir uns mit aller Entschiedenheit wehren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In übrigen wäre es am Platze, bei Gelegenheit dieses Gesetzes auch mit den Koalitionsverboten der Landarbeiter aufzuräumen. Diese Frage könnte sehr gut geregelt werden, wenn nur der gute Wille dazu vorhanden wäre. Der Herr Staatssekretär sagte, wir würden das Gesetz dann mit einer sehr schwierigen Materie bepacken, und Herr Trimborn sprach von einem Konstrukt, das dabei herankommen würde. Gewiß, wenn man an die Aufnahme von Bestimmungen denkt, wie sie in dem Gesetz betreffend die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine enthalten waren. Aber warum spricht man nur von einem Konstrukt, wenn es sich darum handelt, den Arbeitern weitere Rechte einzuräumen. Als es sich darum handelte, dem nicht rechtsfähigen Verein das Vortrecht, nicht verlorgt werden zu können, zu nehmen und sie in bezug auf Eingriffe in ihr Vermögen den rechtsfähigen Vereinen gleichzustellen, da genügte in den §§ 50 und 75 der Zivilprozessordnung je ein Satz dazu. Ich erinnere auch daran, daß der § 72 des Bürgerlichen Gesetzbuches, auf den man bei Beratung des Gesetzes über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine einen so außerordentlichen Wert legte, in diesem Gesetz in § 11 einfach aufgehoben wird. Also, wenn man den guten Willen hat, sind solche Verbesserungen sehr leicht möglich. Aber bei der Gewährung des Koalitionsrechts an die Landarbeiter schil eben dieser gute Wille. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

#### Ein Wort zum

#### Sprachenverbot.

Die Herren Müller-Meinungen und Padnide haben schon sehr richtig betont, daß, wenn dieser Paragraph bestehen bleibt, die ganze polnische Agitation in die Vereine gelegt werden wird, die sich der öffentlichen Kontrolle entziehen. Es würde also hier ebenso wenig die heuchlerische Fälschung erreicht werden, wie das bei dem Sozialistengesetz trotz seiner rigorosen Handhabung der Fall war. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Unter der Herrschaft des § 7 würde die großpolnische Agitation in noch stärkerem Maße wachsen, als sie schon bisher infolge der verbreiteten polnischen Polenzpolitik gewachsen ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich habe meine Jugend in einer gemischtsprachigen Gegend an der polnischen Grenze zugebracht. Damals gab es höchstens religiöse Differenzen zwischen Deutschen und Polen, die politischen Differenzen hat erst die preussische Polenzpolitik geschaffen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dem Deutschtum hat diese Politik nach dem eigenen Geständnis des Reichslanzlers bisher keine Erfolge gebracht, wohl aber hat sie seit den Grohnternehmern Vorteil und der Arbeiterschaft den schwersten Schaden bringen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es soll den deutschen Arbeitern jede Möglichkeit genommen werden, sich mit ihren polnischen Mitarbeitern zu verständigen, und das war vielleicht gerade die Absicht, mit der diese Bestimmung angelegt wurde. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Abgeordnete Padnide hatte große Bedenken gegen den § 7, weil der Abgeordnete Gregoire gesagt hatte, er würde hauptsächlich den Franzosen zugute kommen. Aber ebenso käme er den Russen und Oesterreichern zugute, bei denen die Polen jetzt mehr Freiheit genießen als in Preußen. (Lebhaftes Zustimmung bei den Polen.) Der Abgeordnete Dr. Müller-Meinungen betonte seine Bereitwilligkeit, an einer Neufassung des § 7 mitzuarbeiten. War es ihm aber ernst mit seiner Absicht, daß durch dieses Gesetz die Vereinsbewegung der Arbeiter gefördert werden sollte, so müßte er diesen Paragraphen rundweg ablehnen, der die gewerkschaftliche Organisation der fremdsprachigen Arbeiter einfach unmöglich macht. Nicht größere Freiheit für die Gewerkschaften wäre die Folge des Vereinsgesetzes, wenn der § 7 bliebe, sondern

#### eine schwere Schädigung der ganzen Gewerkschaftsarbeit.

Ich spreche hier nicht nur von den Polen — die Polen haben sich gegen unsere politischen Parteiengenossen seit Jahren nicht so benommen, wie sie es in ihrer Situation hätten tun müssen; doch das ist eine Frage der politischen Erziehung und des politischen Anstandes. Hier aber handelt es sich um eine Frage des politischen Rechts, und deshalb treten wir risikolos für die Beseitigung des § 7 ein. — Ich spreche auch von den 300 000 Italienern, den Tschechen, den Galiziern, den Russen usw. Alle diese fremden Arbeiter schleppen das Unternehmertum alljährlich nach Deutschland, um die gewerkschaftliche Bewegung unmöglich zu machen und die Löhne der Arbeiter zu drücken. Da sollte man den Gewerkschaften wenigstens nicht das Recht nehmen, sich mit den ausländischen Streikbrechern in den Versammlungen in ihrer Muttersprache zu verständigen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber der Abgeordnete Müller-Meinungen hat nicht ein einziges Wort gegen den schmerzlichen Vorwurf unseres Genossen Heine gefunden, daß die Freisinnigen die Sprachbestimmung als Handelsobjekt benutzen wollten. Der Abgeordnete Dr. Müller-Meinungen hatte ja seine Rede sorgfältig vorbereitet, sehr sorgfältig vorbereitet. (Heiterkeit.) Wenn Heine also am selben Tage gesprochen hätte, hätte er ja nicht darauf zu antworten brauchen. Aber einen so schweren Vorwurf, der am Tage vorher erhoben war, den durfte er bei der Vorbereitung nicht übersehen. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Der Abgeordnete Roth trat gestern in ausgesprochen schwäbischem Dialekt für die Sprachbestimmung ein. Er soll sich nur hüten, daß nicht einer seiner Landsleute oder ein Oberbayer ganz in seinem heimischen Dialekt künftig in einer Versammlung in Preußen spricht. Was leicht könnte die preussische Polizei erklären, daß sie die Sprache nicht versteht. (Große Heiterkeit.) Das soll kein Malauer sein, sondern voller Ernst; wir kennen den preussischen Polizeigeist zu gut, ich könnte Ihnen tausende gleich komischer Fälle erzählen.

Der Abg. Dr. Müller-Meinungen tat sich sehr viel darauf zugut, daß

#### das Präventivverbot

der Versammlungen fortfalle. Das ist noch sehr die Frage. Nach dem Entwurf und nach dem Schätzen des Staatssekretärs auf die Frage unserer Genossen Heine muß man annehmen, daß die Polizei ihre bisherigen allgemeinen Befugnisse behalten soll. Auf Grund dieser allgemeinen Befugnisse aber hat erst in diesen Tagen im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung die Polizei einen sozialdemokratischen Wahlverein einen Vortrag über den Harden-Brosch unterfangt. Auch dieses Präventivverbot gründet sich nicht auf das preussische Vereinsgesetz, sondern auf die allgemeinen Polizeibefugnisse. Mit deren Hilfe könnte die Polizei in Hamburg als auch künftig Versammlungen, in denen über die Beseitigung der Prostitution gesprochen werden soll, verbieten. Ja, die Verdächtige stehen in Hamburg auf staatlichem Grund und Boden und da könnte die Polizei eine solche Versammlung vielleicht auch wegen Verachtlichmachung von Staatseinrichtungen auflösen. Die Auflösungsbeugnis der Polizei im § 4 Absatz 9 geht überhaupt viel zu weit, sogar noch über das bisherige preussische Vereinsgesetz hinaus. Der konservative Redner beschränkte eine Herabminderung des Ansehens der Polizeibeamten, wenn diese Gründe für die Auflösung angeben müßten. Das Ansehen der Beamten könnte dadurch nur gehoben werden, denn bisher konnten sie nur das eine Sprüchlein: „Auf Grund des Gesetzes“ erklären die Versammlung für aufgelöst, und wenn sie künftig statt dem Vereinsgesetz völlig verständnislos gegenüberstehen, wäre ein einmal Gründe hätten, so könnte ihr Ansehen höchstens steigen. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

#### Zeit soll

#### die Auflösungsbeugnis

nach weiter ausgedehnt werden. Der Polizeibeamte soll entscheiden, ob in einer Rede ein nur auf Antrag zu verfolgendes Vergehen enthalten ist. Ich mache auf den Prozeß Harden aufmerksam. Hier hat der Staatsanwalt erst nach der schöffengerichtlichen Verhandlung erwidert, daß öffentlich rechtliche Gründe zur Strafverfolgung vorliegen. Später soll das der Polizeibeamte entscheiden. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Ich will Ihnen ein eigenes Erlebnis vortragen. Nach der Auffassung eines Polizeibeamten sollte ich in einer Rede eine Majestätsbeleidigung begangen haben, das Landgericht lehnte jedoch die Erhebung der Anklage ab.

Das Oberlandesgericht ordnete die Strafverfolgung an, und dann erfolgte Freisprechung. Es waren hier also drei gelehrte Richter zweifelhaft, ob eine Strafverfolgung stattfinden sollte. Später aber soll darüber einfach der Polizeibeamte entscheiden. Ich bitte den Staatssekretär gerade im Interesse des Ansehens der Polizeibeamten, diese Bestimmung aus dem Entwurf zu entfernen. Meine Parteigenossen lehnen das Gesetz mit dieser Bestimmung ab. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Aber auch aus anderen Gründen muß das Gesetz wesentlich umgestaltet werden. Zunächst muß im Gesetz erklärt werden, was ein Verein ist. Im Jahre 1888 wurde erklärt, eine Kommission ist kein Verein, wenn sie auf einem Kongreß gewählt ist, dessen Mitglieder nicht Vereinsangehörige, bleibt aber die Kommission nach Beendigung des Kongresses bestehen, so ist sie ein Verein. Die Polizei in Hamburg kam nachher zu dem Schluß, daß auch eine in einem Verein gewählte Kommission ein Verein sei, und das Schöffengericht und Landgericht haben dieser Auffassung zugestimmt. Erst das Oberlandesgericht hat sie zurückgewiesen. Nachher behauptete die Polizei, auch der Vorstand eines Vereins sei ein Verein, und seine Versammlungen müßten überwacht werden. 1899 kam vor einer Vorstandssitzung stets ein Polizeibeamter zur Ueberwachung in meine Wohnung, wir konnten uns dem nicht entziehen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Erst in den letzten Jahren ist es uns nach unzähligen Prozessen gelungen, festzustellen, daß das Gewerkschaftsstatut, das nur aus Delegierten besteht, nicht ein Verein ist. Bei so unklaren Begriffen müssen wir darauf dringen, daß im Gesetz selbst festgelegt werde, was ein Verein ist. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die praktischen Erfahrungen zwingen uns dazu. Wenn

#### die gewerkschaftlichen Organisationen

als Vereine angesehen werden, die eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken, so unterliegen auch sie dem § 2 dieses Gesetzes. Sie sind meines Erachtens widerrechtlich dem Vereinsgesetz unterstellt, denn sie wollen lediglich auf den Arbeitsvertrag einwirken, der Arbeitsvertrag ist aber ein privatrechtlicher Vertrag. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und daran wird auch durch den Umstand nichts geändert, daß der Vertrag sich auf zahlreiche Personen erstreckt. Trotzdem hat man sie unter das Vereinsgesetz gezwungen, und deshalb muß erklärt werden, ob sie auch dem § 2 dieses Gesetzes unterliegen sollen. Wenn das der Fall ist, so entsteht für sie eine unangenehmere Lage als gegenwärtig. Sie müssen dann nämlich ein Verzeichnis der Vorstandsmitglieder bei der Polizei einreichen. In großen Städten macht das weiter keine Umstände, da haben wir Kräfte genug, die dadurch nicht der Gefahr der Registrierung ausgesetzt sind. Aber in abgelegenen Industriebezirken, wo zuweilen der einzige Fabrikant auch der Amtsvorsteher ist (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), da werden dem Unternehmer die Leiter der gewerkschaftlichen Organisation mitgeteilt. Bisher fand sich noch immer eine wirtschaftlich unabhängige Person, die das Mitgliederverzeichnis der Polizei einreichte. Nachher handelt es sich aber um die Einreichung der Mitglieder des gesamten Vorstandes und damit ist für den Unternehmer die Möglichkeit gegeben, gerade die Leiter zu mahregeln, und jedesmal, wenn der Vorstand wechselt, sie dauernd zu mahregeln und dadurch die ganze gewerkschaftliche Organisation zu unterbinden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie werden mir zugeben, daß ich bei meiner 20jährigen Praxis auf diesem Gebiete einige Erfahrung gewonnen habe.

#### Keinlich liegt es mit den Bestimmungen des Entwurfs über die Anmeldepflicht.

Die Polizei soll entscheiden, ob eine Versammlung anmeldspflichtig ist oder nicht. Wir können da ebenfalls auf die ungläublichsten Vorkommnisse zurückblicken. Die Polizei hat einfach jede Werkstatversammlung für eine öffentliche Versammlung und damit für eine anmeldspflichtige Versammlung erklärt, an der ein Beauftragter des betreffenden Verbandes teilnahm. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie soll übrigens ein einfacher Polizist sich über die Bestimmungen des Gesetzes klar werden, wenn selbst ein Amtsgerichtsrat nicht Bescheid weiß. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) In Kassel hat neulich ein Amtsgerichtsrat seine Freunde nach einer Versammlung ins Hotel gebeten, um ihnen einiges aus dem Reichstag zu erzählen. Der Redakteur des „Reichsherold“ denunzierte diesen Amtsgerichtsrat und die Folge war, daß dieser wegen Abhaltung einer nicht angemeldeten Versammlung bestraft wurde. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dieser Amtsgerichtsrat war ein Mitglied dieses hohen Hauses, der Abg. Latmann. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Er, der in seiner Person den Richter und den Gesetzgeber vereint, mußte also nicht Bescheid auf einem Gebiet, das künftig jeder Polizist beherrschen muß, wenn Mißgriffe vermieden werden sollen. Auf die Ausführungen des Staatssekretärs über eine antimilitarische Agitation in unseren

#### Jugendorganisationen

gebe ich nicht ein. Ich beschränke mich darauf, zu konstatieren, daß unsere Jugendorganisationen es freis abgelehnt haben, eine antimilitarische Agitation zu treiben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Was aber die politische Ueinstellung der Jugend anlangt, so ist das ein Gebiet, auf dem wir wohl nie werden zusammenkommen können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Judonen erzogen ihre Kinder in dem Glauben an die selbigen Jagdgelände, die den Krieger nach seinem Tode erwarten. Bei uns erzählt man der Jugend, daß die größten Kulturträger die gewesen

feien, die die größten Menschenmassen hingerichtet haben. Wir sind der Ueberzeugung, daß in nicht zu ferne Zeit eine Zeit kommen wird, wo man eine solche Jugenderziehung eine moralische Verwöhnung der Jugend nennen wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Werden die von mir geschilderten Mängel nicht aus dem Gesetz entfernt, so werden wir unter allen Umständen gegen das Gesetz stimmen müssen, aber wir werden versuchen, nicht nur diese Bestimmungen herauszubringen, sondern noch weitere Verbesserungen in das Gesetz hineinzubringen. So wollen auch wir eine Bestimmung, die endlich einmal das Plakatwesen regelt. Heute verbietet man äußeren gewerkschaftlichen Organisationen, ihre Plakate in den Wirtschaften auszubringen, während unsere Eisenbahnverwaltungen ganz ungeniert auf den Bahnhöfen Mädchenheime und Arbeitsnachweise in Plakatform empfehlen dürfen. Wir werden genötigt sein, auch einmal die Eisenbahnverwaltungen zu demungüsten, um die Gerichte vor die Alternative zu stellen, entweder auch die Eisenbahnverwaltungen zu bestrafen, oder uns frei zu lassen. Im übrigen, das will auch ich betonen, kommt es nicht so sehr auf den Wortlaut des Gesetzes an, sondern auf die Anwendung. Würde es nach dem Wortlaut gehen, so hätten wir das beste Koalitionsrecht der Welt. Aber leider wird ja der § 152 der Gewerbeordnung durch die Verwaltungspraxis geradezu über den Haufen geworfen.

Wir müssen das Gesetz so formulieren, daß wir diese unheilvolle Verwaltungspraxis unmöglich machen. — Wir vertreten im übrigen die Vorteile des Gesetzes durchaus nicht, wünschen aber, daß seine Verschlechterungen hinfürnkomen. Auch wir legen ein großes Gewicht auf die Rechtsgleichheit, aber nur dann, wenn sie dem Volke größere Freiheit bringt. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Czarnowski (Pole): Der § 7 entspricht dem Geiste der Unablässigkeit und Beharrlichkeit. Es ist ungeheuerlich und unanstößlich, einem Volke die Interpellation nehmen zu wollen. Wenn es der Polizei einfällt, wird sie auf Grund des neuen Gesetzes sogar politische Stammtischgespräche verbieten. — Mit den „Absonderungsbestrebungen“ meint der Herr Staatssekretär wohl das Festhalten an unpolitischer Nationalität. Davon lassen wir nicht ab. Wir berufen uns dabei auf ein Wort des Fürsten Bismarck: Gedanken sind kostbar und Gefühle sind es auch! Wenn die Vorlage zu Gesetz würde, würde der Herr von Polen, von dem der Herr Staatssekretär gesprochen hat, wenn er befehlt, geschickt, und wenn er nicht befehlt, würde er getötet werden. (Sehr gut! bei den Polen.) Ueber das polnische Volk würden Leiden kommen, aber keine Vernichtung. (Bravo! bei den Polen.)

Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Polen und desentrums angenommen.

Das Gesetz geht an eine Kommission von 25 Mitgliedern. Hierauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Wärfengesetz, nobile, Gesetz betr. Erweiterung des Wechselprotestes.) Schluß 6 Uhr.

## Abgeordnetenhaus.

6. Sitzung vom Mittwoch, den 11. Dezember, 9 Uhr.

Am Ministerische: Hr. v. Rheinbaben, v. Ralle.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Interpellation der Abg. Bachmann (natl.) und Genossen:

„Ist die Staatsregierung in der Lage, schon jetzt darüber Auskunft zu geben, in welchem Umfang und nach welchen Gesichtspunkten die in der Thronrede verheißene Aufbesserung der Beamteneinkünfte stattzufinden soll?“

Finanzminister Hr. v. Rheinbaben erklärt sich zur Beantwortung der Interpellation bereit.

Die Interpellation wird begründet vom Abg. Schiffer (natl.), Finanzminister Hr. v. Rheinbaben: Wir haben 1006 den Wohnungsgeldzuschuß für die Unterbeamten um 50 Proz. erhöht mit einem Kostenaufwand von 17½ Millionen Mark. Im laufenden Jahre haben wir besonders die Beamten des Außendienstes mit einem Aufwande von 17½ Millionen Mark aufgebessert. Für 1908 planen wir nun eine generelle Neuregelung des Wohnungsgeldzuschusses sowie eine generelle Aufbesserung der Gehälter der Beamten. Soweit sie nicht bereits berücksichtigt sind. Die Regelung der ganzen Frage ist außerordentlich schwierig. Es handelt sich um 161 000 Beamte, die ganz verschiedenen Kategorien angehören. Wir sind bemüht gewesen, die zahlreichen Gehaltsklassen — wir haben deren 120 — zu brenntern, und wir sind schon bis auf 54 Klassen heruntergekommen. Mit der Festsetzung des neuen Wohnungsgeldzuschusses müssen wir warten, bis das Reich eine Neuregelung hat einleiten lassen. Ich kann nähere Angaben über die materiellen Grundzüge der beschlossenen Vorlage nicht machen. Tee von mir in der Budgetkommission genannte Betrag von 110 Millionen für die Aufbesserung der Gehälter soll nicht vermindert werden. Das Kommunalsteuerprivileg wird beseitigt werden müssen. Unsere Vorlage wird zeigen, daß wir es an Wohlwollen gegen unsere Beamten nicht fehlen lassen. (Beifall.)

Besprechung der Interpellation: Abg. Hr. v. Seebitz (f.): Wir haben eine Besprechung der Interpellation eigentlich nicht für erforderlich gehalten, da das, was der Minister sagte, uns schon von seinen Äußerungen in der Budgetkommission bekannt war. An einer guten und ausreichenden Befolgung der Beamten hat niemand ein größeres Interesse als die Regierung, denn sie muß arbeitsfreudige Beamte haben. (Beifall.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Ich habe sehr bedauert, daß der Minister uns nichts Genaueres über die Vorlage sagen konnte. Begreiflich möchte ich besonders die geplante Vereinfachung der Gehaltsklassen. Ich hoffe, daß wir eine Vorlage erhalten werden, welche die Beamtenzufrieden stellen wird. (Beifall.)

Abg. Graf v. v. Gräben (L): Ich bedauere, daß uns die Vorlage noch nicht zu gehen können, einmal deshalb, weil nun ihre rechtzeitige Fertigstellung in beiden Häusern des Landtages erschwert wird, und dann, weil eine baldige Beilegung dieser Frage im Interesse der Beamten liegt. Es sind in weiten Kreisen der Beamten große Sorgen vorhanden, deren baldige Befreiung notwendig ist. (Beifall.)

Abg. Whittig (fr. Sp.): Die Ausführungen des Ministers haben uns zum großen Teil befriedigt. Wünschenswert wäre es allerdings gewesen, wenn die Regierung schon früher ihre Erhebungen angelegt hätte, damit auch die angekündigte Vorlage früher an uns gekommen wäre. Wünschenswert wäre es, wenn auch die Vorlage über die Lehrerbesoldung gleichzeitig mit derjenigen über die Beamtenbesoldung vorgelegt werden würde. Am meisten greift es mich und die Neuerung des Ministers über die Aufhebung des Kommunalsteuerprivilegs. (Beifall.)

Finanzminister Hr. v. Rheinbaben: Auch ich bin der Meinung, daß die Vorlage über die Lehrerbesoldung und die Befolgung der Weislichen zugleich mit der über die Beamtenbesoldung hätte gemacht werden müssen, schon wegen der Regelung der Deckungsfrage.

Abg. Herold (Z): Wenn die Vorlage erst im Februar zu erwarten ist, so wird es schwer sein, sie rechtzeitig zu verabschieden. Ich bin der Meinung, daß bei der Befolgung der Gehälter Rücksicht auf die Kinderzahl der Beamten genommen werden muß. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Broemel (fr. Sp.): Die Beamten des Außendienstes können nicht ohne weiteres von einer Befreiung ausgeschlossen werden. Man sollte nicht das Schema über die Sache stellen. (Sehr richtig! links.) Unsere Beamten erfüllen treu ihre Dienste, und der preussische Staat hat mehr verdient als ein anderer die Pflicht, sich eine tüchtige Beamtenkraft zu sichern. (Beifall links.)

Damit ist die Debatte erschöpft und die Interpellation erledigt. Nunmehr verlegt sich das Haus auf Donnerstag.

13 Uhr. (Polizeikostenrech, Interpellationen der Reichstag über den Kontraktbruch ländlicher auswärtiger Arbeiter.) Schluß 3¼ Uhr.

## Budgetkommission.

3. Sitzung vom 11. Dezember.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bringt Liebermann von Sonnenberg die Antwort der „Tägl. Rundschau“ zur Sprache, welche in der gestrigen Abendausgabe auf die Vorgänge in der Kommission gegeben war. Es heißt darin, daß Mitglieder der Reichstages der „Tägl. Rundschau“ die Wichtigkeit ihrer Auffassung bestätigt hätten und daß es einen peinlichen Eindruck gemacht habe, daß Tirpitz die Zentrumsmitglieder besser behandelte wie die anderen. Wie Liebermann, so wenden sich später auch v. Rathsen und Winter gegen die Kolliz, sie verlangen, daß die Hintermänner der „Rundschau“

sich melden. Natürlich meldet sich niemand. — Der Vertreter des Flottenvereins, der nationalliberale Abgeordnete Stresemann ist auffälligerweise aus der Kommission ausgeschlossen und hat dem Abg. Hankenhorn Platz gemacht.

Bei der Beratung der folgenden Kapitel spielt die beabhängende Personalvermehrung

eine erhebliche Rolle. Die Marine greift mit der Aushebung ihrer Ersatztruppen seit 1893 auch auf die süddeutschen Staaten über, der Bedarf steigt von Jahr zu Jahr, sowohl bei der Marine wie beim Heere, es sieht nun zu befürchten, daß diese Entwicke lung die Leistungsfähigkeit des Volkes übersteigt. 1920 würden wir an der äußersten Grenze angelangt sein.

Admiral Capelle bestritt, daß die Vermehrung die zulässigen Grenzen übersteigt, die Zahl der aktiven Truppen soll 1 Proz. der Bevölkerung nicht übersteigen. 1907 waren beim Heer und Marine 651 084 Mann etatzmäßig, das seien nach der Bevölkerungs berechnung genau 1 Proz. 1920 werde die Bevölkerung auf 72 Millionen geschätzt, und die Vermehrung der Truppen würde aber 1920 nur zu einem Bestand von 0,98 Proz. geführt haben. Die Positionen werden genehmigt.

Im Kapitel 52, Persönliche Ausgaben, kommen wieder einmal die verschiedenen Wirkungen des Posttarifs

zum Ausdruck. Die sogenannten Tafelgelder für Rührschiff, Seeabgaben und Defosifizierungen sollen wegen der Preissteigerung um 184 000 M., die Tafelgelder der Kommandanten und Offiziermessien um 225 000 M. erhöht werden und die Schiffsverpflegungskosten für die Mannschaften sind schon um 20 Proz. erhöht worden. Die letztere Erhöhung erfordert einen Mehrbedarf von 1 907 200 M.! Ein Teil dieser Ausgaben ist schon im Jahre 1907 gemacht worden, es gibt daher eine leine Debatte über die Gefährlichkeit der Staatsüberschreitungen. Spröck verlangt, daß die Staatsüberschreitungen möglichst eingeschränkt werden, man habe doch im Frühjahr 1907 auch schon gewußt, daß alles teurer geworden war. Unterstaatssekretär Zwele gibt die Grundsätze bekannt unter denen

Staatsüberschreitungen zulässig erscheinen. Es werde immer geprüft, ob eine solche Ausgabe nicht schon bei Aufstellung des Etats erkennbar, ob sie notwendig und ob sie so notwendig, daß sie nicht bis zur Aufstellung des nächsten Etats aufgehoben werden kann. Erst wenn diese drei Fragen bejaht sind, werden Staatsüberschreitungen vom Schatzamt genehmigt. Das sei hier eingetrossen.

Singer möchte die Frage nicht so untergeordnet betrachtet wissen wie Semler. Der Reichstag habe alle Ursache, streng in der Wahrung seiner Budgetrechte zu sein, um die Regierung zu Ueberreizungen einzudämmen. Zwele habe ja ausgeführt, daß das Schatzamt die Staatsüberschreitungen nicht auf die leichte Schulter nimmt, aber eine Lücke bleibt in seiner Verteidigung. Wenn selbstverständlich zugegeben werden muß, daß die Leute nicht leiden dürfen, so ist doch nicht ersichtlich, warum nicht während der Staatsberatung im Frühjahr die Erhöhung des Postens von der Regierung beantragt worden ist. Das wäre noch während der zweiten Lesung im Plenum möglich gewesen. Was die Frage der Aushebung des Postens anlangt, so sei er anderer Meinung wie der Referent, es handle sich hier um eine sachliche Ausgabe, nicht um persönliche Anlagen, die Aushebung hätte daher seinen Grund. Unterstaatssekretär Zwele entgegnet Singer, man habe im Frühjahr 1907 die Teuerung nicht für eine dauernde gehalten und deswegen von Erhöhung der Tafelgelder abgesehen. Die Anforderung wird genehmigt. Bei den Ausgaben für Betriebsmaterialien wünscht Müller-Fulda, daß die Marine, angesichts der

englische Kohle verwenden möge. Der Marineminister erklärt, daß man bei englischer Kohle andere Feuerwirkung gebrauche und so abhängig vom Ausland wolle man die Marine nicht machen. Auch bei der gewünschten Förderung der Dampferzeugung komme dasselbe Moment hindernd in Frage, man getrete in zu große Abhängigkeit vom Ausland. Das ganze Kapitel 52, Indiensthaltung, wird mit rund 31 200 000, 5 249 000 mehr als im Vorjahr, genehmigt. Ebenso werden genehmigt die Kapitel 53 bis 59.

Kapitel 60

„Instandhaltung der Flotte und Werften“ wird bis Titel 8, allgemeiner Werkbetrieb, mit unwissenschaftlichen Bemerkungen genehmigt. Zum Werkbetrieb bringt nun Genosse Uebeler eine Reihe

Beschwerden der Werftarbeiter vor. Zunächst ist die Lohnsteigerung viel zu gering gegenüber der Preissteigerung, ferner zeigt der neue Lohn Tarif große Unstimmigkeiten, einzelne Arbeiterkategorien haben gar nichts zugelegt bekommen, andere sind sogar in ihren Bezügen zurückgefallen worden. Weiter beschwerten sich die Felzer, sie wünschten monatlich zwei Lohnzahlungen statt einer, ferner dürfen sie nicht in Nibel wohnen, was für sie sehr beschwerlich ist. Die hygienischen Einrichtungen auf den Werkschiffen sind sehr mangelhaft. Endlich wendet sich Bedebour scharf gegen die gebräuchliche Arbeit, sie wirft schäbig auf die Gesundheit und die Güte des Produktes. Arbeit ist Nordarbeit!

Romanen verteidigt die Arbeit und nimmt auch sonst die Werksverwaltung in Schutz. Dem Regierungsvertreter ist es dadurch sehr leicht gemacht, auch seinerseits die Arbeit zu verteidigen, die bei der Privatindustrie Fortschritte mache und auch bei der Werk bestehen bleiben soll. Bedebour belächelt nochmals das Affordabstem und belpreit dann die Errichtung der Arbeiterauschüsse, für welche er Verbesserung verlangt. Auch verlangen die Arbeiter, daß man mehr mit den Arbeiterorganisationen statt mit den einzelnen Arbeitern verhandeln soll. Gerade die Marinerverwaltung solle den „Herr im Hause“-Standpunkt aufgeben.

Romanen erhebt sich sofort, um abermals nachdrücklich die Werkdirektoren zu verteidigen; es ist eigentlich nicht recht ersichtlich, warum dieser fogenannte Freiheitswillige sich nicht zu den Regierungvertretern setzt, er übertritt sie ja nach in der Rechtfertigung von Mißständen, unter denen Arbeiter zu leiden haben.

Kap. 60 wird angenommen. Morgen Weiterberatung des Marinestats.

## Parlamentarisches.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages beschäftigte sich am Mittwoch mit dem von polnischer Seite gegen die Wahl des Abg. Ortel (natl., 4. Marientwerder, Thorn-Kuhn-Beisen) eingelegten Protest. Neben mehreren Beschwerden gegen die Wahlprozeduren (daß der Wahlvorstand nicht immer in der vorgeschriebenen Weise besetzt gewesen, daß die Wählerlisten nicht lange genug aufgelegt, daß Wählern das Wahlrecht zu Unrecht entzogen) behauptet

der Protest auch, daß in Thorn eine von polnischer Seite einberufene Versammlung, aus welcher trotz der Aufforderung des überwachenden Polizeibeamten die anwesenden Frauen nicht entfernt wurden, entgegen den Bestimmungen über die Zulassung von Frauen zu öffentlichen Versammlungen aufgelöst worden sei, usw.

Wenn die im Protest behaupteten Tatsachen bei den Erhebungen sich als wahr erweisen, so muß die Kassierung der Wahl erfolgen.

In der Petitionskommission des Reichstages wurde eine Tagesordnung von 30 Punkten erledigt. Die Zahl der zur Behandlung im Reichsparlament ungenutzten Eingaben ist stets eine große. Darunter rechnet die Postarbeitsvereine auch solche Petitionen, welche infolge der unheilvollen Einwirkungen unseiner Wirtschaftspolitik gegen den Tarif anlämpfen!

Trotzdem gelang es, da die Postvereine sich etwas gelichtet hatten, der folgenden Petition zum Weg an das Plenum zu verhelfen. Der Bund der Verkehrsbereine in Leipzig beschwert sich über die Ungerechtigkeit der Automobilsteuern und des Benzinzolles. Dabei trägt die Autosteuer der Reichs-kasse recht wenig ein. Genosse Schaebe beantragte als Referent die Ueberweisung der Petition als Material an den Reichsfiskus, was mit 9 gegen 7 Stimmen angenommen wurde.

Die Militärkapellmeister erixeben die Erfüllung ihrer langgehegten Wünsche durch eine Petition, über die Genosse Schwarz referierte.

Die Unfallversicherung unserer zur vorübergehenden Beschäftigung ins Ausland gesandten Arbeiter („Ausfuhrungs-verhältnis“) ist neulich durch einen Vertrag mit den Niederlanden gelöst worden. Die Petition des in der Schweiz zum Invaliden gewordenen unterlogten Kontors Sredokuf-Karlruhe (damals bei Hirtling-Hannover) zeigt, wie notwendig die Ausdehnung solcher Gesetzbestimmungen auch auf die Schweiz ist. Durch die Bestimmung des Genossen Sed tritt die Kommission einstimmig dem Antrage bei, eine Vertretung der Regierung heranzuziehen.

## Gouverneur Horn vor dem Disziplinarhof.

Den Vorsitz führt Kammergerichtspräsident Bischof, die Anklage vertritt Geheimrat Legationsrat Solinicki, während Justizrat Dr. v. Gordon als Verteidiger des Angeklagten fungiert.

Wie der Verichterhalter hervorhebt, hat sich der Fall Jedu am 10., 20. und 21. März 1903 in Logo zugetragen. Am 3. Dezember 1903 habe Horn in einem Telegramm an den Kolonialdirektor Stübel die Einleitung eines Verfahrens gegen sich beantragt, weil er an dem Tode eines Eingeborenen schuldig sei. Das Verurteilungsgericht in Lome habe Horn aber freigesprochen, weil es das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit seiner Handlungen nicht für erwiesen hielt. Auf die dagegen eingelegte Berufung habe das Obergericht in Dualla Horn zu 100 M. Geldstrafe bzw. 3 Monaten Gefängnis wegen

vorläufiger Körperverletzung mit tödlichem Ausgang

verurteilt. Bei diesem Urteil habe das Obergericht die Aussagen der Eingeborenen als unglaubwürdig ganz beiseite gelassen. Dagegen habe es folgenden Tatbestand für erwiesen erachtet: Horn hat den Jedu, den er im Verdacht hatte, die Stationskasse erbrochen zu haben und der sich weigerte, den Wert des Geldes anzugeben, auf eine einen Meter hohe Steinpyramide treten lassen und dann mit nach rückwärts gebogenen Armen und mit fest zusammengeschürzten Ellenbogen und Handgelenken sowie mit zusammengebundenen Füßen an einen Pfaggenmast binden lassen. Diese Art der Fesselung war von Horn ausdrücklich gebilligt worden. Der Angeklagte ist bei der Behandlung des Jedu über seine Befugnisse hinausgegangen, einmal dadurch, daß er den Jedu so stark fesseln ließ, daß dieser heftige Schmerzen hatte und dann dadurch, daß er ihn 24 Stunden ohne Speise und Trank ließ. Das die Frage des Bewußtseins der Rechtswidrigkeit anlangt, so hat das Obergericht angenommen, daß der Angeklagte zwar nicht den Totschlag verfolgte, ein Gesandnis zu ergreifen, sondern nur den, sich der Person des Diebes zu bemächtigen. Aber das ganze Verhalten des Angeklagten gegenüber Jedu und die mannigfachen Widersprüche, in die er sich selbst im Laufe der gerichtlichen Untersuchung verwickelt habe, lassen es als unzweifelhaft erscheinen, daß er auch von dem Gedanken geleitet war, daß Jedu bei dieser Behandlung vielleicht genötigt werden würde, über den Verbleib des Geldes Auskunft zu geben. Daraus ergibt sich das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit. Daß das Verbrechen im Amt begangen worden ist, bedarf keines weiteren Beweises. Als mildernden Umstand konnte das Obergericht für den Angeklagten nur die Tatsache ausfindig machen, daß ein längerer Aufenthalt in den Tropen erfahrungsgemäß die Kräfte anstreift und die Willenstärke schwächt. Deshalb hat es von einer Gefängnisstrafe abgesehen, zumal der Angeklagte bei seiner hohen Stellung als Gouverneur durch eine Verurteilung wegen Körperverletzung im Amt ohne Rücksicht auf die Höhe der Strafe hart betroffen wird. Es sei jedoch in Anbetracht der Stellung des Angeklagten, die er zur Zeit der Tat einnahm und die ihm besonders Vorzicht zur Pflicht machte und in Anbetracht seiner

Gefühlslosigkeit, ja Rohheit

auf die höchste zulässige Geldstrafe erkannt worden. Etwa 2½ Jahre nach diesem Strafurteil, am 13. Juli 1906, wurde durch eine Verfügung des Reichsfiskus dann das Disziplinarverfahren gegen den Gouverneur Horn eingeleitet. Von dem vielen gegen Horn erhobenen Beschuldigungen hält die Disziplinarlage drei für erwiesen:

1. daß Jedu so stark gefesselt wurde, daß er vor Schmerzen laut schreie;
2. daß Jedu gefesselt 24 Stunden ohne Speise und Trank blieb;
3. daß Horn den Jedu, als er ihn am Morgen nach der ersten Nacht der Fesselung schlaf und augenscheinlich schwer krank am Pfaggenmast hängen sah, ihn nicht sofort befreite, sondern zunächst, daß Jedu noch etwa 4 Stunden am Mast gefesselt blieb.

Mit dem Ermittlungsverfahren wurde der Gouverneur von Samoa, Dr. Sulz, beauftragt. Der Angeklagte hat von vornherein beantragt, es möge das disziplinarische Ermittlungsverfahren viel weiter ausgedehnt werden als das strafrechtliche und sich auf alle

Vorwürfe des Abgeordneten Dr. Ablah

beziehen, die dieser im Reichstage gegen ihn erhoben hätte. Das Disziplinargericht solle aber auch den Fall Jedu erneut untersuchen, da die Richter am Obergericht in Lome gegen ihn — Horn — in der schlimmsten Weise vorgegangen seien. Auch seien sie bootsüchtig gewesen durch die Tatsache, daß das Kolonialamt von Berlin aus die Einlegung der Berufung angeordnet hätte und daß Gouverneur v. Postkammer ihn mit wütendem Hase verfolgte. Es seien damals zahlreiche Weiblichheide in Logo vorgekommen, die ein strenges Vorgehen unbedenklich gemacht hätten. Er sei niemals grausam oder auch nur hart gegen die Eingeborenen gewesen, sondern im Gegenteil eher zu weich oder zu milde. Dem Zeugen v. Döring hat der Angeklagte wissenschaftliche Verletzung seiner Eidepflicht vorgeworfen. Das Abbinden des Jedu an den Pfaggenmast während des Aufenthalts der Expedition in Logo sei die einzig mögliche Form seiner Ueberwachung und Isolierung gewesen. Die Fesselung Jedu sei in der bei den Eingeborenen allgemein üblichen Form erfolgt, daß ihm die Arme oberhalb der Ellenbogen mit einem durch einen Seidri verhängerten Riemen rückwärts am Pfaggenmast festgeschmürt wurden. An jedem Fuß habe er einen Eisenring getragen. Der Angeklagte hatte von der Fesselung den Eindruck, daß sie zu fest sei und deshalb angeordnet, in kurzer Zeit sie so zu ändern, daß die Gesundheit des Gefangenen nicht geschädigt



# A. WERTHEIM

## WEIN

### Moselwein inkl. Flasche

1905 <sup>er</sup> Oberbilliger	1/2 Fl. 80 Pf.
1904 <sup>er</sup> Wormeldinger	" 0.90
1904 <sup>er</sup> Winninger	" 1 Mk.
1905 <sup>er</sup> Crettnacher	" 1.10
1905 <sup>er</sup> Eitelbacher	" 1.15
1905 <sup>er</sup> Ayler	" 1.45
1905 <sup>er</sup> Niederemmler Ginterslay	" 1.70
1904 <sup>er</sup> Brauneberger	" 1.80
1904 <sup>er</sup> Rübberberger	" 2 Mk.
1904 <sup>er</sup> Enkircher Stefansberg	" 2 Mk.
1903 <sup>er</sup> Scharzhofberger Puder 15	" 2 Mk.
<small>Kressenz: Egon Müller.</small>	
1905 <sup>er</sup> Veldenzer Kirchberg	" 2.25
1904 <sup>er</sup> Canzemer	" 2.70
1904 <sup>er</sup> Graacher Puder 99	" 3 Mk.
<small>Kressenz: Freiherrl. von Schorlemersche Gutsverwaltung</small>	
1904 <sup>er</sup> Caseler Puder 90	" 3.20
<small>Kressenz: d. Reichspräsl. v. Kesselstattischen Majorats.</small>	
1904 <sup>er</sup> Graacher Kirchlay Auslese	" 4.25
1904 <sup>er</sup> Josephshöfer Puder 117	" 4.80
<small>Kressenz: d. Reichspräsl. v. Kesselstattischen Majorats.</small>	
1904 <sup>er</sup> Brauneberger Puder 104	" 5 Mk.
<small>Kressenz: Freiherrl. v. Schorlemersche Gutsverw.</small>	
1904 <sup>er</sup> Berncasteler Doctor	" 6.80
<small>Kressenz: Frau Dr. Hugo Thanisch.</small>	

### Rhein-u. Pfalzwein inkl. Flasche

1904 <sup>er</sup> Bretzenheimer	1/2 Fl. 90 Pf.
1902 <sup>er</sup> Lorcher	" 95 Pf.
1904 <sup>er</sup> Laubenheimer	" 1 Mk.
1904 <sup>er</sup> Oppenheimer Schloss	" 1.10
1904 <sup>er</sup> Rüdesheimer	" 1.20
1903 <sup>er</sup> Binger Rochusberg	" 1.40
1903 <sup>er</sup> Rauenthaler	" 1.60
1904 <sup>er</sup> Niersteiner Heiligenbaum	" 1.70
1893 <sup>er</sup> Ockenheimer Hölle	" 2.40
1902 <sup>er</sup> Rüdesheimer Hinterhaus	" 2.40
1902 <sup>er</sup> Deidesheimer Katharinenbild	" 2.40
<small>Original Keller - Abfüllung F. F. Buhl, Deidesheim 1/2 Fl. 2.40</small>	
1904 <sup>er</sup> Rüdesheimer Berg	" 2.50
1900 <sup>er</sup> Wachenheimer Altenberg	" 2.70
<small>Kressenz des Pfarrgutes in Wachenheim 1/2 Fl. 2.70</small>	
1903 <sup>er</sup> Hattenheimer Nussbrunnen	" 3.50
<small>Kressenz: Freiherr Langwerth v. Simmern, 1/2 Fl. 3.50</small>	
1897 <sup>er</sup> Eitviller	" 4 Mk.
1893 <sup>er</sup> Hattenheimer Pfaffenberg	" 5.25
1895 <sup>er</sup> Schloss Johannisberger	" 7.50
<small>aus der Fürstl. v. Metternich'schen Kellerei, 1/2 Fl. 7.50</small>	
1900 <sup>er</sup> Forster Berg-Auslese	" 8.75
<small>Original Keller - Abfüllung F. F. Buhl, Deidesheim 1/2 Fl. 8.75</small>	
1893 <sup>er</sup> Hochheimer Dom	" 9 Mk.
1893 <sup>er</sup> Marcobrunner Auslese	" 12 Mk.

### Bordeauxwein inkl. Flasche

1902 <sup>er</sup> Montferrand	1/2 Fl. 90 Pf.
1902 <sup>er</sup> Crü Ferrière Margeaux Médoc	1 Mk.
1905 <sup>er</sup> Beychevelle St. Julien	" 1 Mk.
1905 <sup>er</sup> Chât. D'Arche Ludon	" 1 Mk.
1900 <sup>er</sup> Larrivau Cissac	" 1.10
1902 <sup>er</sup> Talbot d'Aux St. Julien Médoc	" 1.10
1904 <sup>er</sup> Domaine de Bouqueyran Médoc	" 1.15
1904 <sup>er</sup> Blanquefort	" 1.20
1905 <sup>er</sup> Chât. Mouton d'Armailhacq	" 1.20
<small>grand vin Pauillac</small>	
1904 <sup>er</sup> Chât. La Tour de Mons	" 1.30
<small>grand vin Margeaux</small>	
1900 <sup>er</sup> Grand Poujeaux	" 1.40
1905 <sup>er</sup> Chât. Pontet Canet grand vin Pauillac	" 1.40
1904 <sup>er</sup> Chât. du Tertre grand vin	" 1.50
1904 <sup>er</sup> Chât. Lagrange grand vin St. Julien	" 1.50
1904 <sup>er</sup> Chât. Figeac St. Emilion	" 1.80
1905 <sup>er</sup> Chât. Brane Cantenac	" 1.80
<small>grand vin, Margeaux</small>	
1900 <sup>er</sup> Chât. Branaire Ducru grand vin	" 2 Mk.
1904 <sup>er</sup> Chât. Palmer	" 2 Mk.
1900 <sup>er</sup> Chât. Lafite, grand vin, Barons Alphonse Gustave Edmond de Rothschild	" 3.25
1893 <sup>er</sup> Chât. Brown Cantenac	" 4.20
1893 <sup>er</sup> Smith Haute Lafite premier vin	" 6 Mk.

### Deutscher Schaumwein

In Deutschland auf Flaschen gefüllt.

Mignon-Champagner Kupfer	1/2 Fl. 1.80
Mignon-Champagner Gold	" 2.40

#### Burgeff & Co., Hochheim a. M.

Marke: Grün Etikette

#### Chr. Ad. Kupferberg & Co., Mainz

Marke: Kupfer  
Marke: Gold

#### Deinhard & Co., Koblenz

Marke: Cabinet

#### Henkell & Co., Mainz

Marke: Trocken  
Marke: Sehr Trocken

#### Kloss & Förster, Freyburg a. U.

Marke: Rotkäppchen Jubiläumfüllung

### Französ. Champagner

In Frankreich auf Flaschen gefüllt.

#### Veuve Clicquot-Ponsardin, Reims

Marke: Vin England Demi sec  
Marke: Vin Sec goût américain

#### Pommery & Greno, Reims

Marke: Sec  
Marke: Extra sec  
Marke: Goût américain  
Marke: 1890<sup>er</sup> Extra sec

#### Heldsiek & Co., Reims

Marke: Monopol sec  
Marke: Monopol goût américain

#### Ayala & Co., Château d'Ay

Marke: Goût américain

#### Gieseler & Co., Avize

Marke: Extra sec goût américain  
Marke: 1892<sup>er</sup> Extra sup. dry

#### Deutz & Geldermann, Ay

Marke: Cabinet, grand vin

#### Théophil Roederer Reims

Marke: Demi sec

### Kognak, Rum, Arrac

Deutscher Kognak	1/2 Fl. 70 Pf.	1/2 Fl. 1.20
Feiner deutscher Kognak	95 Pf.	1.75
Rum (Verschnitt II)	60 Pf.	1 Mk.
Rum (Verschnitt I)	85 Pf.	1.50
Rum (Verschnitt extra)	1.20	2.20
Feiner Jamaica-Rum II	1.50	2.80
Feiner Jamaica-Rum I	1.80	3.40
Extrafeiner Jamaica-Rum	2.30	4.35
Extraf. alter Jamaica-Rum	2.60	5 Mk.
Arrac (Verschnitt)	1.10	2 Mk.
Arrac de Goa	1.60	3 Mk.
Arrac de Batavia	2.20	4.20

### Französischer Kognak

Edgar Remy & Co.	1/2 Fl. 1.45	1/2 Fl. 2.65
J. G. Monnet & Co.	1.80	3 Mk.
1890 <sup>er</sup> J. G. Monnet & Co.	2.10	4 Mk.
1885 <sup>er</sup> Jas. Prunier & Co. fine champ.	2.85	5.50
1883 <sup>er</sup> Jas. Prunier & Co. fine champ.	3.10	6 Mk.

## KONSERVEN

Junge Schoten IV	1/2 Dose 38 Pf.	Bruchspargel extra stark	1/2 Dose 1.20
Junge Schoten II	1/2 Dose 52 Pf.	Bruchspargel I	1/2 Dose 90 Pf.
Spinat	1/2 Dose 40 Pf.	Bruchspargel II	1/2 Dose 70 Pf.
Pfefferlinge	1/2 Dose 45 Pf.	Erdbeeren naturell	1/2 Dose 98 Pf.
Stangen-Spargel extra stark	1/2 Dose 1.50	Pflaumen sauer und süß	1/2 Dose 50 Pf.
Stangen-Spargel II	1/2 Dose 1.10	Melangefrüchte II	1/2 Dose 90 Pf.

### Präsentkörbe von 5 Mk. an

Zervelatwurst in Rinddarm	Pfd. 1.20	Plockwurst	Pfd. 1.10
Salamiwurst in Rinddarm	Pfd. 1.20	Spickgans (Gänsebrust)	Pfd. 1.45

### Gänse

Pfd. 58 u. 65 Pf.

### Puten Pfd. 75 Pf.

Apfelsinen	Dtz. 30 u. 45 Pf.
Zitronen	Dtz. 35 u. 45 Pf.
Mandarinen	Kiste 1 Mk.
Traubenrosinen	Pfd. 70 Pf.
Schmandeln	90, 70 Pf.
Paranüsse	Pfd. 70 Pf.
Wallnüsse französische	Pfd. 40 Pf.
Haselnüsse lang.	Pfd. 50 Pf.
Haselnüsse rund.	Pfd. 40 Pf.
Maronen	Pfd. 10 Pf.

An den beiden Sonntagen vor Weihnachten sind unsere Geschäftshäuser geöffnet:  
Leipziger Str. am 15. Dez. von 12—5 Uhr, am 22. Dez. von 12—6 Uhr  
Rosenthaler und Oranien-Strasse an beiden Sonntagen von 1—7 Uhr.



Literarische Rundschau.

David, Eduard, Referentenföhner. Eine Anleitung zum Erwerb des für die sozialdemokratische Agitationstätigkeit nötigen Wissens...

Die einzelnen Teile dieser Schrift sind von sehr ungleichen Wert. Das I. Kapitel „Die notwendigen Voraussetzungen des Referentenberufes“...

Dem Genossen David ist daher aus diesem Umstande kein Vorwurf zu machen. Wohl aber mindert er den Wert des Büchleins beträchtlich...

Die erste und unerlässlichste Hauptforderung, die an einen solchen Föhner gestellt werden muß, ist die, daß er den Anfänger vor allem auf die feste Grundlage für seine Bildung hinweist...

Ein gewisser Fonds von Allgemeinbildung ist freilich notwendig, um sich in die sozialistische Gedankenwelt einzurichten zu können. Aber sie darf nicht in dem Maße, wie David es tut, an den Anfang des Selbststudiums gesetzt werden...

Es gibt sich darin jene Anschauung kund, die an den auf dem Parteitag zu Wannheim vorgelegten Thesen der Referenten zum Punkt „Vollziehung und Sozialdemokratie“ zu tadeln hatte...

Forschung. David stellt dem auch in der Allgemeinbildung die Naturwissenschaft voran. Nun mag die moderne Weltanschauung der bürgerlichen Welt sich vorzugsweise auf die naturwissenschaftliche Forschung aufbauen...

Zu dem kommt aber noch ein anderes, schwerer Wiegendes. Oben ist schon gesagt, daß der historische Materialismus der Schlüssel ist zum Verständnis der buntbewegten Erscheinungen des Lebens...

Für sehr ungewöhnlich muß ich es daher auch erachten, daß David das Kapitel Philosophie (und Religion) der sozialistischen Theorie voranstellt und mit ganz besonderem Nachdruck behandelt...

Dies in diesem § 9 tritt aufs kraffteste zutage, daß Davids Föhner nicht zur sozialistischen Weltanschauung föhrt, sondern zu bürgerlicher Anschauung, der „sozialdemokratische Fachbildung“ angehängt wird.

Tempo und Richtung der großen geschäftlichen Bewegungen, der tiefgreifenden Veränderungen in der sozialen, politischen und geistigen Konstitution der Völler und Völler in a s s e n sind letztlich doch bestimmt durch objektive Ursachen...

Dieser Satz, so hat die „Mainzer Volkszeitung“ gemeint, widerlege schlagend die ganze Kritik des Bremer Parteiblattes. Wir möchten dazu bemerken, daß diese sehr vorläufige und verschwommene Formulierung des historischen Materialismus die einzige in dem ganzen Büchlein ist...

Gegenüber diesem Hauptfehler des Büchleins treten die sonstigen Ausstellungen, die noch zu machen sind, an Bedeutung weit zurück. Immerhin ist es ein fühlbarer Mangel, daß David im § 8 (Geschichte) die Kultur- und Kirchengeschichte, die zum Verständnis der gesellschaftlichen Prozesse so sehr viel beiträgt, ganz ignoriert...

Sehr dürftig ist der § 10: „Kunst und schöne Literatur.“ Er bringt es über eine allgemeine Empfehlung, Ausstellungen, gute Konzerte und Theaterveranstaltungen zu besuchen und die hervorragendsten Werke der großen Dichter-Denker der Weltliteratur zu lesen, nicht hinaus...

Im § 11 „Sozialistische Theorie“ warnt David mit einem Eifer, der doppelt unangenehm berührt angeht seiner eifrigen Empfehlung Kant's, vor dem Studium von Marx' „Kapital“. Dabei liegt zum mindesten der I. Band des „Kapitals“ dem Verständnis des modernen Arbeiters viel näher, als die Kantische Philosophie...

Die chronologische Anordnung des Stoffes in einem Teil des § 12 (Geschichte der sozialistischen Bewegung) ist wenig angenehm. Sie sollte so getroffen sein, daß der Schüler auf das Wichtigste, das Unentbehrlichste zuerst hingewiesen wird...

So muß leider befürchtet werden, daß die Schrift Davids mehr Verwirrung anrichtet, als sie Nutzen bringt. Es ist beauerlich, daß im Auftrage der Partei dem neuerwachten Eifer in der jüngeren Parteigenossenschaft nach besserer Durchbildung ein so wenig zuverlässiger Föhner gegeben wurde.

Aus Industrie und Handel.

Kohlenproduktion in Preußen.

Die amtliche „Zeitschrift für Berg-, Hütten- und Salinenwesen im preussischen Staate“ veröffentlicht eine Darstellung über die Produktionsergebnisse in den Jahren 1905 und 1906.

Table with 4 columns: Year, Number of Works, Production in Tons, Value per Ton. Rows for Steinkohlen 1905, 1906 and Braunkohlen 1905, 1906.

Im preussischen Steinkohlenbergbau hat die Zahl der selbständigen Werke um 7 abgenommen, die Braunkohlenwerke haben sich um 12 vermehrt. Für Braunkohlen wird für beide Jahre ein gleicher Wert pro Einheit ausgewiesen, aber die Förderung ist um 3 Proz. gewachsen.

Die Mehl- und Brotpreise in Württemberg sind Gegenstand einer Untersuchung in der letzten Nummer der Mitteilungen des Stat. Württembergischen Statistischen Landesamtes, die in mancher Hinsicht sehr lehrreich ist.

Table comparing prices per kilogram for Schwarzbrot, Mehl No. 0, and Mehl No. 1.

In Stuttgart sind nimmereit also den erhöhten Mehlengroßpreisen die Brotpreise nachgefolgt; einer Erhöhung des Engrospreises bei Mehl Nr. 0 um 23 Proz. und bei Mehl Nr. 1 um 24 Proz.

Der Arbeitsmarkt im November. Der Monat November hat das Gewerbe des deutschen Arbeitsmarktes gegenüber 1906 weiter ver-

schlechter. Der Andrang von Arbeitsuchenden hat an den öffentlichen Arbeitsnachweisen auf je 100 offene Stellen um 20,6 gegenüber dem Vorjahre zugenommen. Obgleich die Zahl der offenen Stellen sogar noch etwas höher war als im Vorjahr...

Brotnouger und Lebensmittelenerung.

Die hohen Getreidepreise auf den europäischen, insbesondere auf den deutschen Märkten haben die russischen Finanzkreise, den Finanz-

minister an der Spitze, in helles Entzücken versetzt. In seiner Denkschrift zum Budgetentwurf für 1908 schreibt der Finanzminister wörtlich folgendes:

„Obwohl die diesjährige Ernte nicht so reichlich ausgefallen ist, wie nach dem Saatensland erwartet werden durfte, so ergab sie dennoch einen genügenden Ueberschuß für den Auslandsexport. Das zeitliche Zusammenreffen sogar einer mittelmäßigen Ernte bei uns mit einer Missernte in Westeuropa sichert unserem Getreidehandel gute Erfolge, während uns die hohen Getreidepreise im Auslande vorteilhafte Abschlässe versprechen. . . . Als Deutschland die Rolle für unser Getreide erhöhte, wurden in Handelskreisen und in der Presse Befürchtungen für das Schicksal unseres Exports laut. Diese Befürchtungen haben sich nicht gerechtfertigt: die erhöhten Preise bezahlt nicht der russische Landwirt und nicht der russische Exporteur, sondern der deutsche Konsument. Die geschaffenen Bedingungen schließen mithin jede Verjüngung in Bezug auf unseren Getreideexport und die Zukunft unseres Außenhandels aus.“

Der Minister kann natürlich nicht die verderblichen Folgen der hohen Drotpreise für die breiten Schichten der Bevölkerung vollkommen ignorieren und bemerkt deshalb beiläufig, daß sich auch „bei uns eine Erhöhung der Getreidepreise bemerkbar macht“, er tröstet

sich aber mit dem billigen Argument, daß darin die Einwirkung der Weltpreise und die Lage des Weltmarktes zum Ausdruck gelangt.“

In 22 Gubernements beginnt die Hungersnot schon jetzt einzuziehen, und durch die enorm gestiegenen Drotpreise greift sie auch auf die Städte über. Zugleich mit den Getreidepreisen steigen die Kleids-, Kohlen-, Wohnungspreise usw. Nach dem Zustandnis des Handels- und Industrieministers kommen die jetzigen Roggen- und Weizenpreise denen des Hungerjahres 1891 nahe, und eine wahnsinnige Spekulation treibt sie immer höher hinauf. „Die hohen Getreidepreise sind für die Landwirtschaft vorteilhaft“, versicherten die Vörlenleute auf der jüngst stattgefundenen Konferenz zur Regulierung der Getreidepreise. Mit ihnen zugleich erhält der Bauer überflüssiges Geld und das Völl wird um eine ganze Milliarde reicher.“ Das ist Phrasen. Der russische Bauer ist nur in seltenen Fällen instande, aus den hohen Getreidepreisen Gewinn zu ziehen. Ost muß er die Ernte noch auf dem Felde zu halben Preisen verkaufen, weil der Steuereinnahmer drängt.

Für den Gütdesitzer und Getreidehändler ist natürlich die Situation außerordentlich günstig. „Vereichert euch!“ — das ist die Lösung des Tages. In Kostroma verdienen Getreidehändler bei den

Abschläffen gegen 40 Prozent. In Logansrog, Nikolajew und anderen Hafenstädten herrscht ein wahres Spekulationsfieber. Und das Organ des Finanzministeriums, die „Handels- und Industriezeitung“, reißt sich die Hände vor Vergnügen, daß die Getreidepreise nun nicht mehr vom Auslande, sondern von uns selbst diktiert werden.“

**Witterungsübersicht vom 11. Dezember 1907.**

Stationen	Barometer	Wind	Witterung	Temp. u. d. W.	Stationen	Barometer	Wind	Witterung	Temp. u. d. W.
St. Petersburg	756	D	bedeckt	-15	Sankt Petersburg	756	D	bedeckt	-15
Hamburg	753	SW	bedeckt	-8	Warschau	752	W	bedeckt	-8
Berlin	755	SW	bedeckt	-9	Prag	753	SW	bedeckt	-9
Königsberg	758	SW	bedeckt	-7	Bratislava	759	SW	bedeckt	-7
München	762	SW	bedeckt	-5	Wien	761	SW	bedeckt	-5
Paris	759	SW	bedeckt	-7					

**Wetter-Prognose für Donnerstag, den 12. Dezember 1907.**  
Etwas kühler, teilweise heiler, aber noch veränderlich mit leichtem Regenläuten und möglichen westlichen Winden.

An unsere Inserenten, welche Inserate größeren Umfanges für die nächste Sonntags-Nummer aufzugeben beabsichtigen, richten wir die höfliche Bitte, dieselben bis Donnerstag nachmittag 5 Uhr in unserer Haupt-Expedition aufzugeben.

Verlag des „Vorwärts“.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**

- Donnerstag, 12. Dezember.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.
- Kgl. Opernhaus.** Aida.
- Königl. Schauspielhaus.** Rabenheimerin.
- Theater an der Spree.** Ein Sommernachts Traum.
- Kammertheater.** Das Friedensfest (Anfang 8 Uhr.)  
Anfang 8 Uhr.
- Berliner.** Blaubart.
- Veitling.** Die gelbe Ragigall.
- Venedig.** Bacarat.
- Neues Schauspielhaus.** Judith.
- Schiller O. (Wallner-Theater.)** Der Henschel.
- Schiller Charlottenburg.** Gebildete Menschen.
- Friedrich-Wilhelmstädt.** Schachspielhaus.
- Kleines Theater.** Mandragola.
- Zentral.** Frau Warrens Gewerbe.
- Theater an der Spree.** Lyolter Schrippenspiel.
- Freidanz.** Ganz der Papa.
- Vorhing.** Der Freischütz.
- Komische Oper.** Island.
- Weden.** Die lustige Witwe.
- Kriegsspielhaus.** Passagier.
- Trianon.** Fräulein Josette — meine Frau.
- Thalia.** Die gelbe Gefährtin.
- Luisen.** Leiermann und sein Pflegekind.
- Bernhard Rose.** Ein christlicher Malter.
- Metropol.** Das muß man seh'n.
- Wolfs.** Spelunker Schiffer jr. Siegwart.
- Walhalla.** Ezediasisten.
- Pallas.** Götterliebe.
- Kasino.** Biederleute.
- Gedr. Herrsfeld.** Madame Blaubart.
- Wagen.** Zwischen zwei Herzen.
- Palast.** Am heiligen Abend.
- Parodie.** Das Ungeheuer.
- Wintergarten.** Ezediasisten.
- Weißhofen.** Steiner Sänger.
- Urania.** Tandemstraße 104/119.
- Abends 8 Uhr:** Dr. Rucker: Die neuen österreichischen Alpenbahnen.
- Sternwarte.** Invalidenstr. 57/62.

**Schiller-Theater.**

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Der Revisor.**  
Lustspiel in 3 Akten v. Nikolaj Gogol.  
Deutsch von E. v. Schabalsky.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Das vierte Gebot.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Der Revisor.**

**Zirkus Schumann**

Heute, Donnerstag, 12. Dezember, abends präzis 7 1/2 Uhr:  
**Elite-Abend.**  
Gala-Programm. u. a.:  
Fräulein Dora Schumann auf dem Volkstheater.  
**Die Sensation des Tages:**  
**6 liegende 2 Damen**  
**Banards 4 Herren**  
**Neu!**  
**La table du diable**  
**The three Demons**  
In ihren phänomenalen Leistungen. Die großartigen neuen Spezialitäten: Dr. Albert Schumanns neue moderne Dressuren.  
**Am Schluß:**  
**Die diesjährige große Wasser-Pantomime**  
Ein Fest  
**Auf dem Neckar**  
**Theater des Westens.**  
8 Uhr: **Die lustige Witwe.**  
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr halbe Preise:  
**Frühlingluft.**  
Mittwoch und Sonnabend 4 Uhr zu kleinen Preisen: Schneewittchen.

**Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.**  
**Kriemhilds Rache.**  
Anfang 8 Uhr.  
Freitag: Jugend von heute.  
Sonabend nachm. 3 Uhr: Jägermäuschen und Wahrheitmännchen.  
Abends 8 Uhr: Jugend von heute.

**Lortzing-Theater**  
abends 8 Uhr:  
**Der Freischütz.**  
Freitag: Hans Helling.  
Sonabend nachmittag 3 1/2 Uhr: Rumpelstilzchen.  
Abends 8 Uhr: Die Entführung aus dem Serail.

**Lustspielhaus.**  
Abends 8 Uhr:  
**Susarenfieber.**

**Zentral-Theater.**  
Gastspiel des Gebel-Theaters.  
Abends 8 Uhr:  
**Frau Warrens Gewerbe.**  
Drama in 4 Akten von Bernh. Shaw.

**Palast-Theater**  
Burgstraße 24.  
Heute 8 Uhr  
Entree 20 Pf.  
**Lona Revée**  
**Tableaux vivants**  
**Luna-Quartett**  
**Damen-Ensemble**  
**Hee and Shee,** das ideale Duo  
**und 9 Attraktionen 9.**  
**Am heiligen Abend,**  
Charakterbild von Hoffmann.  
Theater  
**Folies Caprice**  
Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße.  
**\* Rabbi Meseritsch. \***  
Bunter Teil.  
**Geteilte Liebe.**  
Anfang 8 Uhr.

**Schiller-Theater Charlottenburg.**

Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Gebildete Menschen.**  
Baldspiel in 3 Aufzügen von Viktor Böck.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Maria Stuart.**  
Sonabend, abends 8 Uhr:  
**Der Richter von Zalamea.**

**XIII. Saison. Zirkus Busch**

Donnerst., 12. Dez., präz. 7 1/2 Uhr  
**Große Vorstellung.**  
Mit Virginia Ball, Geschw. Vichis, Familie Krems, 10 Personen.  
Ferner: Fräulein Marika Rohnte, Schulkritikerin, Herr E. Schumann, Reudirektor.  
**Am 10 Uhr: Auf der Hallig.**  
Siedl. gr. Kunst-Pant. v. Zirk. Busch.  
**Riesen-Illusionsakte** und Wasser.  
Sonntag, 15. Dez., nachm. 4 Uhr:  
R. 1. Male: **Jokel und Koto!**  
D. entgeg. Nien 1. d. Sommerliche.  
Gr. hum. Wasserpant. 1. 2 Bildern.  
Abends 7 1/2 Uhr: **Auf der Hallig.**

**Residenz-Theater.**

— Direktor: Richard Alexander. —  
Anfang 8 Uhr.  
**Ganz der Papa.**  
Schwank in 3 Akten von Marx und Desvallières. Deutsch v. R. Schönau.  
Baron des Aubrais: Rich. Alexander.  
Sonntag, den 15. Dezember, nachmittag 3 Uhr: **Der Bräutigam.**

**BERNHARD ROSE THEATER**

Dr. Franzstr. 132.  
Ein christlicher Malter.  
(Berlins-Bestellung.)  
Anfang 8 Uhr. — Wochentagspreise.  
Freitag:  
Ein christlicher Malter.

**Passage-Theater.**

Abends 8—11 Uhr.  
**Die singenden Engelsköpfe**  
Martin Kettner  
Erna Fröhlich  
und das großartige  
Dezember-Programm.

**W. Noacks Theater**

Direktion: Rob. Hill. Brunnstr. 16.  
**Große Extra-Vorstellung!**  
**Mutter und Sohn.**  
Schauspiel von Ernst Wich-Wesser.  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Sonabend: Uraufführung: Regina Schausp. n. d. „Lokal-Anz.“ Roman

**Udel-Quartett**

u. pers. Mitw.  
v. Fräulein Prof.  
C. F. Udel.  
**Rita Tanca.**

**W. Jägerstraße 63a.**

**Folies Bergère**

Tel.-Amt I 4759.

**Mila Barry**

8 1/2  
Mdm. Dersey. M. Hauss.

**Welche Geschenke sind die nützlichsten?**

**Winter-Joppen**  
Tausende Exemplare.  
Warme Loden-Stoffe mit molligen Futterstoffen. Praktische Fassons mit doppeltem breitem Brustüberschlag.  
Nur eigene Erzeugnisse.  
24.— 21.— 18.— 15.— 6 Mk.  
13.50 12.— 10.— 7.50

**Winter-Hosen**  
Tausende Exemplare.  
Gute moderne Stoffe. Vorzüglicher Schnitt. Enorm grosse Abwechslung in Mustern.  
Nur eigene Erzeugnisse.  
18.— 15.— 12.— 11.— 10.— 4.50 Mk.  
9.— 8.— 7.— 6.— 5.—

**Pelz-Joppen**  
Nur eigene Erzeugnisse.  
Soweit Vorrat. 48.— 36.— 27.— 21.— 15 Mk.



**Gummi-Regen-Mäntel, Automobil-Mäntel, Wagen-Mäntel, Loden-Pelerinen, Gummi-Pelerinen, Öl-Mäntel u. Anzüge.**

**Geh-Pelze** Guter Eskimo mit echtem Sealbisamkragen und imitiertem Breitschwanzfutter **55 Mk.**

**BAER SOHN**  
Spezial-Haus grössten Masstabs  
Chausseestrasse 29-30 • Brückenstrasse 11.  
Gr. Frankfurterstr. 20.  
Haupt-Katalog No. 32 kostenlos und portofrei. — Dauernder Kalender an unsere Kunden kostenlos.  
Nächsten Sonntag bis abends 8 Uhr geöffnet.

**Walhalla-Variete-Theater**

Weinbergsweg 19/20, Rosent. Tor  
Anfang 8 Uhr.  
**Das koloss. Dezember-Programm.**  
**12 Akrobaten Lorch 12**  
gigantische Spiele.  
**Colin Clairon**  
„Ein Künstlerfest.“  
**Harry Arndt,** Humorist.  
**12 International. Spezialitäten 12**  
Tanz: Regimentskapelle, Schrammeln. — Theaterbräuerei treier Künstler.



Auftreten von: Robert Steidl, Liane de Vries, Kitty Gordon, Tan Kwai-Truppe, Flood Brothers, Starr und Leslie, Bogansy-Truppe, Die Tiller Girls, Brunins, La Bérat, Toqué, Tenji-Truppe, Der Biograph etc.

**Stadt-Theater Moabit.**

Wl-Moabit 47—49.  
Donnerstag, den 12. Dezember:  
**Die Barbaren**  
oder:  
Weihnachtsabend in Feindesland.  
Zeitgenossen aus den Kriegsjahren 1870/71  
in 4 Aufzügen von Heinrich Stobitzer.  
Nach der Vorleistung:  
**Großer Ball.**  
Rassendöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

**Luisen-Theater.**

Reichenbergerstr. 34.  
Abends 8 Uhr:  
**Der Leiermann und sein Pflegekind.**  
Freitag: Erziehung zur Ehe. Geschlossene Vorstellung.  
Sonabend nachm. 4 Uhr: Der riddchen. Abends: Das Verhältnis.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Berlin wie es weint und lacht. Abends: Ein seltsamer Fall.  
Montag: Der Leiermann und sein Pflegekind.

**Parodie-Theater.**

Dresdenerstr. 97. Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Vorletzte Woche**  
von Japsenreich, Das Ungeheuer und Nonna Banna.  
Freitag, 20. Dez.: Gala-Premiere.  
**Kasino-Theater.**  
Rohlfingerstr. 37. Täglich 8 Uhr:  
**Biederleute.**  
Komödie in 4 Akten v. Rob. Misch.  
Vorher das glanz. bunte Programm.  
Sonntag 4 Uhr: Der Blumenraub.

# Freie Volksbühne

**Freitag, den 13. Dezember, 8 1/2 Uhr:**  
23. (III.) Abendabteilung im **Lortzing-Theater:**  
**Hans Heiling.**  
21. (I.) Abendabteilung im **Luisen-Theater:**  
**Erziehung zur Ehe.**  
Mitglieder werden noch in allen Zahlstellen aufgenommen.  
Gastkarten à 1 M. können alle Mitglieder der Nachmittagsabteilungen in den Zahlstellen und beim Obmann im Theater erhalten.  
**Sonntag, den 15. Dezember, nachm. 3 Uhr:**  
Berliner Theater  
1./2. Abteilung:  
**Das Tal des Lebens.**  
Neues Schauspielhaus  
14./15. Abteilung:  
**Judith.**  
Der Vorstand. In Vertr.: G. Winkler.

# Apollo Theater

Urbüch: Elite-Vorstellung:  
9 Uhr:  
**Sylvester Schäffer jr.**  
Sonntag, 15. Dezbr., nachm. 3 1/2 Uhr:  
Familien-Vorstellung. Kleine Preise!  
8 Uhr: Die neuen Spezialitäten. U. a.:

# Gebr. Herrnfeld-Theater.

57 Kommandantenstraße Nr. 57  
Anf. 8 Uhr. Vorverf. 11-6 Uhr.  
Nur noch heute und morgen:  
**Madame Wig-Wag.**  
Es lebe das Nachleben!  
**Sonabend:  
Premiere  
Papa  
und  
Genossen.**  
Billetts zur Premiere schon heute.  
Sonntag 3 Uhr: Die Moyerhainz

# Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.  
Weihnachts-Programm!  
Anfangabend. 8 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.  
Donnerstag, 20. Dezbr.  
(2. Feiertag):  
**Gr. Weihnachts-Benefit-  
Matinee.**  
Reichshallen-Restaurant:  
Militär-Konzert.

# Sanssouci

Kothbusen-  
Straße 6.  
Direktion: Wilhelm Reimer.  
Sonntag, Montag und  
Donnerstag:  
**Hoffmanns Nord. Sänger  
und Tanzfränzchen.**  
Stürmischer Lachersfolg!  
Eine nette  
Weihnachtsbelebung.  
Beginn Sonntag 5 Uhr,  
wednesday 8 Uhr.  
Vorgen Freitag wegen großer Ver-  
sammlung: **Geschlossen.**

# Bughagen

Montzplatz  
im Theateraal täglich:  
**Das neue  
Dezember-Programm.**  
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
Sonntags 7 Uhr. (Sonntags  
referiert 1 M., Entree 50 Pf.)  
Familienbillets à 40 Pf.  
Unter  
täglich **Militär-Konzert.**  
Beder, Fromward, Göschel,  
Reumann, Ehrenz und Wälch.  
Saal 25. Januar und 29. Februar  
noch zu vergeben. 1129/9  
Weihnachtsäpfel billig zu haben:  
Brunnenstr. 188 bei  
**Fritze Wilke.**

# Metropol-Theater

Anfang präzise 8 Uhr.  
**Das muß man seh'n!!!**  
Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern)  
von J. Freund. Musik von Viktor  
Hollander. In Szene gesetzt  
von Direktor Richard Schultz.  
**G. Thielscher, F. Massary,  
B. Darmand, Bender, Giampietro,  
Josephi.**  
Rauchen überall gestattet.  
**Sonntag, 15. Dezember,  
nachmittags 3 Uhr:**  
**Die Herren von Maxim.**  
**Biogr.-Theater „Westend“**  
Charlottenburg,  
Potsdamerstr. 11.  
**Neu! Elegant! Interessant!**  
Täglich Vorstellung von 5-11 Uhr.  
Sonntags von 3-11 Uhr.  
Stetiger Eingang von Neubeitern.



**Ohne Anzahlung.  
Brückenstr. 13,**  
R. Hartmann, Taschenuhren,  
Trauringe.  
**Riesen-Auswahl.  
der Uhren-  
Branche.**  
Größtes Spezialhaus  
Geschäft 20 Jahre. Kein Laden.  
**Stieppdecken** von einfacher bis  
zur kunstvollsten  
Handarbeit, ohne Konkurrenz, direkt  
vom Hersteller Georg Schmeizer,  
Bälwstr. 89, nahe Potsdamerstraße.

# Pelzwaren

direkt aus der Fabrik, auch im Einzel-  
verkauf zu Engrospreisen.  
**Stolaz,  
Koffiers,  
Muffen, sehr leicht  
garn. Damenhüte,  
Sarells, Herren-,  
Knaben- und Mäd-  
chen-Garnituren,  
Fussböcke, Jagd-  
taschen, Pelzlepp.  
Sämtl. gangbaren  
Pelzarten à Lager.  
Große Auswahl.  
Bestes Material.  
Keine Bastwaren,  
keine Reissmuller  
oder sogenannte  
Gelegenheitsläufe,  
trotzdem billig.  
**F. Kalman, Kürschner-  
meister,  
jetzt nur Kommandantenstr. 15, I,  
gegenüber Beuthstr., beim Dönhofsplatz.  
Verkauf bis 9 Uhr abends. Sonntags  
geöffnet. Telefon I 3917.****

**Puppen-Klinik**  
von 10123  
**C. Kühnel, Blücherstr. 6**  
Weihnachtsausstellung in  
Pupp. u. Puppengarderobe  
Kein Laden! Solide Preise!  
Vorgelegte d. Kaufmannschaft. 57/7. Hab.

# VI. Wahlkreis.

Sonntag, den 15. Dezember, abends 6 Uhr, im Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23:

## Versammlung für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag der Genossin Emma Ihrer über: „Das neue Reichsbürgengesetz und die Frauen“. 2. Diskussion.  
Zu zahlreichem Besuch laden ein [265/15\*] Die Abteilungsleiter.  
Nach der Versammlung: **Gemütliches Beisammensein mit Tanz.**

# Knecht Ruprecht

bringt  
für den **Vater**  
einen modernen Teppich  
von M. 8.50, 13, 20, 30, 50 usw.  
für die **Mutter**  
hübsche Steppdecken und  
Gardinen  
von M. 5.50, 6.50, 8, 10 usw.  
für den **Sohn**  
eine schöne Kollendecke  
von M. 4.75, 6, 7, 8.50 usw.  
für die **Tochter**  
eine elegante Tischdecke  
u. prachtvolles Feil  
von M. 2.50, 3.75, 5, 6, 7 usw.  
Ferner sollen die aus einer

**Konkursmasse**  
herhörenden Restbestände bis  
Ende des Monats total geräumt  
werden.  
Gelegenheitskauf praktischer  
Weihnachts-Geschenke.

# Teppich- Adler

Königstrasse 20-21,  
a. d. Jüdenstr.

Gegründet 1864.  
**Pelzwaren-  
Fabrik  
S. Schlesinger**  
Neue Königstr. 21.  
(Ordonnanzhaus.)  
Kein Laden  
II. Etage  
**Einzelverkauf**  
wie alljährlich  
nach beendeter  
Engros-Saison.  
**Pelz-Stolas,  
Muffen etc.**  
zu labelhaft billigen Preisen.  
Reparaturen billigst.  
**Sonntags geöffnet.**

# Großer Konkursmassen- Ausverkauf.

Damenstoffe, Konfektion  
und andere billige Sachen  
von 10102  
**Wilhelmine van Aalst,**  
Kommandantenstr. 78  
(Industriegebäude, am Dönhofsplatz).

# Deutscher Holzarbeiter-Verband. Zahlstelle Berlin. Stuhlpolierer.

Heute Donnerstag, den 12. Dezember, abends 7 Uhr, im Lokal  
von Ernst Grapentin, Stalitzerstraße 102:

## Oeffentl. Versammlung der Stuhlarbeiter.

Tages-Ordnung:  
1. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Berliner Stuhlpolierer  
unter besonderer Berücksichtigung der von der Stuhlbauer-Konferenz im  
Dresden gefassten Beschlüsse. Referent: Kollege **Albert Schreiber.**  
2. Ist es möglich, für die Berliner Stuhlpolierer einseitige Abfindung  
einzuführen? 3. Diskussion. 4. Verbands- und Brandenanliegenheiten.  
Die Branchenleitung.

## Einsetzer. Vertrauensmänner-Versammlung.

Freitag abend 6 Uhr im Gewerkschaftshaus:  
Ausgabe der Tarife für die in Arbeit stehenden Kollegen nur unter  
Vorgehen des Verbandsbüros. Die arbeitslosen Kollegen erhalten den  
Tarif im paritätischen Arbeitsnachweis. 99/6  
Am ersten Bezirk findet die Bezirksversammlung am Sonnabend  
abend 7 1/2 Uhr statt.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:  
Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1287.

Sonabend, den 14. Dezember 1907, abends 8 Uhr, bei Kumpo,  
Spandau, Schönewalderstraße 80:

## Bezirks-Versammlung für Spandau u. Umgegend.

Tages-Ordnung:  
1. Jahresbericht der Bezirksleitung.  
2. Auswahl der Bezirksleitung, der Revisionskommission, der Parteilei-  
terierten und der Arbeitslosenkontrollstelle.  
3. Verbandsangelegenheiten.  
Wir ermahnen die Kollegen, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen!  
Den Kollegen zur Nachricht, daß Broschüren im  
Bureau zu haben sind betreffend die Verhandlungen  
des Reichstages über den Gesetzentwurf betreffend  
die gewerblichen Berufsvereine. Für Mitglieder ist  
der Preis 25 Pf. (Nachhändlerpreis 75 Pf.).  
161/13 Die Ortsverwaltung.

# Ziehung übermorgen. Berliner Arbeits- stätten-Lotterie.

Gesamtbetrag d. Gew. i. W. v. M.  
**10000**  
Erster Hauptgewinn i. W. v. M. | Zweiter Hauptgew. i. W. v. M.  
**5000 | 1000**  
Kleinster Gewinn i. W. v. M. 5.--. Lose à 50 Pf., 11 Stück 5 M.,  
Porto u. Gewinnliste 20 Pf. extra zu haben b. General-Debit  
Bankgeschäft Berlin C., Rosen-  
**Paul Steinberg & Co., G. m. b. H.,** theaterstr. 11-12, und bei allen  
durch Plakate kennl. Lotterie- u. Zigarren-Geschäften.

**Arbeitsstätten-Lose, 14. Dezember, mit 90% in bar.**  
Alle Gewinne zahlen sofort  
Lose à 50 Pf., 11 Lose 5 M. **Gustav Haase, Neue König-  
Porto u. Liste 20 Pf. extra.** Straße No. 86

# Sie können 1000e und aber 1000e fragen

Jeder sagt Ihnen: es gibt kein besseres Frühstücksgetränk  
als Haemacolade!

Haemacolade ist sehr wohlschmeckend, blutbildend und sehr  
nährhaft. Nach Genuß von Haemacolade tritt ein angenehmes Sättig-  
gefühl ein, welches mehrere Stunden anhält, um alsdann einem ge-  
sunden Hunger Platz zu machen. 291/8  
Vergleichen Sie hiermit die Wirkung Ihrer bisherigen Frühstück!

Dem **Roth-en-Adolf**  
heraldische Glückwünsche zum  
Geburtstag.  
II. Abteilung im fünften Kreise.  
F. L. E. S. A. K. H. K. H. T.  
O. B. E. R. W. L. G. H. L. L.

Spar- und Produktiv-Genossenschaft  
**Groß-Lichterfelde**  
Eingetragene Genossenschaft mit  
beschränkter Haftung.

**Außerordl. Generalversammlung**  
Sonntag, d. 22. Dezember 1907,  
Mitttags 10 Uhr,  
im Lokal Kaiserhof am  
Krausplatz.  
Tages-Ordnung:  
I. Vortrag des Vorstandes auf  
Veranlassung der Genossenschaft. 2. An-  
träge (§ 14 des Statuts).  
Sitzzeit nur gegen Vorlegung des  
Mitgliedsbuches. 140/20\*  
Der Vorstand: Fr. Haring.

## Eile zu Weile!

Dresdener  
Straße 119  
**Spezial-Haus**  
nur für  
**Pelz-Stolas  
Colliers  
und  
Muffen.**  
Riesenhafte Auswahl  
in echt  
**Skunks**  
von 25 Mark an  
**Nerz**  
von 40 Mark an.  
**Persianer**  
von 60 Mark an.  
**Bisam**  
von 10 Mark an.  
**Tibet**  
von 250 Mark an.  
**Kanin**  
von 3.75 Mark an.  
Eigene Werkstatt.  
**J. Weile, 119 Dresdener  
Straße 119.**  
Auf Wunsch wird jede Stola aus  
dem Fenster verabfolgt.  
**Sonntag geöffnet!**

# Extra-Angebote

Ein Riesenposten

# Erkerteppeiche

ganz dickes wollenes Gewebe  
in vornehmen ruhigen Mustern,  
getreue Kopie echter Perser  
Größe (nur soweit Vorrat!)  
70/100 cm M. 5.25 (Wert 10 M.)  
75/150 cm . 8.75 (Wert 15 M.)  
90/175 cm . 12.75 (Wert 22.50 M.)  
in imit. Perser Qualität  
Größe 90/185 cm M. 3.75

# Teppich-Spezialhaus Emil Lefèvre

Berlin Süd. Seit 1882  
nur Oranienstr. 158.  
Unter-  
halte nirgends Filialen.

# Weihnachts-

**Extraliste und Katalog**  
mit zirka 600 Illustrationen  
gratis und franko.  
**Auch Sonntags  
bis Weihnachten geöffnet.**  
**Extra billig!  
div. Teppiche**  
mit  
kleinen Webfehlern!

# Haben Sie schon die Deutschen Konzerthallen, An der Spandauerbrücke 3, besucht???



Vom Wert einer guten Jugendlektüre.

Aus Anlaß der diesjährigen Ausstellung empfehlenswerter Jugendschriften und künstlerischen Wandschmudes...

Was sollen unsere Kinder lesen? Nur zu viele Eltern haben sehr rasch eine Antwort hierauf, weil sie nicht wissen, wie schwer sie ist...

Zu der Lektüre, die dem Phantasiebedürfnis des Kindes am angemessensten ist, rechnet die Vortragende die Volksmärchen und die Volksfagen...

Die Frage der Jugendlektüre steht, so führte die Referentin weiter aus, in engem Zusammenhang mit der Frage der Jugend-erziehung...

Frau Zeppler legte auch dar, wie sie über die Tendenz in Jugendschriften denkt. Die Sucht vieler „Jugendschriftsteller“, in die Jugendlektüre überpatriotische oder stämmelnde Tendenzen hineinzutragen...

Von der Referentin wurde schließlich kurz noch die Frage des Wandschmudes sowie des Wandschmudes gestreift. Die Illustrationen eines Buches und auch sein äußeres sind nicht gleichgültig...

Der Vortrag schloß mit der Mahnung, die gegebenen Anregungen durch eingehende Prüfung der ausgestellten Bücher usw. zu ergänzen...

Partei-Angelegenheiten.

Lichtenberg. Heute Abend 8 Uhr finden zwei große Volksversammlungen statt und zwar in Lichtenberg-Ost im „Prälator“, Eitelstr. 70/71, und im „Schwarzen Adler“ (Geb. Anhold), Frankfurter Chaussee...

Mitglied. Am heutigen Donnerstag, abends 8 Uhr, findet im Lokale des Herrn Franz Sohn, Grünauerstr. 53, eine Volksversammlung für Männer und Frauen statt...

Banauer. Sonnabend, den 14. d. M., abends 8 Uhr, im „Fürstendof“: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Es ist Pflicht eines jeden Genossen, pünktlich zu erscheinen...

Berliner Nachrichten.

Die Verkaufsliste des Automobils.

Das Automobil wird in immer steigendem Maße in Anspruch genommen. Eine große Industrie hat sich auf diesem Gebiete herausgebildet, und zahlreiche Fabriken wettern sich...

Zu dem kommt, daß das Automobil auch als Verkehrsmittel immer mehr in Anspruch genommen wird.

Die durch die Automobile verursachten Unglücksfälle sehen aber mit der steigenden Verwendung dieses Verkehrsmittels in einem großen Mißverhältnis. Das Kaiserlich Statistische Amt hat die Verkaufslisten für die Zeit vom 1. April bis 30. September 1906...

Die Frage der Jugendlektüre steht, so führte die Referentin weiter aus, in engem Zusammenhang mit der Frage der Jugend-erziehung. Die Wirkung einer guten Jugendschrift reicht viel weiter, als es auf den ersten Blick scheint...

Frau Zeppler legte auch dar, wie sie über die Tendenz in Jugendschriften denkt. Die Sucht vieler „Jugendschriftsteller“, in die Jugendlektüre überpatriotische oder stämmelnde Tendenzen hineinzutragen...

Von der Referentin wurde schließlich kurz noch die Frage des Wandschmudes sowie des Wandschmudes gestreift. Die Illustrationen eines Buches und auch sein äußeres sind nicht gleichgültig...

Der Vortrag schloß mit der Mahnung, die gegebenen Anregungen durch eingehende Prüfung der ausgestellten Bücher usw. zu ergänzen. Die Ausstellung ist bisher sehr reger besucht worden...

Die Erbschaft, die der altmodische Weihnachtsmarkt hinterließ, ist dem modernen Warenhaus zugefallen. In die Warenhäuser strömt jetzt die Schar derer, die in der Weihnachtszeit nicht nur kaufen wollen...

Ein allgemeines Jagen nach Verdienst, das ist das Bild, das in diesen Wochen vor Weihnachten sich uns zeigt. Die Weihnachts-façon soll nicht nur vielen Tausenden von Geschäftsleuten Geld in die Kasse bringen...

Weihnachten soll auch etwas mehr sein als ein Fest nur des Kaufens und Schenkens, des Verkaufens und Verdienens. In den Kirchen predigen sie in den Wochen vor Weihnachten die Ankunft des „Erlösers“, und am Weihnachtsmorgen werden sie aufs neue ihr „Friede auf Erden“ verkünden...

Der Weihnachtspaketverkehr hat schon jetzt ungewöhnlich lebhaft eingesetzt. Von Donnerstag, den 12. Dezember an rechnet die Post im ganzen Reiche den sogenannten Vorverkehr für den überall die notwendige Vermehrung der Beamten eingetreten ist...

Die Erweiterung des Vorortverkehrs bis Belten dürfte nunmehr doch noch zur Durchführung gelangen. Auf Grund einer Verfügung des Eisenbahnministeriums werden unverzüglich Verhandlungen mit den an der Strecke der Kremmener Bahn belegenden Vorortgemeinden zwischen Tegel und Belten angeknüpft werden...

Die Wahlen in der Akademischen Lesehalle haben das Ergebnis gehabt, daß die Nationalsozialistische Partei 6, die Freie Verwaltungspartei 2, die Freie deutsche Partei 1, die Vereinigung jüdischer Korporationen 3 und die katholischen Verbindungen 1 Vertreter erhalten.

In den Erholungsstätten vom Roten Kreuz stehen für das nächste Jahr weitere wichtige Veränderungen bevor. Bei Station Eichkamp wird, dank einer Schenkung des Geh. Kommerzienrat Koppel, eine neue Erholungsstätte für Frauen errichtet...

Die gesprungene Domglocke. Die mittlere Glocke des Geläutes am hl. Dom weißt seit einiger Zeit einen etwa dreiviertel Meter langen Riß auf, so daß der Altar „h d h“ nicht mehr rein ist. Was mit der gesprungenen Glocke geschehen soll, darüber ist man sich augenblicklich noch im Unklaren...

Für Radfahrer. Die seit dem Jahre 1905 aufgestellten Rad-fahrarten (§ 13 Nr. 1a der Polizeiverordnung vom 12. Januar 1900) bleiben auch für das Jahr 1908 in Geltung, so daß es ihrer Erneuerung nicht bedarf. Die Pflicht der Erneuerung der Karten bleibt jedoch für den Fall bestehen, daß die aufgestellten Karten wegen Unleserlichkeit, Abnutzung und nicht mehr zutreffenden Inhalts unbrauchbar geworden sind.

Großes Aufsehen rief gestern am Friedrich Karl-Ufer die Tat einer unbekanntem Lebensmüden Frauensperson hervor. Durch ihre seltsames aufgeregtes Wesen hatte sie die Aufmerksamkeit der Passanten auf sich gelenkt, doch niemand ahnte, was sie vorhatte. Nicht an der Alsenbrücke hielten sie plötzlich auf das Geländer und ebe ein Passant hinzusperrten und die Lebensmüde zurück-zurück treiben konnte, hatte sie sich in die Kluten hinabgestürzt...

Ein Lehrling in den Tod gegangen? Verschwunden ist seit Sonnabend der 15 Jahre alte Lehrling Georg Weyer, der bei seinen Pflegeeltern, dem Wagnerschen Ehepaar, in der Dreßenerstraße 135, I. Ausgang 3 Treppen, wohnte. Der kleine Bursche war im Betriebe der Güremandschen Metall-warenfabrik in der Brinzeffenschstraße in der Lehre. Am Sonn-abend früh um 8 Uhr machte er sich auf den Weg, für die Arbeiter des Betriebes Frühstück einzuholen, kam aber nicht mehr wieder. Es ist festgestellt, daß er die Waren, die er bei einem Gastwirt be-stellte, auch bezahlte, dann aber seinen Koffer stehen ließ und seit-dem verschwunden ist. In der Ritterstraße ist später ein dem

Jungen gehöriger Holzspanlöcher gefunden worden und es wird angenommen, daß der junge Mensch seinem Leben durch Ertrinken ein Ende gemacht hat. Die Ursache zu diesem bedauerlichen Schritt wird gefunden in dem Benehmen des Lehrherrn, der angeblich gegen den fünfzehnjährigen Strafgefangenen gestellt hat, weil dieser mit seinen Kameraden dem Betriebe gehöriges Material im Werte von 50 Pfennigen verkauft haben soll. Die Pflegekassen haben von diesem Vorgange erst jetzt Kenntnis bekommen, auch stellte es sich heraus, daß der junge Mensch schon am Freitagsabend von seinen Arbeitskollegen Abschied genommen hat mit dem Bemerkung, er könne die Scham nicht überleben. Ist die hier gegebene Darstellung richtig, so dürfte das Verhalten des Lehrherrn geeignet sein, ihn in einem sehr ungünstigen Lichte erscheinen zu lassen. Nobel kann man es auch nicht bezeichnen, wenn man hört, daß der Lehrherr das letzte Kostgeld in Höhe von 4 Mark als Erfolg für etwaigen Schaden einbehalten hat.

In großer Lebensgefahr schwebten gestern zwei Kinder, die von ihrer Mutter mittags allein in der Wohnung am Chantissoplag 8 zurückgelassen waren. Dort kam Feuer aus. Die Flammen erfaßten Möbel, Betten, Kleider usw. Zum Glück bemerkte Hausbewohner die Gefahr. Sie alarmierten schnell die Feuerwehr und holten nach vor deren Eintreffen die Kinder aus der brennenden Wohnung heraus. Die Flammen konnten von der Feuerwehr auf die Wohnung beschränkt werden.

In der Moabit'schen Nordstraße ist ein langjähriger Freund des ermordeten Lehmann in der Person des Schlägergehilfen Gustav Brand aus Memmich verhaftet worden. Brand befand sich seit einigen Tagen in Dortmund in Stellung und wurde auf Wunsch der Berliner Kriminalpolizei von der dortigen Behörde festgenommen und zwar auf Grund eines Haftbefehls, der gegen ihn wegen eines Diebstahls erlassen worden ist. Die in Dortmund vorgenommene Untersuchung seiner Haftgehilfen hat vorläufig nichts Belastendes für ihn ergeben. Er wird jedoch hierhergebracht, damit hier die weiteren Ermittlungen vor sich gehen können. Es wäre für den Gang der Untersuchung sehr von Vorteil, wenn sich die Person melden würde, der Lehmann vor etwa 8-4 Wochen seine goldene Uhr verkauft hat. Es handelt sich wahrscheinlich um eine Doppelpflicht.

Eine Menschenjagd entwickelte sich gestern nachmittag 1/2 Uhr in der Sophienstraße. Ein junger Mensch sollte Wäsche gestohlen haben. Ein herbeigeholter Schuhmann wollte ihn aus einer Restauration herauslocken. Der Verdächtige ergriff aber die Flucht und rannte in ein Haus der Sophienstraße. Der Schuhmann, der ihm zuerst dicht auf den Fersen war, konnte den Ausreißer im ganzen Hause nicht finden. Es stellte sich heraus, daß der Verfolgte im Hause seinen Paletot ausgezogen hatte und so unerkannt aus dem Hause durch das Publikum gegangen war und gemeint hatte: „Wir haben ihn im ganzen Hause nicht gefunden“.

In seiner Wohnung tat aufgefunden wurde in der vergangenen Nacht der 49 Jahre alte Arbeiter Johann Kiedlig, Carmen Schulstraße 169. K. wohnte mit der 33 Jahre alten Emma Wenzel zusammen. Die Polizei glaubt nicht recht an einen Selbstmord und hat die W. vorläufig festgenommen.

Aus dem Fenster der vierten Etage gestürzt ist gestern Abend in der ersten Stunde ein Mann im Kalplaquesstr. 14. Der Tod ist auf der Stelle eingetreten.

Aus der Spree gezogen wurde vergangene Nacht um zwei Uhr an der Oberbaumbrücke ein gewisser H., in Lichtenberg wohnhaft, der angeblich, ins Wasser geworfen zu sein. Bei dieser Gelegenheit hätte nicht viel gefehlt, daß ein zur Hilfeleistung herbeigeeilter Arbeiter bald selbst ins Wasser stürzte, weil es an der Stelle, an der der Rettungsstern liegt, sehr dunkel ist und ein Geländer fehlt.

Eine geheimnisvolle Revolveraffäre hat sich gestern Mittag in dem sogenannten „Luisenpark“ in der Wöllersstraße abgepielt. Der 25 Jahre alte Dreher Paul Hirsch aus der Hennigsdorferstraße war durch die Parkanlagen gegangen, um sich zu Tisch zu begeben. In der Nähe der Kreuzung der Neudamm- und Gerichtstraße brach er plötzlich von einer Kugel durchbohrt zusammen. Das Geschöß war ihm in den Unterleib gedrungen. Der Schwerverletzte wurde sofort nach der Unfallstation gebracht, wo er die erste ärztliche Hilfe erhielt. Heber den Urheber des schrecklichen Revolverattentates schwebt geheimnisvolles Dunkel. H. selbst hat niemand beobachtet, der einen Schuß auf ihn abgegeben hat. Vielleicht ist er das Opfer einer Verwechselung geworden. Andererseits wird aber auch angenommen, daß es sich hier um einen Raubattentat handelt.

Im Gebrüder Herrfeldt-Theater geht die Premiere „Papa und Genossen“ am Sonnabend, den 14. Dezember in Szene.

Sermitt wird seit dem 29. Oktober d. J. aus Weiz bei Berlin der Milchhändler Ferdinand Metze, am 22. Juni 1859 in Groh-Aienig, Kreis Teltow, geboren. Er ist 1,75 Meter groß, von schlanker Gestalt, hat blonde Haare, blaue Augen, lächelnde Zähne, Schürtdart, gesunde Gesichtsfarbe. Metze sieht etwas und hat doppelten Leistenbruch. Bei seinem Fortzuge war er bekleidet mit brauner Schürmhöhle, brauner Strickjacke, schwarzer Weste und schwarzen Hosen, braunen wollenen Strümpfen, welchem Varschentfemd, blauer Schürze, Dolzspantinen; er trägt Gummibruchohd. Es wird Selbstmord oder Unfallsfall vermutet. Nachrichten über den Vermissenen nimmt jedes Polizeirevier und die Kriminalpolizei, Alexanderstraße 3/5, 2 Treppen, Zimmer 334, schriftlich oder mündlich zu 7690 IV. 20. 07 entgegen.

## Vorort-Nachrichten.

### Lichtenberg.

Die sozialdemokratischen Gemeinderäte haben die systematische Uebervorteilung der Gemeinden durch den Ring der Tiefbauunternehmer aufgedeckt, das ist den hiesigen Interessenten doppelt unangenehm. Sie fürchten, daß den Wählern und speziell auch den Kleingewerbetreibenden endlich ein Licht aufgeht und sie dahinter kommen, daß ihre Interessen bei Vertretern der Terrangewerkschaften und so weiter doch schlecht gewahrt sind. Darum hat man dem Ortsblättern den Auftrag erteilt, die Leser zu täuschen, den Sclandal zu leugnen und die Enthüller als Verleumder zu beschimpfen. Das besorgt das Blättchen mit einem komischen Eifer gerade wie ein Clown, der Zuschauer amüsen will, aber seine bezahlten Späße machen muß. Erst hat es ein paar Wochen lang die 100 000 Mark-Affäre direkt als Schwindel behandelt. Und noch in seiner Nummer vom 30. November forderte das Blättchen mit schlecht gespielter Entrüstung die Ringunternehmer auf, zum Schutze ihrer Ehre die Genossen Däwells und Grauer zu verklagen, andernfalls sie die Achtung aller anständigen Menschen verloren hätten. Mit solchem Theater sollten die Ortsblätteleser getäuscht werden. Die Ringunternehmer pfeifen aber ansehend auf die Achtung der Anständigen; vorsichtigerweise leuchten sie es ab, den Klagenweg zu beschreiten. Das wird ihnen allerdings nicht nützen, sie müssen doch vor Gericht erscheinen, dafür werden unsere Genossen sorgen. Nach dem Ortsblättchen haben die Unternehmer nun zwar die Achtung aller anständigen Menschen verloren, trotzdem fordert es sie nunmehr auf, irgendwelche belanglose Erklärungen abzugeben. Wir wissen nicht, ob das Blättchen zu der Annahme berechtigt ist, seine Leser würden von dem dummen Schwindel nichts merken, ja sich werden sie aber jedenfalls bei der letzten Leistung des geduldeten Papiers für reichverhandeltliche Ablagerungen. In seiner Nummer vom 10. November berichtet es unter „Lokales“, der Sanitätsvereinsverband habe beschloffen, gegen den Unternehmer Niebig wegen der Grauer und Däwells aufgedeckten Uebervorteilung der Gemeinde strafrechtlich vorzugehen, und unter „Briefkasten“ werden Däwells und Grauer wieder als Schwindler und Verleumder hingestellt. Und das lassen sich die Epistler, die natürlich bei Aufstellung der Kandidaten überhaupt nicht gefragt werden, sondern zum Tanz nach der Pfeife der Interessenten kommandiert werden, ruhig gefallen.

### Friedenau.

Ein Eifersuchtsdrama spielte sich gestern in der ersten Vormittagsstunde in der Rheinstr. 25 ab. In diesem Hause wohnt die Familie des Fensterreinigers Kref. Seit dem Vuzlage wohnt in genannter Familie die Frau des Gasarbeiters Schmidt, die seit einem Jahre von ihrem Manne getrennt lebt. Ihren Unterhalt verdiente sie sich als Krankenpflegerin im Teltower Kreiskrankenhaus zu Groß-Lichterfelde. Ihr Mann versuchte seitdem mehrfach, sie zum Zusammenleben wieder zu bewegen, und schrieb ihr auch vor einigen Tagen einen Brief, in dem er angab, er könne ohne sie nicht leben. Gestern vormittag erschien er in der Kref'schen Wohnung und begehrte seine Frau zu sprechen. Als ihm Frau K. erwiderte, sie wolle ihm den Aufenthalt seiner Frau nicht angeden, zog er einen Revolver und schloß auf die Fliehende, wobei er sie am Nüchtrats schwer verletzte. Darauf jagte er sich selbst eine Kugel in die Schläfe. Durch die Schüsse und die Hilferufe der Frau K. wurden die Hausbewohner alarmiert und riefen die Polizei herbei. Als diese erschien, fand sie Schmidt bereits tot in seinem Blute liegend. Frau K. hatte sich mühsam auf den Treppennuß geschleppt, wurde zur Sanitätsstation in der Feing-Handjochstraße und von dort nach dem Schöneberger Krankenhaus geschafft. Schmidt soll seit langem auf seine Frau eifersüchtig gewesen sein. Die mitgeteilt wird, lag jedoch zu dieser Vermutung kein Grund vor. Die Leiche Schmidts verbleibt bis zur Aufnahme des Befundes durch die Gerichtskommission in der Kref'schen Wohnung.

### Rixdorf.

Zeugen gesucht. Kameraden, welche am 3. Oktober d. J. auf dem Neubau des Rixdorfer Krankenhauses in Widow gearbeitet haben und Junge eines Unfalls waren, werden gebeten, ihre Adresse bei Karl Welzky, Zimmerer, Rixdorf, Ringbahnstr. 27 abzugeben. Eventuelle Unkosten werden vergütet.

### Treptow-Dammfahrentweg.

In der letzten Wahlvereinsversammlung bei Köhlan in Treptow erstattete Genosse Graumann Bericht vom Freudentage. In der Diskussion bemerkte Genosse Karow, daß die Sozialdemokratie beim Wahlrechtskampf sich auf den Freisinn nicht verlassen könne. Diese Gesellschaft habe sich bei der letzten Reichstagswahl derart benommen, daß ein Kompromiß ausgeschlossen sei. Besonders hob Redner das wertvolle Material des Genossen Hirsch über „Selbstverwaltung und Gemeinde“ hervor. Genosse Lüdke lenkte jedoch besonders die Situation für die Erringung des Wahlrechts in Preußen. Die Arbeiterklasse müsse alle Mittel ebent. den Massenstreik anwenden, um sich ihr Recht zu erkämpfen.

Die Genossen Karow und Graumann berichteten ferner von den letzten Vorgängen in der Gemeindevertretung, so u. a. von der Einsetzung einer Arbeitsordnung für die Gemeindefunktionäre, die, wie der Genosse Karow mit Recht ausführte, den ostbaltischen Krautkultoren alle Ehre machen würde. Zum Schluß forderte Genosse Graumann zum Eintritt in den preussischen Staatsverband auf; Genosse Köhlan eruchte die Verammelten, Mitglieder des Konsumvereins zu werden.

### Wannsee.

Die letzte Gemeindevertretung hatte sich unter anderem mit der Omnibusfrage zu beschäftigen. Der Rentier König hatte sich bereit erklärt, eine Personenbeförderung mittels Omnibus mit Pferdebespannung einzurichten, wenn die Gemeinde auf folgende Bedingungen eingiebt:

1. Die Gassen sollen nur bis zur Chaussee- und Charlottenstraßen-Edo fahren; 2. die Gemeinde hat einen festen jährlichen Zuschuß von 2000 M. zu zahlen; 3. ihm (herrn König) ist eine konstante Konzession auf mindestens 5 Jahre zu gewähren und 4. falls er in dieser Zeit den Betrieb infolge der Einführung einer Straßenbahn aufgeben müsse, eine Abfindungssumme von 10 000 M. zu zahlen. Die Verammlung erachtete diese Bedingungen für unannehmbar und lehnte daher den Antrag ab.

### Vorsigwalde-Wittenau.

Die bewilligungsfähig die Gemeindevertretung sich für städtische Zwecke zeigt, bewies die letzte Gemeindevertretung. Das Konfiskatorium trat mit der Forderung an die Vertretung heran, 20 000 M. für die Erbauung eines Warchaues in der Kolonie Vorsigwalde zu bewilligen. Eine Kirche befindet sich bekanntlich nicht am Ort. Die bürgerlichen Vertreter langten in allen Variationen ein Loblied auf eine solche Einrichtung. Unter Genosse Adam wies mit Heftigkeit darauf hin, daß die Erbauung eines Armenhauses viel wichtiger sei. Wenn man aber die Erbauung eines Warchaues wünsche, so möge man diejenigen die Kosten dafür tragen lassen, die dafür ein Bedürfnis haben. Nach langer Debatte wurde gegen die vier Stimmen unserer Vertreter beschloffen, der Kirchengemeinde 12 000 Mark an einem halben Morgen Land zur Verfügung zu stellen. Im Zuschauerraum demüthigte sich eine Erregung über diesen Beschluß, daß mit dem Gelde der Steuerzahler so gewirtschaftet wird. Der Vorkändige drohte mit Rücktritt desselben. Ein Antrag der Kirchengemeinde, die Summe von 255,00 M. kirchlicher Gebührenerhebung zu übernehmen, wurde abgelehnt. Einstimmig wurde beschloffen, die Legung eines Reinwasserrohrs in der Charlottenburgerstraße von der Spandauer- bis zur Hauptstraße der Firma Gordon zum Preise von 4192,10 M. zu übertragen. Desgleichen die Befestigung von alten Straßendämmen und die Ausschüttung des Dorfes. Beschloffen wurde noch, eine neue Lehrerstelle zum 1. April 1909 in Wittenau zu errichten. Unter Verschiedenem wurde von unserem Vertreter festgestellt, daß die Conradsstraße in Vorsigwalde nicht beleuchtet sei; desgleichen die Ueberfälligkeit der Schulk Räume an den Verein „Blau-Kreuz“ zu einem Sonntagnachmittag-Kaffeezertrinken. — In geheimer Sitzung wurde eine Gasanstalt und ein Elektrizitätswerk zu bauen beschloffen.

### Nieder-Schönhansen.

In der letzten Gemeinderatsversammlung machte der Bürgermeister die Mitteilung, daß dem Antrage betreffend Errichtung eines Rotaritätsstuhlgeländes worden sei; die Stelle soll zur Ausführung gelangen. Die Englische Gasgesellschaft hat jetzt dem Gemeindevorstand mitgeteilt, daß sie ihren Anspruch auf Eintritt in den zwischen der Gemeinde Nieder-Schönhansen und der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft geschlossenen Vertrag folsen lasse. Die Gesellschaft ist nunmehr um möglichste Befreiung der Arbeiten ersucht worden. In den Kreisen der Haus- und Grundbesitzer zirkuliert eine Petition wegen Gewährung einer besseren Bauordnung, des weiteren wird in demselben darauf hingewiesen, daß hier am Ort besonders hohe Steuern bestehen. Gegen diese Behauptung wandte sich der Bürgermeister ganz energisch; er führte die Steuerlage anderer Vororte an, die fast durchweg höher seien, als die am Orte. Wenn gewünscht werde, daß der Zuschlag zur Einkommensteuer auf 100 Proz. herabgesetzt werden soll, so möge man die Grundsteuer auf 3 pro Mille erhöhen. Die bürgerlichen Vertreter wüßten sich jedoch hüten, ihre Zustimmung zu einer erneuten Erhöhung dieser Steuer zu geben. Redner gab hierauf eine Hebersticht über den Etat für das Rechnungsjahr 1908/09. Danach sollen die Mehreinnahmen 38 000 M. betragen. Durch die Erhöhung der Lebereggelder, Straßenzufahrten sowie Kanalisierung des Wilhelmsdörfer Dkdistriks entsteht aber auch eine Mehrausgabe von 33 000 M. Um die Verdreierung der Blankenburgerstraße zu ermöglichen, hat der Eigentümer Hoppe sich erboten, den südlichen Giebel des Hauses Kaiser Wilhelmstr. 5 am 1. April 1908 abzureißen, dafür fordert er eine Entschädigung von 60 000 M. Der Gemeindevorwaltung gehen fünf Räume durch den Abriß verloren, dafür bietet Hoppe in dem Hause Blankenburgerstr. 10 bis zum Ablauf des Mietvertrages acht Zimmer als Ersatz. Es wurde beschloffen, das Angebot von Hoppe anzunehmen. Die Ausschreibung zur Erlangung von Projekten zum Rathausbau, sowie das Ausschreiben von Mietangeboten zeitigten eine sehr lange Debatte. Die Kommission war nicht einig, ob erst in der Kaiser-Wilhelmstraße oder an der

Bücherstraße gebaut werden soll. Es sollen deshalb die Bewerber ersucht werden, von beiden Straßenfronten Projekte zu liefern, damit die Gemeinde wählen kann, welches am zweckmäßigsten ist. Wegen vorgerückter Zeit wurden die übrigen Punkte von der Tagesordnung abgelehnt.

### Potsdam.

In Ausübung seines Berufes den Tod gefunden hat gestern nacht auf dem hiesigen Hauptbahnhof der Bahnpostkassener Kroll aus Magdeburg. Er begleitete den von Berlin abfahrenden Nachtzug und verließ in Potsdam den Wagen. Als K. wieder aufsteigen wollte, war der Zug schon im Rollen. Er fiel infolge der Heftigkeit vom Treittreit, kam unter die Räder und wurde überfahren. Beide Oberkörper wurden dem Mann abgetrennt und er wurde bewußtlos ins städtische Krankenhaus gebracht, wo er gestern morgen starb. Kroll hinterläßt Frau und Kinder.

## Gerichts-Zeitung.

### Eine Dampfpartie ein öffentlicher Aufzug?

Öffentliche Aufzüge in Städten und Ortschaften, sowie auf öffentlichen Straßen bedürfen bekanntlich nach dem preussischen Vereinsgesetz der polizeilichen Genehmigung, und auch der Entwurf zum Reichs-Vereinsgesetz sieht eine solche Bestimmung vor. Voraus ist nun nicht schon ein öffentlicher Aufzug von Polizei und Gerichts wegen konfirmiert worden, wenn es sich um Sozialdemokraten, Polen, Wesseln oder Dänen handelt. Der Versuch, eine Dampfpartie zu einem öffentlichen Aufzuge auf einer öffentlichen Straße („Wasserstraße“) zu stampeln, blieb aber der Polizei und Staatsanwaltschaft in Bries vorbehalten. Diesmal ohne Erfolg. Der sozialdemokratische Wahlverein für Bries-Kamblau machte am 19. Juni 1907 einen Dampferausflug nach Ohlau. Man hatte zwei Dampfer gemietet, darunter die „Freya“, die öfter in der Woche Vergnügungsfahrten nach einem Orte vor Ohlau macht. Es beteiligten sich 500 Personen. Auf dem ersten Dampfer war eine Musikkapelle, die bei der Fahrt außerhalb des Weichbildes der Stadt ihre Weisen ertönen ließ. Der zweite Dampfer fuhr mehrere hundert Meter hinter dem ersten. Zur Anwesenheit, die die gewöhnliche war, erschienen die Teilnehmer gesondert beziehungsweise familienweis. Trotzdem erklärten Polizei und Staatsanwaltschaft, es handle sich um einen öffentlichen Aufzug, der der Genehmigung bedürfe, welche nicht eingeholt worden war! Hartmann, Richter und 11 weitere Genossen, die man als „Teilnehmer“ festgestellt hatte, sollten dies auf Grund der §§ 9, 10 und 17 des preussischen Vereinsgesetzes büßen. Die Strafkammer in Bries als Berufungsinstanz sprach jedoch alle frei, indem sie unter anderem ausführte: Ein öffentlicher Aufzug im Sinne des Gesetzes sei eine vereinigte Menschenmenge, die sich in einer Weise auf der öffentlichen Straße bewegt, die geeignet sei, die öffentliche Ordnung, insbesondere den Verkehr zu stören. Hier sei jedoch nichts geschehen, was die Aufmerksamkeit des Publikums besonders zu erregen geeignet gewesen sei. Die beiden Dampfer hätten sich nicht in auffälliger Weise bewegt, sondern einen erheblichen Abstand innegehalten. Die Musik habe auch nicht Aufmerksamkeit erregt, denn die Dampfmaschinenbesitzer veranstalteten öfter Fahrten mit Musikbegleitung. Daß die Fahrt den öffentlichen Verkehr zu stören geeignet gewesen wäre, sei ebenfalls völlig ausgeschlossen gewesen. Unterhalb der Anlagestelle durchfähre man völlig unbebaute Ufer. Auf der einen Seite seien zwar Gärten, Fahrstraßen stehen aber nicht daran. Die Ortschaft Kamblau, die passiert werde, trete erheblich zurück. Wehlich sei es auf der rechten Seite des Ufers, wo gar kein Weg hinführe. Von einer Verkehrsstörung könne keine Rede sein. Wenn ein Polizeibeamter auf der Oberbrücke mehr Menschen sah als sonst, so möge das daran gelegen haben, daß es Sonntag war. Demnach sei ein öffentlicher Aufzug nicht anzunehmen.

Die Staatsanwaltschaft beruhte sich mit dem Freispruch nicht, sondern legte Revision ein. Aber selbst der Vertreter der Oberstaatsanwaltschaft an Kammergericht erklärte, sich nicht der Revision anschließen zu können. Der zweite Strafenat des Kammergerichts verwarf auch am Dienstag die Revision der Staatsanwaltschaft, weil sie an den tatsächlichen Feststellungen scheiterte, auf die das Gesetz ohne Rechtsirrtum angewendet sei. — Wenn auch hier das Vorgehen der Staatsbehörden ein Schlag ins Wasser war, sieht man, wessen man auch in Zukunft gegenwärtig sein muß, wenn das Reichsgesetz wieder die totalen Beschränkungen bringt. Oder wird etwa nun gegen die Polizei und Staatsanwaltschaft Anklage wegen der unberechtigten Anklagerhebung erhoben werden?

### Prozesse des Gutsherrn von Cadinen.

Die vier Prozesse, die der Kaiser bis jetzt als Gutsherr von Cadinen geführt hat, sind sämtlich zu seinen Ungunsten entschieden worden, obwohl seine Anwälte es gewiß nicht an Eifer und Mühe haben fehlen lassen. Als die Haffnerbahn den kaiserlichen Gutsherrn verklagte, wurde er vom Gericht zur Anerkennung des Begerrechts verurteilt, wodurch die öffentliche Haltestelle Cadines überhaupt erst möglich wurde. In dem Prozesse mit seinem Wächter in Kehlberg, einem Bestandteil des Cadiner Gutes, wegen Reparaturbauten im Betrage von ca. 20 000 M. erkannte das Obinger Landgericht die klägerischen Ansprüche nur zum zehnten Teile an und legte dem Gutsherrn von Cadinen auch neun Zehntel der Kosten zur Last. In dem Prozesse gegen den Romintener Gastwirt auf vorzeitige Räumung des Gasthofs wegen angeblicher Vertragswidrigkeit konnte das Landgericht Jüterburg den Ansprüchen des Kaisers nicht stattgeben, und ebenso verurteil die gegen diesen Gastwirt gerichtete und auf Entziehung der Schankerelaubnis lautende Klage des Wälders der Abweisung. Das Urteil fällt der Bezirksauschuss in Gumbinnen.

### Kriminalkommissar Ruck.

Unter einer schweren Anklage mühte sich gestern der Kriminalkommissar Ruck vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I verantworten. Er wurde beschuldigt, als Bediensteter der Erben eines Rentiers Weber über Forderungen und andere Vermögensstücke in Höhe von 550 M. absichtlich zu deren Nachteil verfußt zu haben und zwar, um sich einen Vermögensvorteil zu verschaffen. Der Angeklagte war schon einmal in sehr unangenehme Verwicklungen verwickelt gewesen, die seine Verhaftung zur Folge hatten. Das gegen ihn wegen Betruges eingeleitete Strafverfahren endete jedoch mit Freisprechung. Das zugleich gegen R. fahrende Disziplinärverfahren wurde eingestellt, und durch Ministerialbeschluss wurde er auch wieder in sein Amt als Kriminalkommissar eingesetzt. Durch sehr mißliche Familienverhältnisse, insbesondere durch einen dem Angeklagten feindselig gesinnten Schwager wurde Ruck nur wenig Wochen nach seiner Wiederernennung wiederum vom Amte suspendiert, da gegen ihn eine Strafanzeige erstattet worden war, welche das jetzige Strafverfahren zur Folge hatte. — Im Juli 1906 verstarb in Berlin der Rentier Weber und setzte zu seinen Erben die Schwiegereltern des Angeklagten ein. Da sie in Geldangelegenheiten wenig Erfahrung waren, beauftragten sie den Angeklagten mit ihrer Vertretung in der Erbschaftsangelegenheit. Die Erbmasse bestand aus wesentlichen aus zwei Grundstücken, die aber sehr hoch mit Hypotheken belastet waren. Außerdem war ein



Am Sonntag, den 8. Dezember, starb infolge einer schweren Operation unser lieber Kollege und treuer Mitarbeiter

**Oskar Timm**

im 62. Lebensjahre.

Sein Andenken wird stets in Ehren halten

Die Verwaltung des Vereins  
der Berliner Buchdrucker und Schriftgänger.

Berlin, den 9. Dezember 1907.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 13. Dezember, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofs, Mariendorf, Eisenacherstr. 118, aus statt.

Anlässlich der Beerdigung bleibt das Bureau am Nachmittag von 2 Uhr ab geschlossen. 30/6

**Typographia.**

Den Mitgliedern die betrieblende Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, Kollege

**Oskar Timm**

am Sonntag verstorben ist. Wir werden seiner stets in Ehren gedenken.

Beerdigung siehe vorstehend. Die Sängerkörner werden gebeten, soweit möglich an der Beerdigung teilzunehmen. Der Vorstand.

Am Dienstag, den 10. Dezember, vormittags 9 Uhr, starb nach kurzem schweren Krankenlager unser lieber Vater, Schwieger- und Großvater, der Steinbruder

**Heinrich Eschbach.**

Die Beerdigung findet am Freitag, den 13. Dezember, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Weisenfer Kirchhofs, Köpcke-Str., aus statt.

Z. H. der Geschwister:  
Ernst und Hermann Eschbach.

**Verband der Lithographen,  
Steindruckere und verw. Berufe.**  
(Deutscher Senfelder-Bund.)

Am Dienstag, den 10. Dezember, verstarb unser Kollege und Mitglied, der Schwager

**Heinrich Eschbach**

im Alter von 68 Jahren am Schlaganfall.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 13. Dezember, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Weisenfer Kirchhofs, Köpcke-Str., aus statt.

Die Verwaltung der Filiale I.

**Invaliden - Unterstützungskasse  
d. Steindrucker u. Lithographen.**

Die Beerdigung des am 10. Dezember verstorbenen Steindruckers

**Heinrich Eschbach**

findet statt am Freitag, den 13. Dezember, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes in Weisenfer, Köpcke-Str., aus statt.  
1864b Das Komitee.

**Dr. Simmel**

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 3-4.

**Stegpfeifen**

Preiswert, direkt in der Fabrik, nur 72, Wallstr. 72. wo auch alle Stegpfeifen aufgearbeitet werden. Bernhard Strohmangel, Berlin S. 14. Illust. Katalog gratis, Sonntags vor Weihnachten geöffnet.

**Möbelfabrik**

**Julius Apelt**  
6 Adalbert-Str. 6  
Hoheuhof Rothbuser Tor  
(früher: Köpcke-Str. 6)

**Pelzwaren-Fabrik**

Großer Räumungs-Weihnachts-Ausverkauf in Pelzstolas zu enorm billigen Preisen. Riesenhafte Auswahl von den einfachsten bis zu den besten.

**Heinrich Bonin** Weißburgerstr. 66, pt. 2tes Geschäft: Kürschnermeister Neanderstraße 28.  
Vorzeiger dieses Inserats erhält 5 Prozent Rabatt.

**Kracht's Handelschulen**

Berlin, Rosenhaldenstr. 44. - Charlottenburg, Wilhelmplatz 2. Gründlichste Ausbildung in Schreibr., Büchhalter., Buchführ., Galb-jahreskurs, Vierteljahreskurs. Populäre Buchführungskurse für Handwerker u. Gewerbetreibende. Prospekte gratis durch **Dir. Kracht.**

**Sozialdemokrat. Wahlverein**

für **Schöneberg.** Bezirk II.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dachdecker

**Karl Klaar**

im Alter von 25 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 12. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Schöneberger Friedhofes, Waxstr., aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht 17/19  
Der Vorstand.

**Zentralverband der Dachdecker.**

Verwaltungsstelle Berlin.

Am Sonntag, den 8. Dezember, verstarb nach kurzem, schwerem Krankenlager unser Kollege

**Karl Klaar.**

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Schöneberger Kirchhofes (in der Waxstr.) aus statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet 57/8  
Der Vorstand.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler

**Albert Luster**

am 9. Dezember verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 12. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Trauerhause Grenzstr. 15 aus nach dem Dankes-Kirchhof in Reinickendorf statt.

Um rege Beteiligung ersucht 99/7  
Die Ortsverwaltung.

**Dankfagung.**

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die reichen Blumen- und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben herzensguten Mannes

**Auguste Hoffmann**

sagen wir allen, insbesondere dem Gesangsverein Rote Kelle I sowie dem Gastwirtverein und dem Rauchklub Preilweg I unseren herzlichsten Dank. 1865b

Der trauernde Witte  
**H. Hoffmann** nebst Kindern.

**Dankfagung.**

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die reichen Blumen- und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben herzensguten Mannes

**Richard Balz**

sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere dem sozialdemokratischen Wahlverein (Bezirk 72), sowie dem Metzlarbeiterverband meinen innigsten Dank. 11402

**Frau Lina Balz.**

**Hygienische**

Bedarfsartikel. Neuester Katalog m. Empfehlung. A. von Prof. Dr. G. H. Unger, Gesundheitsrat, Berlin NW., Friedrichstraße 41/2.

In **Josetti Vera** Cigaretten finden wirkliche Kenner die Reinheit, das Aroma und die delikate Milde feinsten türkischer Tabake, die so schwer vollkommen zum Ausdruck zu bringen sind.

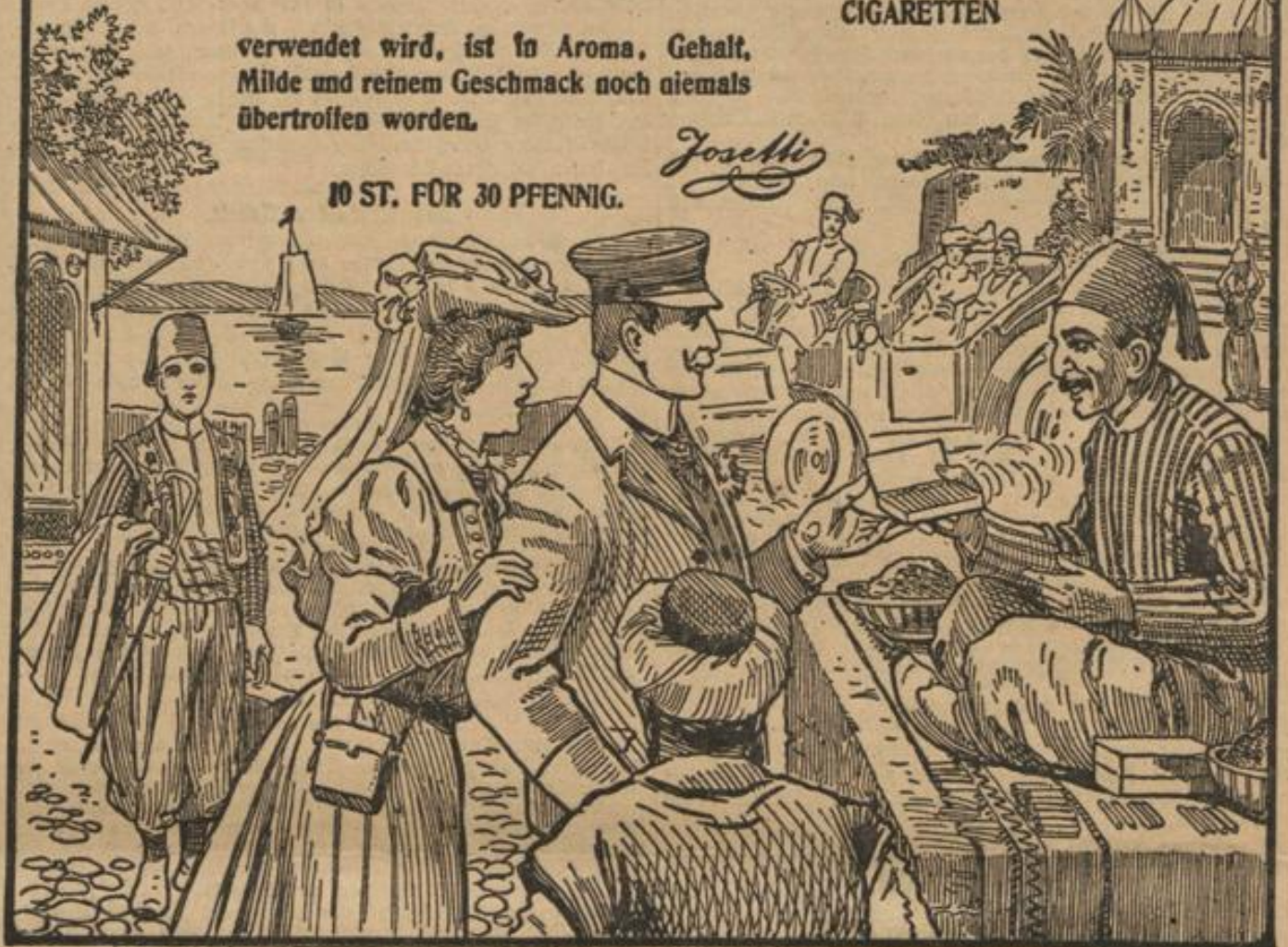
Die Mischung, welche zur Herstellung von

**JOSETTI VERA**

CIGARETTEN

verwendet wird, ist in Aroma, Gehalt, Milde und reinem Geschmack noch niemals übertraffen worden.

10 ST. FÜR 30 PFENNIG.



**Gesellschafts-Reisen**  
unseres Reise- und Verkehrs-Bureau

I. REISE:

**Neujahr an der Riviera**

Abfahrt ab BERLIN: Am 26. Dezember 1907  
Preis ..... Mark 485.00

II. REISE:

**Carneval in Eis u. Schnee**

Besuch der bekanntesten Wintersportplätze  
Abfahrt ab BERLIN: Am 4. Februar 1908  
Preis ..... Mark 650.00

TEILANSCHLÜSSE GESTATTET.

Auskunft u. Programme kostenfr. durch das Reise- u. Verkehrs-Bureau

**Kaufhaus des Westens**

G. m. b. H.

Agentur des Reise-Bureau der Hamburg-Amerika-Linie G. m. b. H.

IN MÜNCHEN:

IN ZÜRICH:

Reise- u. Verkehrs-Bureau: Kaufhaus Oberpollinger G. m. b. H. Reise-Bureau: LANDAUER & SCHWYZER, Bahnhof-Platz 3

**KAUFHAUS DES WESTENS**